

Landtag des Saarlandes

14. Wahlperiode



Pl. 14/19
23.03.11

19. Sitzung

am 23. März 2011, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.02 Uhr
Ende: 17.08 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)
Erste Schriftführerin Schramm (DIE LINKE)
Zweite Schriftführerin Willger (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsident und Minister der Justiz Müller (CDU)
Minister der Finanzen Jacoby (CDU)
Minister für Bundesangelegenheiten und Kultur - Chef
der Staatskanzlei Rauber (CDU)
Minister für Inneres und Europaangelegenheiten
Toscani (CDU)
Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz
Weisweiler
Minister für Bildung Kessler
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und
Sport Kramp-Karrenbauer (CDU)
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft Dr.
Hartmann (FDP)
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr Dr. Peter

Gedenkminute für die Opfer der Naturkatastrophe in Japan	1487	Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/427, Annahme des Antrages	1515
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	1488	Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/431, Annahme des Antrages	1515
Änderung der Tagesordnung	1488	Unterbrechung der Sitzung	1515
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema „Aktuelle Entwicklung der Energieversorgungsdebatte vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan“	1488	1. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 14/423)	1515
Ministerpräsident Müller	1488	2. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Gesetze 2011 (Drucksache 14/424)	1515
7. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausstieg aus der Atomenergie - Energiewende jetzt! (Drucksache 14/429)	1494	Minister Kessler zur Begründung der Gesetzentwürfe Drucksachen 14/423 und 14/424.....	1515
8. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abschaltung des AKW Cattenom bzw. Begrenzung der Laufzeit des AKW - Grenzüberschreitende Genehmigungsverfahren für industrielle Großanlagen (Drucksache 14/427)	1494	Abg. Commerçon (SPD).....	1519
9. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus der Atomkatastrophe in Japan: Ausstieg aus der Atomkraft und Vorrang für regenerative Energien (Drucksache 14/431)	1494	Abg. Meiser (CDU).....	1523
Abg. Maas (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/429.....	1495	Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	1525
Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/427.....	1498	Abg. Schmitt (FDP).....	1527
Abg. Meiser (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/431.....	1502	Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	1528
Abg. Jochem (FDP).....	1505	Abg. Rink (CDU).....	1529
Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	1506	Minister Kessler.....	1531
Ministerin Dr. Peter.....	1509	Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/423, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM)	1533
Abg. Rehlinger (SPD).....	1512	Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/424, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (BKM)	1534
Abg. Heinrich (CDU).....	1513	3. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörde nach dem Therapieunterbringungsgesetz (Drucksache 14/412)	1534
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/429, Ablehnung des Antrages	1515	Minister Müller zur Begründung.....	1534
		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (VR)	1534

4. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Saarländische Krebsregister und zur Durchführung von Maßnahmen der Krankheitsfrüherkennung und anderer Gesetze (Drucksache 14/420)	1534
Minister Weisweiler zur Begründung.	1534
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (GV)	1535
5. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Übertragung der Gehaltserhöhung für die Angestellten der Länder auf die Beamten des Saarlandes (Drucksache 14/426)	1535
10. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Keine weiteren Sonderopfer - Übertragung der Tarifergebnisse für die Beschäftigten der Länder auf saarländische Beamtinnen und Beamte (Drucksache 14/432)	1535
Abg. Linsler (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/426..	1535
Abg. Roth (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/432.....	1537
Abg. Schmitt (CDU).....	1539
Abg. Jochem (FDP).....	1542
Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	1542
Minister Jacoby	1543
Abg. Roth (SPD).....	1545
Namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/426, Ablehnung des Antrages	1546
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/432, Ablehnung des Antrages	1546
6. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armut bekämpfen, Gesundheit sichern, Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen (Drucksache 14/428)	1546

11. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armutsbekämpfung und die Sicherstellung der Teilhabe von Kindern sind wichtige Ziele (Drucksache 14/433)	1546
Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/428.....	1546
Abg. Scharf (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/433	1549
Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE)	1550
Abg. Kühn (FDP).....	1551
Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	1552
Ministerin Kramp-Karrenbauer	1552
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/428, Ablehnung des Antrages	1555
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/433, Annahme des Antrages	1555
Dank an die Abgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider	1555

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 19. Landtagssitzung. Meine Damen und Herren, ich darf Sie und auch unsere Gäste auf den Zuschauerrängen ausnahmsweise bitten, sich noch einmal von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine Damen und Herren, wir alle stehen zwölf Tage nach dem verheerenden Erdbeben unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse in Japan. Deshalb können wir nicht einfach in die Tagesordnung eintreten. Wir wollen vielmehr vorher innehalten und der Opfer und der Toten gedenken.

Die Folgen der Naturkatastrophe in Japan halten die Welt nach wie vor in Atem. Die Schreckensbilder berühren die Menschen überall auf der Welt, so auch hier bei uns im Saarland. Mit anhaltend großer Bestürzung und Anteilnahme verfolgen wir die Entwicklungen in Japan und im ganzen pazifischen Raum. Das Ausmaß der Verwüstungen und die Folgewirkungen erschüttern uns alle. Uns alle treibt vor allem auch die atomare Bedrohungslage um.

(Präsident Ley)

Wir gedenken aller Opfer, der Tausenden Toten und ihrer Hinterbliebenen. Wir gedenken der unzähligen Verletzten, der Hunderttausenden, die ihr Hab und Gut, vielleicht auch ihren Lebensmut verloren haben. Wir gedenken aller, die angesichts der weitergehenden Bedrohungen und Folgen um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten. Wir denken an die, die unter Einsatz ihres Lebens versuchen, das Schlimmste zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zum Andenken und zur Würdigung der Opfer von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 19. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und für die Sitzung die uns vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Herr Ministerpräsident Peter Müller hat mit Schreiben vom 16. März 2011 mitgeteilt, dass er beabsichtigt, in der heutigen Landtagssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung mit dem Titel „Aktuelle Entwicklung der Energieversorgungsdebatte vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan“ abzugeben.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind übereingekommen, die Aussprache zur Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und zu den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung, den jeweiligen Anträgen von SPD und DIE LINKE den Atomausstieg betreffend, wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Zu diesem Thema haben die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 14/431 den Antrag „Konsequenzen aus der Atomkatastrophe in Japan: Ausstieg aus der Atomkraft und Vorrang für regenerative Energien“ eingebracht. Wer dafür ist, dass dieser Antrag als Punkt 9 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 14/431 als Punkt 9 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit der Regierungserklärung und den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung beraten wird.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind weiterhin übereingekommen, die Aussprache zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung, die Änderung der saarländischen Verfassung und die Änderung schulrechtlicher Gesetze betreffend, wegen des Sachzusammenhangs ebenfalls zu verbinden. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, dem Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion „Übertragung der Gehalts-

erhöhung für die Angestellten der Länder auf die Beamten des Saarlandes“ hat die SPD-Landtagsfraktion mit der Drucksache 14/432 den Antrag „Keine weiteren Sonderopfer - Übertragung der Tarifergebnisse für die Beschäftigten der Länder auf saarländische Beamtinnen und Beamte“ eingebracht. Wer dafür ist, dass dieser Antrag als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle dann fest, dass der Antrag Drucksache 14/432 als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Punkt 5 beraten wird.

Zu Punkt 6, dem Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Armut bekämpfen, Gesundheit sichern, Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen“, haben die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 14/433 den Antrag „Armutsbekämpfung und die Sicherstellung der Teilhabe von Kindern sind wichtige Ziele“ eingebracht. Wer dafür ist, dass der Antrag als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen ist und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6 beraten wird.

Zur Abgabe der Regierungserklärung zu dem Thema

„Aktuelle Entwicklung der Energieversorgungsdebatte vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan“

erteile ich nun Herrn Ministerpräsident Peter Müller das Wort.

Ministerpräsident Müller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung findet statt vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse, die die Menschen in Japan in den vergangenen knapp zwei Wochen heimgesucht haben.

Wir haben ein verheerendes Erdbeben und zahlreiche Nachbeben erlebt. Wir haben eine gewaltige Flutwelle erlebt, die mit ungeheurer Zerstörungskraft über die Küstenregionen im Nordosten Japans hinweggegangen ist. Wir haben die Havarie eines Atomkraftwerkes, des Atomkraftwerkes in Fukushima. All dies stellt eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes dar. Wir haben viele Tausend Tote zu beklagen. Die genaue Zahl wird sicherlich erst in einigen Wochen feststehen. Nach wie vor werden Tausende von Menschen vermisst. Etwa eine halbe Million Menschen haben alles, ihr Zuhause, ihr Hab und Gut, verloren. Sie leben in Notunterkünften ohne Strom, ohne Wasser bei Eiseskälte. Viele sind nach wie vor unzureichend versorgt. Ganze Land-

(Ministerpräsident Müller)

striche sind vollkommen verwüstet. Das gilt insbesondere für die Region Miyagi und die Stadt Sendai, zu der es auch aus dem Saarland heraus viele Kontakte gibt. Wir haben Sorgen um radioaktive Verseuchungen von Nahrungsmitteln und Wasser.

Alles in allem eine Situation der Not und des Leides, die wir eigentlich aus der Ferne nur erahnen können. Deshalb gehört natürlich auch in einer solchen Regierungserklärung der erste Gedanke den Menschen, die so schwer geprüft worden sind und geprüft werden. Wir stehen in Gedanken und Gefühlen bei diesen Menschen. Wir trauern um die Toten und stehen an der Seite derjenigen, die durch den Tsunami ihre Heimat verloren haben oder die auf der Flucht vor den radioaktiven Strahlen sind.

Niemand von uns weiß, welche Konsequenzen die Havarie des Atomkraftwerkes in Fukushima bereits mit sich gebracht hat. Niemand von uns weiß, was sie noch mit sich bringen wird. Fest steht, es ist in hohem Maße Radioaktivität ausgetreten. Fest steht, dass Meldungen über radioaktive Verseuchungen in Nahrungsmitteln und Grundwasser besorgt machen. Wir sehen, dass es Menschen gibt, die bereit sind, unter Inkaufnahme von Gefahren für ihre Gesundheit und für ihr Leben den Versuch zu unternehmen, die Katastrophe einzudämmen und die Kontrolle über das Kernkraftwerk zurückzugewinnen. Diesen Menschen wünschen wir, dass sie Erfolg haben. Ihre Arbeit erfährt unsere Hochachtung und unsere besondere Anerkennung.

Viele haben in diesen Tagen ihre Solidarität mit Japan in unterschiedlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Dazu zählt beispielsweise der ökumenische Bitt- und Mahngottesdienst, der von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen am vergangenen Freitag durchgeführt worden ist. Kirchenrat Hofmann hat mir gerade eben gesagt, dass bei der Kollekte ein Betrag von 2.211 Euro zusammengekommen ist. Ich glaube, dass dies ein Zeichen der Solidarität ist, wie wir es in dieser Zeit brauchen. Ich möchte mich deshalb auch ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Viele Menschen waren bereit, an anderer Stelle Spenden zur Verfügung zu stellen. Auch im Saarland gab es Menschen, die bereit waren, nach Japan zu gehen und dort zu helfen. Die zehn Angehörigen des THW in Nohfelden und in Freisen, die in Japan waren, haben eines der gebotenen Zeichen der Solidarität, der Hilfe und der Unterstützung gesetzt.

Wir haben besondere Beziehungen in die Region Miyagi und in die Region Sendai auf zivilgesellschaftlicher Ebene, auf schulischer Ebene, auf wissenschaftlicher Ebene. Am vergangenen Donnerstag war der japanische Generalkonsul im Saarland zu Besuch. Wir haben unsere Bereitschaft zu helfen zum Ausdruck gebracht und mit ihm vereinbart, dass wir prüfen wollen, ob es besondere Projekte gibt, die

im Zuge des Wiederaufbaus von saarländischer Seite in Angriff genommen werden können. All dies geschieht, weil wir die Menschen nach dieser Katastrophe nicht alleine lassen wollen. Meine Bitte an die Saarländerinnen und Saarländer, an uns alle ist: Lassen Sie uns weitere Zeichen der Solidarität und der Anteilnahme setzen im Interesse der Menschen in Japan, die Solidarität und Anteilnahme verdient haben.

Die Havarie des Kernkraftwerkes in Fukushima wirft neue Fragen auf. Sicherlich ist es so, dass sie für uns in Deutschland keine akute Gefährdung beinhaltet. Die Entfernung von 9.000 Kilometern schützt uns vor der radioaktiven Strahlung, die dort austritt. Dennoch ist diese Havarie, ist dieser GAU eine Zäsur. Sie ist eine Zäsur, weil das für unmöglich Gehaltene eingetreten ist. Sie ist eine Zäsur, weil wir erfahren mussten, dass auch in einem Hochtechnologieland das so genannte Restrisiko nicht nur eine statistische Größe ist, die mit Wahrscheinlichkeiten von 10^{-6} gerechnet wird, sondern eine Realität sein kann.

Mit dieser Havarie stellt sich die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie in zweifacher Hinsicht in einer neuen Dimension. Erstens. Es sind Ereignisse eingetreten, deren Eintritt nach Auskunft der Experten als absolut unwahrscheinlich, als nahezu ausgeschlossen galt. Die Natur hat unsere Erwartungen widerlegt. Zweitens. Angesichts der Hilflosigkeit im Umgang mit der Katastrophe im Atomkraftwerk steht fest: Auch einem Hochtechnologieland gelingt es nicht, die Auswirkungen einer atomaren Katastrophe in den Griff zu bekommen und die Kontrolle über einen beschädigten Reaktor schnell zurückzugewinnen.

Wenn das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wird und wenn auch in einem Hochtechnologieland wie Japan die Folgen eingetretener Risiken sich als unbeherrschbar erweisen, dann ändert sich die Lage grundlegend. Deshalb ist vor dem Hintergrund dieser Ereignisse eine Neubestimmung der Position notwendig. Es geht nicht um die Frage, ob wir an bestehenden Konzepten festhalten können. Es geht auch nicht um die Frage, ob wir zu früheren Konzepten zurückkehren können. Die Frage, ob das rot-grüne Ausstiegsszenario oder die Laufzeitverlängerung mehr oder weniger richtig waren, springt zu kurz. Es geht um die grundsätzliche Frage: Ist Kernenergie noch verantwortbar, wenn ja, unter welchen Bedingungen und für welchen Zeitraum? Das ist die grundsätzlich neue Diskussion, die wir in der Bundesrepublik Deutschland zu führen haben.

Dabei gibt es zwei Ausgangspositionen, über die, wenn ich es richtig sehe, in der Bundesrepublik zumindest weitgehend Konsens besteht. Diese Ausgangspositionen sind, erstens: Ein sofortiger Aus-

(Ministerpräsident Müller)

stieg, die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke ist nicht möglich. Wer Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten will, wer Wachstum und Wohlstand erhalten will, wer nicht Arbeitsplätze kurzfristig in sehr großen Kategorien in Frage stellen will, weiß, dass wir auf dem Weg ins solare Zeitalter einen Übergang brauchen. Deshalb fordert auch von den ernst zu nehmenden politischen Kräften keine die sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland.

Konsens besteht zum Zweiten aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, dass wir Energieversorgung nicht dauerhaft mit Kernenergie darstellen wollen. Atomenergie ist Brückentechnologie, auch das war und ist Konsens in der atompolitischen Debatte unseres Landes. Der Streit, den wir geführt haben, ging um die Frage, wie lange wir diese Brücke noch brauchen, wie lange wir auf diese Energieform noch zurückgreifen können und wie schnell wir den Ausstieg aus der Kernenergie umsetzen beziehungsweise darstellen können. Dieser Streit nicht über die Frage des Ob, sondern über die Frage der Dauer der friedlichen Nutzung der Kernenergie war ein Streit, der zurecht intensiv geführt worden ist, in jüngerer Vergangenheit insbesondere im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, soweit über das damalige rot-grüne Ausstiegsszenario hinausgegangen worden ist.

Die saarländische Landesregierung hat die Laufzeitverlängerung abgelehnt. Wir haben die Notwendigkeit unter energiepolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht gesehen und haben deshalb auch im Bundesrat konsequent gegen die Laufzeitverlängerung votiert.

Mit der Position, dass wir abhängig von einer Übergangsphase dauerhaft auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Energieversorgung verzichten wollen, ist die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Kontext in einer Sonderstellung. Die internationalen Tendenzen gehen und gingen in eine andere Richtung. Viele Länder dieser Welt gehen, wenn es um die Darstellung der dort notwendigen Energieversorgung geht, unverändert von der dauerhaften Nutzung der Kernenergie aus. Viele Länder dieser Welt wollen zusätzliche Potenziale erschließen und neue Kernkraftwerke bauen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, dass wir die Debatte in der Bundesrepublik Deutschland natürlich auch unter Einbeziehung der Tatsache führen müssen, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie eine Frage ist, die sich immer auch im internationalen, im europäischen und bei uns auch im binationalen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich stellt. Die saarländische Landesregierung glaubt, dass vor dem Hintergrund

der Ereignisse in Japan zwei Wege, zwei Ziele unser Handeln bestimmen sollten. Erstens. Nachdem wir erfahren haben, dass auch in einem Hochtechnologieland der GAU möglich ist, muss unser Ziel der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie sein. Wir müssen die Brücke in das solare Zeitalter schneller bauen, als wir uns dies in der Vergangenheit vorgenommen haben, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Zweitens. Soweit für eine Übergangszeit, die möglichst kurz bemessen sein muss, der Einsatz der Atomenergie unverzichtbar ist, müssen wir die damit verbundenen Risiken neu bewerten und maximale Sicherheit auf der Basis einer Neubewertung dieser Risiken erreichen.

Deshalb will ich zu beiden Punkten einige Anmerkungen aus Sicht der Landesregierung machen, erstens zur Frage der maximalen Sicherheit. Die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland hat sich vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan nicht geändert. Wir brauchen nicht mit Erdbeben in vergleichbarer Größenordnung zu rechnen. Wir brauchen auch nicht mit einem Tsunami, wie er in Japan stattgefunden hat, zu rechnen. Was sich aber verändert hat, ist, dass wir mit Blick auf andere Risiken, die es bei uns gibt, davon ausgehen müssen, dass eine reale Eintrittswahrscheinlichkeit gegeben ist. Deshalb muss diese Eintrittswahrscheinlichkeit stärker gewichtet werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Der Flugzeugabsturz kann geschehen. Seit Japan wissen wir: Was geschehen kann, geschieht auch. Da ist die Frage der Terroranschläge. Es stellen sich neue Fragen etwa mit Blick darauf, wie wir damit umgehen, wenn infolge dieser Ereignisse langfristige Stromausfälle eintreten. Wie gehen wir um mit der Frage der Notstromversorgung? Wie sind unsere Kühlkreisläufe ausgestaltet? Und vieles andere mehr.

Dabei geht es eben nicht nur um Gefahrenabwehr, sondern auch um Gefahrenvorsorge, weil die Folgen einer Havarie eines Kernkraftwerkes so gravierend sind, wie sie eben sind. Es muss darum gehen, bereits die Entstehung einer konkreten Gefahr zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt sind unsere Strukturen noch einmal zu überdenken und die Sicherheitsanforderungen neu zu definieren.

Ich will dazu eine persönliche Anmerkung machen. Gestern hat die Bundesregierung eine Kommission eingesetzt, die sich genau mit diesen Fragen beschäftigen wird. Diese Kommission steht unter der Führung des früheren Bundesumweltministers und früheren Landesvorsitzenden der saarländischen CDU, Klaus Töpfer. Nicht nur die Person Klaus Töpfer, der von der Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Kernenergie seit vielen Jahren überzeugt ist und dafür gearbeitet hat, sondern auch die Zusammensetzung der Kommission im Übrigen - etwa mit Blick auf die Wissenschaftler aus der Umweltforschung,

(Ministerpräsident Müller)

die dort vertreten sind - bis hin zu der Tatsache, dass auch der Vorsitzende der IG BCE oder der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi dieser Kommission angehören, scheinen mir Gewähr dafür zu sein, dass dies eine Kommission ist, die sich in aller Ernsthaftigkeit und in aller Unabhängigkeit diesen Fragen stellen wird. Deshalb ist dies nicht ein Manöver, um Zeit zu gewinnen, sondern es ist die ernsthafte Bemühung, um auf die neu gestellte Herausforderung eine angemessene Antwort zu finden. Ich begrüße dieses. Ich finde, das hat unsere Unterstützung verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zweitens. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan und vor dem Hintergrund der sich neu stellenden Fragen, wie maximale Sicherheit dargestellt werden kann, hat die Bundesregierung zusammen mit denjenigen Ländern, in denen sich Kernkraftwerke befinden, beschlossen, sieben Atomkraftwerke älterer Bauart zunächst einmal für ein Moratorium von drei Monaten vom Netz zu nehmen. Kernkraftwerke älterer Bauart sind hinsichtlich ihrer Störanfälligkeit nicht nur wegen ihres Alters, sondern auch wegen der Bauart, in der sie errichtet worden sind, kritischer zu bewerten, als dies bei Kernkraftwerken neuerer Bauart der Fall ist.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Lieber Herr Kollege Maas, wenn Sie in dem Zusammenhang sagen, die Nachrüstung sei verhindert worden, dann will ich Ihnen sagen, dass der Sicherheitsstandard, der für Atomkraftwerke in Deutschland gilt, im Vergleich dazu erhöht worden ist, was Bestand bei Rot-Grün war, zumal Rot-Grün sich beim Ausstiegsvertrag mit der Energiewirtschaft ausdrücklich verpflichtet hat, die Sicherheitsanforderungen nicht zu erhöhen.

(Abg. Maas (SPD): Falsch, eindeutig. - Sprechen bei der SPD.)

Deshalb ist heute wirklich nicht der Tag, selbstge-rechte Diskussionen mit Blick auf die Vergangenheit zu führen. Das wird der Situation überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Weiterhin Sprechen bei der SPD.)

Sehr geehrter Herr Kollege Maas, ich halte es für gut und richtig, dass diese sieben Atomkraftwerke auf der Basis einer Weisung nach § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes vom Netz genommen worden sind und dass wir in einer Situation sind, die eben weit über die Szenarien der Vergangenheit hinausgeht.

(Zurufe von der SPD.)

Das dokumentiert doch der Umstand, lieber Herr Kollege Jost, dass auch nach dem rot-grünen Kon-

zept sechs dieser Meiler weiter am Netz wären. Wenn sechs dieser Meiler abgeschaltet werden, die auch nach Ihrem Konzept nicht hätten abgeschaltet werden dürfen, dann ist das gut und richtig. Das zeigt, dass wir vor neuen Aufgaben und Herausforderungen stehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Abschaltung dieser sieben Kernkraftwerke vor dem Hintergrund der notwendigen Neubewertung der Sicherheitsfragen ist energiepolitisch unproblematisch. Sie tragen zur Stromerzeugung mit einer Quote von etwa sieben Prozent bei. Das ist in etwa das, was die Bundesrepublik Deutschland exportiert. Im Übrigen verfügen wir über hinreichende Reservekapazitäten, um dies auszugleichen.

(Sprechen bei der SPD.)

Ich komme zu Ihren Zwischenrufen, Herr Kollege Jost. - Es ist gegenwärtig ein Moratorium für die Dauer von drei Monaten mit Blick auf diese Atomkraftwerke festgesetzt.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Mit Blick auf die Wahlen.)

Die saarländische Landesregierung geht davon aus und erwartet, dass auch nach Ablauf dieser drei Monate diese sieben Kernkraftwerke nicht mehr ans Netz gehen, sondern dass sie dauerhaft abgeschaltet bleiben.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Nach den Wahlen sehen wir das. - Sprechen bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus ist am Ende dieser Überlegensfrist, die wir uns einräumen und deren Einräumung vor dem Hintergrund der Fragen, die wir uns stellen, richtig ist, auf der Basis neu bestimmter Sicherheitsanforderungen eine Überprüfung der verbleibenden Kernkraftwerke durchzuführen. Dabei muss der Grundsatz gelten: Vorrang für die Sicherheit. Wenn diese nicht gewährleistet werden kann, ist abzuschalten. Ansonsten ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Kernenergie in dieser Zeit voranzutreiben.

Wahr und richtig ist, dass mit dem Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie die internationale Dimension dieser Frage nicht erledigt ist. Wir haben zurzeit weltweit rund 440 Kernkraftwerke. Viele Staaten planen den massiven Ausbau ihrer Atomkraftwerke. China will 50 neue Meiler errichten, die Vereinigten Staaten neun, Russland 14. Der Anteil der Kernenergie an der weltweiten Energieversorgung liegt bei 14 Prozent, und auch nach und trotz Japan - wir können ja die Augen davor nicht verschließen - ist die friedliche Nutzung der Kernenergie bei vielen Ländern grundsätzlich nicht infrage gestellt. Es ist sicherlich positiv, dass an der einen oder anderen

(Ministerpräsident Müller)

Stelle Nachdenklichkeit und die Bereitschaft zu grundsätzlichen Diskussionen entstehen. Es ist sicherlich gut und richtig, dass die Vereinigten Staaten und Frankreich sagen: Wir müssen über die Sicherheit noch einmal sprechen. Dies ist eine Chance, die ergriffen werden muss. Und es gibt ein wenig Hoffnung, wenn auch in China gesagt wird: Wir wollen die Pläne für den Ausbau unserer Kernenergie vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan jetzt einmal aussetzen und über die Sicherheitsfrage noch einmal neu diskutieren.

Ich denke, uns, der Bundesrepublik Deutschland, kommt in dieser Situation eine doppelte Aufgabe zu. Auf der einen Seite bin ich der Meinung, dass es gut wäre, wenn es uns gelänge, den Nachweis zu führen, dass ein Hochtechnologieland, ein hoch industrialisiertes Land auch unter Verzicht auf die Kernenergie eine nachhaltige, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung darstellen kann. Unsere zweite Aufgabe besteht darin, dass wir für die Übergangszeit maximale Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke nicht nur in Deutschland, sondern auch auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene einfordern. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass sich die G 20 - also die Organisation der führenden Industrienationen dieser Welt - auf der Basis einer gemeinsamen deutsch-französischen Initiative mit den Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke beschäftigen wird. Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger die Sicherheit von Kernkraftwerken zum Gegenstand von Beratungen und Entscheidungen auf europäischer Ebene machen möchte. Ich meine, dass es gut und richtig ist, dass er das Ziel verfolgt, sich auf europäische Sicherheitsstandards festzulegen und auf dieser Grundlage Stress-tests für alle Kernkraftwerke in Europa durchzuführen. Diese Debatte ist alles andere als am Ziel. Wenn wir uns etwa anschauen, was Großbritannien bereits jetzt an Bedenken gegen eine solche Vorgehensweise geltend macht, dann liegt meines Erachtens unsere Aufgabe darin, diese Initiativen zu unterstützen und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Für uns in Deutschland und gerade für uns hier im Saarland ist natürlich die Situation in Frankreich von ganz besonderer Bedeutung. Kein anderer Staat auf der Welt - mir ist jedenfalls kein anderer bekannt - hat seine Energieversorgung so sehr mit der Kernenergie verknüpft wie Frankreich. 80 Prozent des französischen Stroms werden in den 58 Kernkraftwerken erzeugt, die in Frankreich am Netz sind. Eines davon ist Cattenom, ein Thema, das die saarländische Landespolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder beschäftigt hat. Bereits im Jahr 1976 hat sich beispielsweise der damalige saarländische Ministerpräsident Franz-Josef Röder an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gewandt und um Unterstützung für das Ziel

gebeten, die Zusammenballung von vier Blöcken in Cattenom zu verhindern. Die sozialdemokratische Landesregierung unter Ministerpräsident Lafontaine und Umweltminister Leinen hat politisch und juristisch versucht, Einfluss auf die Entwicklung in Cattenom zu nehmen. Bei der Neugenehmigung für dieses Kernkraftwerk hat die saarländische Landesregierung, vertreten durch den damaligen Umweltminister Stefan Mörsdorf, interveniert und zumindest bei der Ableitung von Abwässern in die Mosel Veränderungen erreicht. Übrigens, Herr Kollege Maas: Die damalige Bundesregierung hat, obwohl wir sie herzlich darum gebeten hatten, keine Stellungnahme in dieser Angelegenheit abgegeben, und es war die rot-grüne Bundesregierung, die damals gefordert war.

Wir sind auch jetzt intensiv darum bemüht, die Sicherheit des Kernkraftwerks Cattenom immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Simone Peter ist im Gespräch mit den Verantwortlichen in Cattenom. Sie hat sich mit ihnen getroffen. Weitere Gespräche sind vereinbart. Sie waren bereits vereinbart, bevor die Ereignisse in Japan eingetreten sind. Dieses Thema bewegt die Landespolitik zu Recht, weil es natürlich die Menschen bewegt, weil die Menschen sich Sorgen machen. Wahr ist allerdings auch, dass wir mit Blick auf die Situation in Cattenom keine Entscheidungsbefugnisse haben. Wir sind in der Europäischen Union noch nicht so weit, dass grenzüberschreitend Nachbarrechte verbindlich geltend gemacht werden können. Wahr ist vielmehr, dass die Entscheidung über den Betrieb dieses Kernkraftwerks in der Souveränität unseres französischen Nachbarn liegt. Das Kraftwerk ist 25 Jahre alt. In dieser Zeit hat es 750 meldepflichtige Ereignisse gegeben. Nach dem, was wir wissen, ist eine Laufzeit von weiteren 40 Jahren geplant. Deshalb sind wir der Ansicht, dass auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse über Cattenom noch einmal grundsätzlich diskutiert werden muss. Auch in dieser Diskussion wird es die Maxime der saarländischen Landesregierung sein, die schnellstmögliche Abschaltung auch dieses Kraftwerks anzustreben und dazu beizutragen, dass bis zum Zeitpunkt der Abschaltung optimale Sicherheit gewährleistet wird. Sicherheitschecks, wie sie für deutsche Kernkraftwerke stattfinden, fordern wir auch mit Blick auf die Kernkraftwerke auf der anderen Seite der Grenze und damit auch mit Blick auf Cattenom.

Ich habe vor diesem Hintergrund den französischen Staatspräsidenten angeschrieben, ihm unsere Position dargelegt und den Dialog in dieser Angelegenheit angeregt. Gleichzeitig habe ich die Bundeskanzlerin gebeten, diese Sache zum Thema des nächsten deutsch-französischen Gipfels zu machen. Und schließlich habe ich den derzeitigen Präsidenten des Saar-Lor-Lux-Gipfels, den Kollegen Masseret aus Lothringen, gebeten, einen Sondergipfel mit dem

(Ministerpräsident Müller)

Ziel einzuberufen, eine gemeinsame Position zu formulieren, wie wir sie in unserer Region vertreten sollten, und anschließend gegenüber der französischen Regierung durchzusetzen - zumindest den Versuch der Durchsetzung zu unternehmen. Ich denke, dass dieses Engagement ebenfalls eine notwendige, richtige und angemessene Konsequenz aus den Ereignissen ist, die wir in diesen Tagen gemeinsam erleben müssen. Und sicherlich helfen alle Initiativen, die mit Blick auf das Thema Cattenom flankierend stattfinden. Ich nenne beispielhaft die Unterschriftensammlungen, die zurzeit in saarländischen Gemeinden stattfinden, und die Thematisierung der Sicherheitslage im Kernkraftwerk Cattenom im Interregionalen Parlamentarierrat, der sich auch schon in der Vergangenheit damit beschäftigt hat.

Neben der Sicherheitsfrage ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie miteinander zu diskutieren. Atomenergie deckt zurzeit 23 Prozent der Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland. Natürlich stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang diese Lücke gedeckt werden kann und gedeckt werden muss, wenn wir in Zukunft auf die Atomenergie verzichten wollen. Die Antwort der Landesregierung in diesem Zusammenhang ist klar. Wir setzen auf einen beschleunigten Ausbau der regenerativen Energien und wir setzen auf Energieeffizienz. Ich glaube, die Redlichkeit gebietet zu sagen, dass wir bei der Frage, wie wir das substituieren, was an Stromerzeugung künftig wegfällt, wenn die Kernkraftwerke abgeschaltet werden, nicht auf fossile Energieträger setzen. Deren Anteil an der Stromproduktion liegt gegenwärtig deutlich über 50 Prozent. Die fossilen Energieträger werden in den nächsten Jahren noch in erheblichem Umfang allein aufgrund dieses Anteils zur Energieversorgung beitragen. Deshalb glauben wir nicht, dass es richtig wäre, jetzt auch noch darüber hinausgehend wegfallende Kapazitäten von Atomkraftwerken durch einen Zubau bei den fossilen Energieträgern auszugleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Lieber Herr Kollege Maas, das ist die Position der saarländischen Landesregierung. - Es macht überhaupt keinen Sinn, ein Problem, das die Menschheit betrifft, nämlich das Problem der Risiken, die mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbunden sind, lösen zu wollen, indem wir ein anderes Menschheitsproblem, nämlich die Frage der Klimakatastrophe, verschärfen. Deshalb sind fossile Energieträger kein Ausweg, um die Stromlücke zu decken, die entsteht, wenn die Kernkraftwerke abgeschaltet werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Erneuter Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD). - Sprechen bei den Oppositionsfractionen.)

Ohne Zweifel, lieber Kollege Maas. - Das hat eine Konsequenz für die Situation bei uns im Saarland. Diese will ich beschreiben. Wenn wir wissen, dass wir weiter fossile Energieträger brauchen mit Blick auf den Anteil, der jetzt bereits über die fossilen Energieträger dargestellt wird und den wir nur schrittweise vermindern werden, dann werden wir auch weiter Kraftwerke auf fossiler Basis brauchen. Dann stellt sich natürlich die Frage, ob wir nicht auch bei der Gestaltung dieser Kraftwerke unter CO₂-Gesichtspunkten Fortschritte erreichen können. Das Erreichen dieser Fortschritte heißt beispielsweise - Herr Kollege Maas, um auf Ihren Zwischenruf zurückzukommen -, dass wir nachdenken müssen über die Erhöhung der Wirkungsgrade und die Verminderung des CO₂-Ausstoßes der Kraftwerke. Das heißt, dass natürlich die Frage zu prüfen ist, ob Gasturbinen eine vernünftige Lösung sind und ob Gasturbinen mit traditionellen Kohlekraftwerken verbunden werden können. Das sind eben auch Fragen, die sich mit Blick auf die saarländischen Kraftwerke stellen. Wir setzen auf die Zukunft der saarländischen Kraftwerke. Wir wollen sie effizienter und umweltverträglicher machen. In diesem Sinne führen wir den Dialog über die Zukunft der saarländischen Kraftwerkslandschaft.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

An der einen oder anderen Stelle höre ich es im Lande und ich glaube, dass wir auch hier offen miteinander reden sollten. Diese Ereignisse führen aus Sicht der saarländischen Landesregierung nicht dazu, das Steinkohlefinanzierungsgesetz noch einmal infrage zu stellen. Das sozialverträgliche Auslaufen des Steinkohlebergbaus im Saarland wird weiter verfolgt. Es war richtig. Es war im Übrigen primär ökonomisch und nicht ökologisch begründet. Dieser Weg wird weitergegangen. Meine feste Überzeugung ist: Wer jetzt so tut, als ob es vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan eine Renaissance des Steinkohlebergbaus im Saarland geben könnte, der macht den Menschen Hoffnungen, die nicht realistisch sind. Das sollten wir gemeinsam nicht tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Schramm (DIE LINKE): Wer hat so etwas gesagt? - Weitere Zurufe von den Oppositionsfractionen.)

Stattdessen ist es unsere Aufgabe, den Weg in das solare Zeitalter darzustellen und konsequent umzusetzen. Dieser Weg wird kein einfacher Weg. Es wird ein unbequemer Weg. Um etwas über die Größe der Herausforderung zu sagen, vor der wir stehen, will ich darauf hinweisen, dass die sieben Atomkraftwerke, die jetzt abgeschaltet sind und bei denen wir davon ausgehen, dass sie abgeschaltet bleiben, etwa 40 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen. Das entspricht demjenigen, was die rund 22.000 Windkraftträder, die wir zurzeit in

(Ministerpräsident Müller)

Deutschland haben, ebenfalls erzeugen. Alle Windkraftanlagen, die wir in Deutschland haben, tragen in gleichem Umfang, nämlich zu sieben Prozent, zur Stromerzeugung in Deutschland bei, genauso wie es die sieben Meiler getan haben, die jetzt abgeschaltet sind und abgeschaltet bleiben sollen.

Wenn wir den Weg in das solare Zeitalter gehen, brauchen wir also eine Vervielfachung der Erzeugungskapazität. Wir brauchen Netze, die in der Lage sind, eine verlässliche Energieversorgung darzustellen. Da wir in diesem Zusammenhang von den Standorten dieser Anlagen her auf durchaus unterschiedliche Dinge zurückgreifen müssen, brauchen wir einen massiven Ausbau der Übertragungskapazitäten für elektrische Energie. Wir müssen die Netzwerke ausbauen. Es gibt Untersuchungen, die besagen, verlässliche Energieversorgung auf der Basis regenerativer Energien erfordert eine Vervielfachung der Netzinfrastruktur im Vergleich zur Situation, die wir heute haben. Wir werden darüber hinaus über die Frage der Speicherung und der Einrichtung von Anlagen zur Speicherung von Energie reden müssen. Wir stehen also vor der Aufgabe und Herausforderung, neue Standorte, neue Pumpspeicherwerke und die Netzinfrastruktur massiver und zügiger auszubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn dies langfristig ein kostensparender Weg sein wird, insbesondere wenn man eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung macht, so wird es doch kurzfristig mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden sein. Den Weg ins solare Zeitalter gibt es kurzfristig nicht umsonst. Die Kosteneinsparungen werden erst langfristig zu erreichen sein. Ich will in diesem Zusammenhang nur einmal darauf hinweisen, dass bereits jetzt die Großhandelspreise für elektrische Energie um 20 Prozent gestiegen sind, was sich bei den Verbrauchern in einer Quote von etwa sieben Prozent niederschlagen wird.

Natürlich hat der Umbau ins solare Zeitalter auch uneingeschränkt positive Aspekte. Es ist der Weg hin zur Eröffnung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Es ist der Weg, um in erheblichem Umfang neue Jobs zu schaffen. Was wir brauchen, ist eine gesellschaftliche Akzeptanz dieses Weges. Auch da liegt viel Arbeit vor uns. Ich kann nicht für Windenergie sein, aber das Windrad vor Ort ablehnen. Ich kann nicht für Sonnenkraftwerke sein, aber die Sonnenfabrik vor Ort bekämpfen. Ich kann nicht für einen stärkeren Anteil regenerativer Energien sein, aber gegen Pumpspeicherwerke und neue Stromleitungen vorgehen. Deshalb glaube ich, dass wir möglicherweise neue rechtliche Strukturen brauchen. Es gibt erste Überlegungen, wie auf der Basis von Beschleunigungsgesetzen - zum Teil orientiert an demjenigen, was wir in Zusammenhang mit dem Aufbau Ost gemacht haben - die rechtlichen Grund-

lagen verändert werden können. Wir müssen uns aber auch verstärkt um gesellschaftliche Akzeptanz, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage bemühen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich - und damit möchte ich schließen -, dass auf uns alle eine große Aufgabe zukommt. Die schrecklichen Ereignisse in Japan, bei denen unsere Anteilnahme und Hilfe gefordert ist - die wollen wir auch erbringen -, begründen für uns die Notwendigkeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens in Deutschland herbeizuführen, einen gesellschaftlichen Konsens, der besagt: Wir wollen die Atomenergie schnellstmöglich als Nutzungsform in Deutschland beenden, wir wollen die Brücke ins solare Zeitalter schneller bauen, als wir alle gemeinsam dies in der Vergangenheit vorgesehen hatten.

Dafür lohnt es sich gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Das ist die richtige Antwort auf die Herausforderung, die die schrecklichen Ereignisse in Japan für uns begründen. Stellen wir uns dieser Herausforderung! Ich glaube, das ist unsere gemeinsame politische Aufgabe und Verantwortung.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich auf Folgendes hin. Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums haben sich darauf verständigt, als Redezeit für die mit den Tagesordnungspunkten 7, 8 und 9 verbundene Aussprache jetzt zur Regierungserklärung das anderthalbfache Grundredezeitmodul einzusetzen.

Wir kommen zu den Punkten 7, 8 und 9 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausstieg aus der Atomenergie - Energiewende jetzt! (Drucksache 14/429)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Abschaltung des AKW Cattenom bzw. Begrenzung der Laufzeit des AKW - Grenzüberschreitende Genehmigungsverfahren für industrielle Großanlagen (Drucksache 14/427)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus der Atomkatastrophe in

(Präsident Ley)

Japan: Ausstieg aus der Atomkraft und Vorrang für regenerative Energien (Drucksache 14/431)

Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Heiko Maas, gleichzeitig auch zur Begründung des Antrages seiner Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Maas.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur in der Regierungserklärung, sondern auch in der Aussprache gilt das erste Wort den Opfern der Katastrophe in Japan. Es gibt dort Erdbebenopfer, es gibt Tsunamiopfer. Es gibt auch Strahlenopfer, von denen viele noch gar nicht wissen, dass sie Opfer sind. Das macht deutlich, welche Dimension diese Katastrophe dort hat.

Bei allem, was wir in Japan gesehen haben, hat mich die Ruhe und Gelassenheit, auch die Tapferkeit der japanischen Bevölkerung beeindruckt, wie die Menschen mit dieser Situation umgehen, sich wechselseitig helfen, bis hin zu dem Punkt, dass sich Freiwillige zur Verfügung gestellt haben, bei den Unfallreaktoren selbst vor Ort zu helfen. Sie haben damit nicht nur ihr Leben aufs Spiel gesetzt, sondern nehmen sicherlich ganz erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen in Kauf.

Ich würde nicht so weit gehen wie Cécile Calla, die Deutschland-Korrespondentin von Le Monde, die vor Kurzem geschrieben hat, dass bei den deutschen Vollblutpanikern die Diskussion sehr selbstbezogen verläuft, was die zukünftige Energiepolitik in Deutschland betrifft, und dabei die Opfer in Vergessenheit geraten. Aber es soll uns zumindest eine Mahnung sein: Tausende von Menschen haben ihr Leben verloren. Man muss befürchten, dass noch viele dazukommen. Deshalb sind wir in Gedanken bei denjenigen, die Angehörige verloren haben oder auch das, was ihnen in ihrem Leben materiell wichtig war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, politisch - und nicht nur politisch - erleben wir gerade das Ende des Atomzeitalters, das Ende des Dogmas der nuklearen Unfehlbarkeit und auf der politischen Bühne Deutschlands den fluchtartigsten Rückzug der Atomkraftbefürworter, insbesondere bei den Konservativen und Liberalen, von allen diesbezüglichen Positionen. Dieser Rückzug erfolgt radikaler und teilweise auch unverfrorener als alles, was es in der deutschen Politikgeschichte in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Ich will auch sagen, wieso ich es für unverfroren halte. Es ist nämlich so - das ist eben angeklungen, auch in einem Beitrag der Bundeskanzlerin im Bundestag dieser Tage -, dass wir uns heute von Leuten, die vor Kurzem noch in einem ge-

kauften Deal mit der Atomindustrie die Restlaufzeiten für Kernkraftwerke verlängert haben, anhören müssen, der Atomausstieg von Rot-Grün sei zu langsam gewesen. Wer so argumentiert, ist schamlos und gleichzeitig schmerzfrei. Dem traue ich alles zu und glaube ihm nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Dabei will ich in aller Deutlichkeit sagen, dass ich es einzelnen Abgeordneten der CDU- und FDP-Fraktion in diesem Hause abnehme, dass Fukushima ihre Haltung zur Atomenergie grundlegend verändert hat. Ich begrüße das eindeutig und heiße sie willkommen bei denjenigen, die schon seit Jahren für einen Ausstieg aus der Atomenergie kämpfen. Ich muss ihnen aber sagen, ihre Parteien als solche sind keine glaubwürdigen Protagonisten in dieser Frage, und das hat auch seine Gründe.

Ich erinnere an die Position, die die Saar-CDU bis zur letzten Landtagswahl vertreten hat. Herr Müller, Sie haben noch drei Tage vor der Landtagswahl, am 27.08.2009, gesagt, dass Sie für eine Laufzeitverlängerung sind, weil Atomenergie auch weiterhin gebraucht würde. Sie haben im Dezember 2009 ohne erkennbaren äußeren Anlass die Position gewechselt, Sie haben sich gegen eine Laufzeitverlängerung ausgesprochen und für einen kritischeren Umgang mit der Atomenergie.

Die Positionsveränderung hatte nur vordergründig keinen Zweck. Es gab Sondierungsgespräche, es ist damals über die Regierungsbildung verhandelt worden und Sie haben damals Ihre Position in dieser Frage allein zum Machterhalt geändert. Ich frage Sie: Welche Glaubwürdigkeit hat eine Partei, die in einer der zentralsten Fragen der deutschen Politik ihre Position nach rein machttaktischen Erwägungen festlegt? Ich sage Ihnen: Keine! Das gilt auch für das, was in der kommenden Zeit zu diskutieren sein wird.

In den letzten Tagen war von der FDP zu lesen, dass man jetzt gar nicht mehr schnell genug aus der Atomenergie aussteigen kann. Da werden Jahreszahlen genannt, die geradezu atemberaubend sind. Ich will Ihnen dazu nur eines sagen. Wenn in den letzten Tagen der Obermufti der Saar-SPD, Herr Ostermann - -

(Zuruf: Der FDP!)

Wenn der Obermufti der FDP - -

(Verbreitet Heiterkeit.)

Der Spaß sei Ihnen gegönnt, die Debatte ist sowieso schon schwierig genug. - Wenn, meine Damen und Herren, Herr Ostermann, der ja auch Kreisvorsitzender der FDP ist, den Wiedereinstieg in die Kohleförderung im Saarland propagiert, dann ist das nicht

(Abg. Maas (SPD))

nur eine Verhöhnung der Bergarbeiter, die die FDP gar nicht schnell genug loswerden konnte, sondern es ist auch ein Hinweis, dass hier professionelle Spielernaturen am Werk sind. Hier geht es aber um existenzielle Fragen, da können wir Spieler nicht gebrauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Das gilt auch für das Verhalten der Bundesregierung, die sich ja auch aus CDU und FDP zusammensetzt. Herr Müller, ich habe eben gehört und mit Erstaunen zur Kenntnis genommen - mich würde einmal interessieren, was die Umweltministerin dazu sagt -, dass jetzt die Sicherheitsvorkehrungen für Kernkraftwerke deutlich besser wären, als das bei Rot-Grün der Fall gewesen sei. Meine Damen und Herren, vielleicht sollten wir zur Wahrheit zurückkehren. Sie haben nämlich nicht nur die Restlaufzeiten verlängert, sondern Sie haben auch die Sicherheitsanforderungen, die Rot-Grün 2009 in Kraft gesetzt hat, mit der Restlaufzeitverlängerung wieder abgeschafft.

Diese Sicherheitsanforderungen haben auf über tausend Seiten festgelegt, wie Notstromversorgung aussehen muss, wie die Anforderungen an Kühlsysteme zu sein haben und wie die Sicherheit konkret verbessert werden muss. Sie haben das alles gestrichen. Seitdem gilt wieder ein über 30 Jahre altes kerntechnisches Regelwerk. Ich frage mich, warum haben Sie das gemacht? In der damaligen Debatte ist deutlich geworden, dass Sie das gemacht haben, weil Ihnen die AKW-Betreiber gesagt haben, viele AKWs werden diesen modernen Sicherheitsstandards nicht gerecht. Sie haben das gemacht, weil die Betreiber Ihnen gesagt haben, dass die alten Meiler niemals auf den Stand dieser Technik hochgerüstet werden können und deshalb noch viel früher vom Netz gehen müssten, als im Atomausstieg eigentlich vorgesehen, und weil die notwendigen Investitionen die Milliardenengeschäfte der Atomwirtschaft geschmälert hätten. Die Bundesregierung aus CDU und FDP hat Geld gegen Sicherheit getauscht. Und deshalb sind Sie heute in dieser Frage unglaublich.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Moratorium, das die Bundesregierung jetzt in Kraft gesetzt hat, noch einmal hervorgehoben. Es gibt sicherlich niemanden, der dagegen anredet, dass jetzt sieben Atomkraftwerke vom Netz genommen worden sind. Man wundert sich vielleicht darüber, wie leicht das geht, ohne dass die Stromversorgung in Deutschland zusammenbricht. In der Vergangenheit haben wir dazu vieles anders gehört. Ich bin dennoch erstaunt über die Art und Weise, wie das praktisch umgesetzt wird. Und das lässt auch Schlüsse auf die Glaubwürdigkeit dessen zu, was damit verfolgt

wird. Sie haben gesagt, dass Sie diese Atommeiler vom Netz nehmen wollen, und Sie haben auch gesagt, dass Sie sie gar nicht mehr ans Netz zurückbringen wollen, wenn diese drei Monate vorbei sind. Das ist ja eine Diskussion, die in der CDU stattfindet, und das werden Sie sicherlich auch in Berlin hören. Jetzt frage ich mich, warum Sie sich auf einen Notparagrafen im Atomgesetz berufen, der es möglich macht, aus Sicherheitsgründen durch staatliche Anordnung Meiler abzuschalten. Wenn Sie es ernst meinen mit dieser Frage, dann nehmen Sie doch das Gesetz zur Verlängerung der Restlaufzeiten einfach zurück, anstatt mit Notparagrafen zu agieren. Wer so handelt, ist nicht glaubwürdig, und bei dem weiß man nie, was nach den drei Monaten geschieht. Das gilt vor allen Dingen, wenn die Landtagswahlen in Baden-Württemberg vorbei sein werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe auch deshalb Bedenken, weil dieser Tage nachzulesen ist, dass es in der Bundesregierung anscheinend unterschiedliche Auffassungen gibt. Im „Spiegel“ konnte man dieser Tage nachlesen - ich zitiere: Der neue Atomkurs der Regierung Merkel bekommt nicht nur Gegenwind von den AKW-Betreibern. In einem „Spiegel-Gespräch“ geht jetzt Bundesaußenminister Guido Westerwelle auf Distanz zu Bundeskanzlerin Merkel. Der Vizekanzler hält auch nach der nuklearen Katastrophe in Japan eine Verkürzung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke nicht für beschlossene Sache. „Ich wäre - so ein wörtliches Zitat - mit konkreten Schlussfolgerungen vorsichtig“, sagt Westerwelle. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die große Masse der Bevölkerung Ihre Kehrtwende in der Atomenergie nur für bedingt glaubwürdig hält und wenn man so etwas liest, dann muss man tatsächlich befürchten, dass aus der Kehrtwende, die anfänglich eine 180-Grad-Kehrtwende gewesen ist, irgendwann einmal eine 360-Grad-Kehrtwende wird. Das wollen wir nicht. Deshalb wollen wir, dass Fakten geschaffen werden. Wenn Sie das glaubwürdig vertreten, dann nehmen Sie das Gesetz zur Verlängerung der Restlaufzeiten zurück, anstatt sich auf Notparagrafen zu stützen.

(Beifall bei der SPD.)

Gestern wurde eine sogenannte Ethikkommission eingerichtet, die einen gesellschaftlichen Konsens herstellen soll - so hat man das lesen können - über die Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Wenn man sich in diesem Land bewegt, dann würde ich einmal Zweifel anmelden, ob dieser gesellschaftliche Konsens überhaupt noch hergestellt werden muss. Ich glaube, diesen gesellschaftlichen Konsens gibt es. Mehrheitlich gab es ohnehin immer die Auffassung in der Bevölkerung, dass man die Risiken der Atomenergie nicht für verantwortbar hält. Spätestens nach Fukushima ist das aber nicht nur

(Abg. Maas (SPD))

eine Mehrheit - mal größer oder mal weniger groß -, sondern es ist eine gesellschaftliche Position, die von den Menschen, die in diesem Land leben, umfassend getragen wird. Deshalb brauchen wir eigentlich keine Kommission, die einen gesellschaftlichen Konsens herbeiredet. Wir müssen die energiepolitische Frage beantworten, wie die Energiegewinnung nach dem Atomzeitalter aussehen muss. Ich halte es nach wie vor für ein Spiel auf Zeit, denn den Konsens für die Abschaltung von Atomkraftwerken in Deutschland gibt es schon längst. Wir befinden uns mittlerweile nicht mehr in der Phase des Redens, sondern in der Phase des Handelns, und dem muss die Bundesregierung gerecht werden.

(Beifall bei der SPD.)

Nach Harrisburg, nach Tschernobyl - es ist ja nicht so, dass das die erste Atomkatastrophe wäre - und jetzt Fukushima ist eines klar: Das Restrisiko von Atomkraftwerken ist nicht zu verantworten. Weder funktioniert die Technik immer noch versagen Menschen nie. Die Dimension möglicher Katastrophen zwingt uns zum Handeln. Das haben wir in unserem Antrag zusammengefasst. Ich möchte Ihnen noch einmal die Punkte deutlich machen, auf die es jetzt ankommt: Wir wollen erstens raus aus der Atomenergie. Wir wollen die Rücknahme der Laufzeitverlängerung und wir wollen die Rückkehr zum Ausstieg aus der Atomenergie. Ob das 2020 sein muss, wie es im Gesetz von Rot-Grün vorgesehen ist oder möglicherweise früher, darüber sind wir gerne zu Gesprächen bereit. Wir wollen aber eine politische Grundsatzentscheidung. Wir in den Parlamenten sind für die Frage verantwortlich, ob wir weiterhin Atomenergie nutzen wollen - ja oder nein. Wir sagen nein und wir wollen schnellstmöglich aus dieser Energieform heraus.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen, dass die alten Meiler vom Netz genommen werden. Mittlerweile ist ja klar, dass sie gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert sind; Sie haben eben darauf hingewiesen. Sie haben dieses Beispiel aufgegriffen und gesagt, nach Japan ist alles denkbar. Ich weiß nicht, warum ein Flugzeugabsturz vor Japan nicht denkbar gewesen sein soll. Wir müssen diese alten Meiler dauerhaft vom Netz nehmen. Wenn Sie diese Position vertreten, dann ist es gut. Und wir wollen drittens - da nehme ich Sie einmal beim Wort, wenn Sie für höhere Sicherheitsstandards eintreten -, dass das kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 wieder in Kraft gesetzt wird, um den Stand von Wissenschaft und Technik zur Voraussetzung für die Restlaufzeit aller deutschen Atomkraftwerke zu machen. Man kann nicht davon reden, dass Sicherheit erstes Gebot ist, und gleichzeitig Sicherheitsbestimmungen für Kernkraftwerke streichen. Das ist in höchstem Maße heuchlerisch und deshalb muss das zurückgenommen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, der vierte Punkt ist, dass wir die Energiewende konsequent vorantreiben müssen und dass wir sie wahrscheinlich auch beschleunigen müssen. Sie haben das auch angesprochen und im Grundsatz auch so formuliert. Sie haben gesagt, das ist kein einfacher Weg. Ich habe den Eindruck, bei Ihnen ist das eher ein Labyrinth. Es ist mir nicht klar geworden, wie dieser Weg aussehen soll. Dass wir Netzleitungen brauchen, ist seit Langem bekannt. Das ist keine neue Erkenntnis. Dass wir Windräder und Solaranlagen brauchen, ist auch keine neue Erkenntnis. Und dass wir einen gesellschaftlichen Konsens brauchen, der den Bau solcher Anlagen ermöglicht, ist auch keine neue Erkenntnis. Wir warten seit Monaten auf diesen sogenannten Masterplan Energie. Sie geben hier eine Regierungserklärung ab. Was sind denn die konkreten Maßnahmen der saarländischen Landesregierung, um etwa die Energieeffizienz zu erhöhen? Da gibt es das riesige Thema, den Gebäudebestand zu sanieren und energetisch zu modernisieren. Was machen Sie dafür? Wieso geben Sie hier eine Regierungserklärung ab, beschreiben die Energiewende und sagen substanziell kein Wort dazu, wie Sie das hier machen wollen? Was soll das überhaupt?

(Beifall bei der SPD.)

Wir stellen uns auch die Frage, wie es mit der saarländischen Kraftwerkslandschaft weitergehen soll. Da bin ich jetzt aus Ihren Ausführungen nicht schlau geworden. Keine fossilen Energieträger und dann nachher doch, wenn es ein bisschen moderner geht. Ich glaube, rein praktisch und physikalisch werden wir auch in Zukunft fossile Energieträger benötigen.

Wenn wir schneller aus der Atomenergie aussteigen wollen, haben wir drei Möglichkeiten, sie zu kompensieren. Erstens, wir brauchen mehr regenerative Energien. Die Antwort, wie das hier gehen soll, sind Sie schuldig geblieben. Zweitens brauchen wir mehr Energieeffizienz. Wir wissen, dass bis zu 25 Prozent der Energie durch mehr Effizienz eingespart werden könnten, also gar nicht erst produziert werden müssten. Und drittens werden wir - es gehört ehrlicherweise dazu, das zu sagen - auf fossile Energieträger etwas stärker setzen müssen, als es bei der Restlaufzeitverlängerung der Atomkraftwerke vielleicht noch gedacht war.

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE): Das war es doch nicht!)

Diesbezüglich stimme ich all denjenigen zu, die sagen, dass das natürlich für Gaskraftwerke und für Kohlekraftwerke gilt. Es ist jetzt ausgerechnet worden, dass im Rahmen des sogenannten Repowering, also im Rahmen des Ersatzes und der Modernisierung bestehender Gas- und Kohlekraftwerke, ein Bedarf von 10.000 bis 12.000 Megawatt an neu-

(Abg. Maas (SPD))

er Leistung besteht. Und wer kann etwas dagegen haben, dass alte Kohleanlagen ersetzt werden durch neue und modernere Anlagen, die mit höherem Wirkungsgrad arbeiten und mit Kraft-Wärme-Kopplung und allem anderen, das damit zusammenhängt, ausgestattet sind?

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Richtig!)

Deshalb muss das auch Gegenstand einer Diskussion in unserem Land sein. Wir haben hier Kohlekraftwerke.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Einige dieser Kraftwerke sind derzeit in Schwierigkeiten. Ensdorf ist massiv bedroht. Wir haben erlebt, dass die RWE die Abnehmerverträge mit den Standorten in Quierschied und Fenne gekündigt hat. Ja, wir wollen die Energiewende. Wir wollen mehr regenerative Energien. Darüber sind sich doch jetzt alle einig. Wir wollen eine höhere Energieeffizienz. Wir wollen aber auch eine Perspektive für die saarländische Kraftwerkslandschaft. Wir haben genehmigte Standorte für Kohle- und für Gaskraftwerke. Wenn es uns doch gelingen kann, in technischer Hinsicht voranzuschreiten, die Kraftwerke wirkungsvoller zu bauen, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, so ist es, wenn man wirklich aus der Atomenergie aussteigen will, nicht nur ein Wunsch, sondern sogar eine Notwendigkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Es gibt niemanden, der Ihnen hinsichtlich dem zu Cattenom Gesagten widerspricht. Cattenom ist ein Pannenmeiler. 60 Störfälle in den zurückliegenden zwei Jahren! Wir wollen, dass Cattenom abgeschaltet wird. Ich fordere alle im Saarland auf, sich an den Aktionen zu beteiligen, auf den Unterschriftenlisten zu unterschreiben. Ich bin aber natürlich auch kein Illusionist: Sarkozy wird Cattenom nicht abschalten, weil wir viele Unterschriften sammeln. Leider! So etwas läuft tatsächlich nur über die nationale Ebene. Deshalb ist es gut, dass Sie die Bundeskanzlerin in dieser Angelegenheit anschreiben.

Wir brauchen eine europäische Strategie. Es nützt doch nichts, die Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten und dann den Strom aus Nachbarländern, die Atomkraftwerke haben, hinzuzukaufen. Wir brauchen eine gesamteuropäische Strategie. Deutschland muss, um auf dieser Ebene glaubwürdig zu sein, im eigenen Land einen gangbaren, realistischen Weg aus der Atomenergie beschreiten. Dies zu organisieren, ist die Aufgabe der Bundesregierung. In diesem Sinne muss man sie drängeln. Wenn Sie das tun, bin ich gerne bereit, Sie dabei zu unterstützen.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen keine Pirouetten drehen. Wir müssen keine 180-Grad-Wendung vollziehen. Ich kann Ihnen heute hier dasselbe sagen, das Ihnen die SPD schon in den zurückliegenden Jahren stets gesagt hat: Wir wollen raus aus der Atomenergie. Wir wollen das, was DIE ZEIT in der vergangenen Woche als Aufmacher auf ihrer ersten Seite stehen hatte: Wir wollen in der Atomenergie und in der energiepolitischen Debatte über die Verantwortbarkeit von Kernkraftwerken keine Lügen mehr!

(Anhaltender Beifall von der SPD und Beifall bei der LINKEN.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE, gleichzeitig auch zur Begründung ihres Antrages, Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich für meine Fraktion die Erklärung des Ministerpräsidenten begrüßen. Das wird Sie vielleicht überraschen. Ich bin aber der Auffassung: Wenn aus einer internationalen Katastrophe für die eigene Energiepolitik Konsequenzen gezogen werden, so sind diese Konsequenzen zunächst einmal wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Ich hoffe, dass die hier geäußerte Ankündigung, alles für den zügigen Ausstieg aus der Atomindustrie zu tun und sehr systematisch die alternativen Energien zu fördern, Grundlage der zukünftigen Politik dieser Landesregierung sein wird. Das Beschreiten dieses Weges wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Ich möchte des Weiteren auch die Position unterstreichen, die Heiko Maas hier für die SPD vertreten hat. Das ist ja seit vielen Jahren die sozialdemokratische Position. Ich möchte allerdings an einer Stelle eine Einwendung machen. Ich beziehe mich dabei auf die Bemerkung, die ja auch von Sigmar Gabriel im Deutschen Bundestag vorgetragen wurde, wonach wir jetzt das Ende des atomaren Zeitalters erleben würden. Diese Einwendung meine ich ganz ernst, und auf diesen Aspekt möchte ich auch den Schwerpunkt meiner Ausführungen legen.

Mir ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der bisherigen Diskussion etwas aufgefallen. Mir ist aufgefallen, dass die Diskussion heute auf ganz anderen Grundlagen erfolgt und mit ganz anderen Akzentsetzungen geführt wird, verglichen mit der Diskussion, die vor Jahren geführt wurde, als eine große Bewegung in Deutschland gegen die Nutzung der Atomenergie und gegen die atomare Bedrohung eingetreten ist. Was meine ich?

Ich will Ihnen zum Beweis eine Beobachtung darstellen, die ich ihn den letzten Tagen gemacht habe.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

In der Zeitung DIE WELT ist jene Eintragung wiedergegeben worden, die die Bundeskanzlerin gemacht hat, als sie in der japanischen Botschaft den Opfern dieser Katastrophe ihre Anteilnahme ausdrücken wollte. Ich lese das mal vor; sie schrieb in das Kondolenzbuch: „In stillem Gedenken an die Opfer des schweren Erdbebens und der schrecklichen Flutkatastrophe und mit allen guten Wünschen für die Kraft des japanischen Volkes und mit der Versicherung der Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland. In Freundschaft Angela Merkel.“

Was ist mir dabei aufgefallen? Mir ist natürlich aufgefallen, dass in diesem Eintrag von der atomaren Katastrophe keine Rede war. Das ist natürlich nicht einer bösen Absicht der Bundeskanzlerin geschuldet, ich ordne das vielmehr ein in eine allgemeine Verdrängung, die ich derzeit noch immer feststelle, wenn es darum geht, die atomare Katastrophe und die atomare Bedrohung zu behandeln.

Ich möchte mich bei der Begründung meiner Auffassung auf einen Autor beziehen, auf den ich mich schon vor vielen Jahren bezogen habe, als ich zusammen mit anderen versucht habe, die Ausbreitung der atomaren Technologie zu verhindern. Der Autor, der Philosoph, der die atomare Bedrohung in grundsätzlicher Weise gewürdigt hat, heißt Günther Anders. Er stellte seinerzeit in der gesellschaftlichen Debatte zwei Elemente fest, die ich heute noch einmal in Erinnerung rufen möchte.

Erstens sprach er von der „Apokalypseblindheit“ der Menschheit. Ich möchte Sie einladen, meine Damen und Herren, darüber nachzudenken, ob diese Analyse dieses Philosophen, ob diese Würdigung vielleicht doch einen wahren Kern hat. Zum Verständnis: Denken Sie beispielsweise einmal daran, dass wir im Golf von Mexiko eine Ölkatastrophe hatten und schon nach wenigen Monaten wieder Bohrungen genehmigt werden. Ein anderes Beispiel zum Verständnis: Denken Sie daran, dass alle Staatsmänner der Welt gesagt haben, wir müssten die Massenvernichtungswaffen aus den Finanzmärkten herausnehmen. Sie wissen, dass keine einzige dieser Massenvernichtungswaffen tatsächlich aus den Finanzmärkten herausgenommen worden ist.

Was die atomare Katastrophe angeht, die natürlich ein anderes Gewicht hat, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Apokalypseblindheit nicht ohne Grund schon vor vielen Jahren festgestellt worden ist. Denn man hätte ja erwarten dürfen, dass sich die Menschheit nach den Bombenabwürfen auf Nagasaki und Hiroshima anders orientieren würde. Günther Anders stellte aber fest, dass die Menschheit gar nicht in der Lage war, in ihr Bewusstsein aufzunehmen, was dort eigentlich geschehen war.

Im Zusammenhang mit dieser Debatte führte er einen zweiten Begriff ein, der ebenfalls von Bedeu-

tung ist, den Begriff des „prometheischen Gefälles“. Er meinte damit, dass die Menschen heutzutage Dinge herstellen, von denen sie keinerlei Vorstellung mehr haben. Dieses prometheische Gefälle ist, so meine ich, noch heute in vielen Beiträgen festzustellen, denn es werden Dinge behauptet, von denen bei gründlichem Nachdenken derjenige, der sich über technologische Fragestellungen informiert und die Dinge gewichtet, sagen muss, dass man das in dieser Form so sicherlich nicht behaupten kann.

Was die Kernenergie angeht, ihre Nutzung zur Stromerzeugung in der gegenwärtigen Form, wie man korrekterweise sagen muss, gab es für diejenigen, die vor Jahrzehnten den Widerstand organisiert haben, eine Begründung, die nach wie vor unumstößlich gilt. Ich wundere mich manchmal über die vielen Beiträge - und das richtet sich nun nicht gegen Ihren Beitrag, Herr Ministerpräsident -, die in den zurückliegenden Tagen vorgetragen worden sind und in denen vom „für nicht für möglich gehaltenen“ und Ähnlichem die Rede war. Das war damals anders: Solche Unfälle sind immer für möglich gehalten worden. Und genau aus diesem Grund hat damals eine große Zahl von Menschen diese Technologie abgelehnt. Die Begründung war einfach: Eine Technik, die niemals versagen darf, weil sie im Falle des Versagens ganze Landschaften unbewohnbar macht, ist nicht verantwortlich.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Diesem Satz kann man sich anschließen oder auch nicht. Wir haben uns diesem Satz vor vielen Jahren angeschlossen. Ich halte ihn nach wie vor für uneingeschränkt richtig. Natürlich kann man Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen anstellen, natürlich kann man bisherige Erfahrungen zu Rate ziehen wie etwa die, dass im Rheingraben in den letzten Jahrhunderten kein Beben dieser Stärke festgestellt worden ist. Aber daraus zu schließen, dass es in Zukunft niemals möglich wäre, ist zumindest vor dem Wissenshintergrund, der mir zur Verfügung steht, so ohne Weiteres nicht möglich.

Ich sprach vorhin von dem Sachverhalt der Verdrängung und möchte Sie auf einen Tatbestand aufmerksam machen, der mich doch erschüttert hat. Ich habe die Bundestagsdebatte nachgelesen, ich habe das Protokoll dabei. Ich habe festgestellt, dass eine bestimmte Verbindung kaum hergestellt worden ist, obwohl das eigentlich unverzichtbar ist, wenn wir über die atomare Bedrohung sprechen. Dies ist die Verbindung der sogenannten zivilen Nutzung der Kernenergie mit der militärischen Nutzung. Ich bleibe bei dem, was vor Jahrzehnten Grundlage der ganzen Debatte war: Ohne diesen Zusammenhang, ohne das miteinander in Verbindung zu sehen, ist eine sachgemäße Debatte überhaupt nicht möglich. Für unsere Probleme übersetzt: Der massive Ausbau der Kernenergie in Frankreich hat natürlich auch

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

zur Grundlage gehabt, dass Frankreich eine Atomstreitmacht aufbauen wollte. Man muss diesen Zusammenhang sehen. Wir können die Debatte nicht nur auf die zivile Nutzung der Kernenergie beschränken. Das wäre ein grober Fehler! Wir müssen auch festhalten, dass die atomare Bedrohung und das Atomzeitalter erst dann zu Ende sind, wenn Atomwaffen von dieser Welt verschwinden.

(Beifall von der LINKEN und der SPD.)

Das ist der Einwand, den ich gegenüber der Feststellung von Sigmar Gabriel habe. Ich will sie gar nicht besserwisserisch kritisieren, ich würde gerne unterschreiben, was in der Bundestagsdebatte die Überschrift seiner Rede war: „Wir erleben jetzt das Ende des Atomzeitalters.“ Aber wenn ich sehe, was in der Welt passiert, habe ich ernsthafte Zweifel, dass eine solche Feststellung heute getroffen werden kann. Mit anderen Worten, ich glaube, dass das Denken in traditionellen Machtstrukturen in der Welt noch so tief verwurzelt ist, dass ich angesichts der atomaren Bewaffnung über viele Jahre keinerlei Hoffnung habe, dass das Ende des Atomzeitalters abzusehen ist.

Es ist ja vielmehr so, dass eine ganze Reihe der neuen Philosophen in Frankreich, die sich mit der Frage der Sicherheitspolitik auseinandersetzen, sagt: Ohne die atomare Drohung gäbe es den Frieden in dieser Form nicht. Das heißt, es gibt auch von der philosophischen Seite her eine massive Begründung für die atomare Bedrohung, für das Gleichgewicht des Schreckens. Ich kann das heute nicht alles ausbreiten. Das sollten wir uns in Erinnerung rufen, wenn wir heute über die atomare Bedrohung sprechen.

Es gab aber nicht nur damals diesen untrennbaren Zusammenhang, meine Damen und Herren, es gab auch den Hinweis, dass es nirgendwo bisher gelungen ist, die Endlagerung zuverlässig zu regeln. Das ist doch ein Argument, das heute schwer gewichtet werden müsste, weil es ja zunächst für den zivilen Bereich gilt. Lesen Sie mal die Bundestagsdebatte nach. Warum ist dieses Argument so wenig vorgebracht worden, obwohl inzwischen Jahrzehnte vergangen sind und der Umfang der atomaren Bedrohung inzwischen Dimension erreicht hat, in denen das prometheische Gefälle seine tiefe Begründung findet? Wer hat denn von uns irgendeine Vorstellung, was eine Strahlungsdauer von Hunderttausenden von Jahren eigentlich bedeutet? Das ist der Grund, warum der Philosoph Günther Anders von dem prometheischen Gefälle sprach. Ich glaube, die Analyse, dass wir apokalypseblind sind und dass das prometheische Gefälle nach wie vor den technologischen Prozess in dieser Welt dominiert, ist heute nach meiner tiefen Überzeugung immer noch nicht außer Kraft gesetzt. Aber nur, wenn wir die Tragweite dieser Technologie erfassen und wenn wir erfassen,

dass hier die Verantwortung - ich empfehle hier noch einmal die Lektüre des Buches „Verantwortung ...“, ich weiß den genauen Titel jetzt nicht, des Philosophen Jonas -

(Ministerpräsident Müller: Prinzip Verantwortung.)

„Prinzip Verantwortung“, vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Wenn wir dieses Buch noch einmal nachlesen, sehen wir, dass hier ein Gegenstand zum Thema gemacht worden ist, der uns doch alle beschäftigen muss. Sind wir eigentlich berechtigt, Entscheidungen zu treffen, die hinsichtlich der Verantwortung eine Reichweite von Zigtausenden von Jahren haben? Diese Frage muss doch jeder für sich beantworten! Und das ist keine Frage von CDU/CSU, SPD, FDP, LINKEN oder GRÜNEN. Die Frage muss jeder für sich beantworten: Ist diese Generation, in der wir die Verantwortung für die Politik haben, berechtigt, solche Entscheidungen zu treffen? Ich bin der Meinung, wenn es denn irgendwie geht, sollten wir solche Festlegungen für zukünftige Generationen nicht treffen. Ich bin der Überzeugung, dass es nicht verantwortbar ist, die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen in diesem Ausmaße festzulegen. Und auch deshalb bin ich ein Gegner der atomaren Drohung im umfassenden Sinne.

(Beifall von der LINKEN und der SPD.)

Nun ist natürlich für die Diskussion bei uns an der Saar zentral gewesen - darauf möchte ich noch eingehen - die Bedrohung, die wir empfunden haben, nachdem das Atomkraftwerk in Cattenom errichtet worden ist, weil das uns an der Saar natürlich mehr bedroht als Atomkraftwerke, die in Norddeutschland oder sonstwo gebaut worden sind. Die Frage ist, wie können wir hier eine Lösung im Interesse der mehrheitlichen Willens der saarländischen Bevölkerung herbeiführen?

Sie haben dankenswerterweise erwähnt, Herr Ministerpräsident - ich war aufgrund eines Staus auf das Fernsehen angewiesen -, dass meine Regierung versucht hat, in Gesprächen mit der französischen Regierung zu einem Ergebnis zu kommen. Ich sage mit allem Freimut: Diese Gespräche waren nicht von großem Erfolg gekrönt, wie Sie alle wissen. Ich möchte Ihnen nur als Beispiel von einem Gespräch berichten, das ich Anfang der Achtzigerjahre mit Pierre Mauroy geführt habe, dem damaligen Premierminister von François Mitterrand. Ich bat ihn, doch zu überprüfen, ob diese Anlage in dieser Größenordnung wirklich ans Netz gehen müsse. Seine Antwort war: „Du weißt, wir brauchen eben Energie und wir wollen auch, dass der Weihnachtsbaum leuchtet.“ Das war wörtlich die Antwort! „Deshalb brauchen wir in Frankreich weitere Atomkraftwerke.“ Das sind Diskussionserlebnisse - ich stehe heute mit Pierre Mauroy noch in einem gutem Verhältnis, ich wollte nur mal daran erinnern -, nach denen ich den Eindruck

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

hatte, dass die Tragweite der Fragestellung, die wir zu erörtern hatten, nicht in vollem Umfang erfasst war.

Ich habe dann später - das sage ich ebenfalls - gar keine Versuche mehr gemacht, mit François Mitterrand dieses Thema zu erörtern, weil ich einfach nicht die Hoffnung hatte, angesichts der Fixierung der französischen Politik auf die atomare Streitmacht an dieser Stelle irgendetwas bewegen zu können. Aber vielleicht ergibt ja der Unfall in Japan hier eine neue Chance. Man kann es zumindest versuchen, man vergibt sich ja nichts dabei. Deshalb halte ich es für richtig, wenn man jetzt an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit herangeht. Wir waren uns damals in dieser Frage immer einig mit Luxemburg. Auch die Luxemburger haben gesagt: Es kann nicht sein, dass einfach entschieden wird und wir werden nicht beteiligt. Es gab auch in Lothringen kritische Stimmen, allerdings war die französische Politik immer weitaus zurückhaltender, wenn es um die Kritik an der Kernenergie ging, als etwa die luxemburgische oder eben die deutsche Politik damals, als die großen Demonstrationen gegen die Kernenergie und gegen die atomare Bedrohung stattgefunden haben.

Dennoch meine ich, wenn wir jetzt von einem zusammenwachsenden Europa sprechen - und das ist ja gerade auch unsere Aufgabe hier an der Saar -, müssten wir eine Forderung aufgreifen, die meine Regierung damals erhoben hat, die auch andere erhoben haben - es soll nicht eine Forderung sein, die einen speziellen Urheber hat -, dass wir bei großen Industrieanlagen, die im Falle des Versagens ganze Landschaften zerstören - ich denke jetzt mal auch an Bhopal, also nicht nur an Kernenergie -, auf europäischer Ebene eine verbindliche Mitsprache der davon betroffenen Regionen haben müssen. Ich möchte Sie alle einladen, für diesen Gedanken einzutreten. Er ist doch logisch. Wir sollten alle für grenzüberschreitende Genehmigungsverfahren eintreten.

(Beifall von der LINKEN und der SPD.)

Natürlich gibt es in diesem Zusammenhang die Diskussion, wie wir die Brücke zeitlich dimensionieren können, wie wir sie von den technischen Anlagen her dimensionieren können. Es gibt sicherlich niemanden in diesem Hause, der das exakt beantworten kann, wie sollten wir auch! Wie sollten wir in der Lage sein, die Genehmigungsverfahren abzuschätzen, wie sollten wir in der Lage sein, die Entscheidungen einzelner Regionalparlamente abzuschätzen und so weiter.

Es ist ja auch interessant, sich einmal in Erinnerung zu rufen - und das ist eine Zahl, die man sich vielleicht merken kann -, dass bei durchschnittlichem oder etwas unterdurchschnittlichem Stromverbrauch die Windenergie in Deutschland schon den gesam-

ten Bedarf darstellen kann. Allerdings steht eben die Windenergie nicht ständig zur Verfügung, und daher ist die Frage, wie wir die Stromerzeugung machen - ich sage es einmal in einfachen Worten -, die die sogenannte Grundlast darstellt, die also immer vorhanden sein muss. Da gibt es eben unterschiedliche Herangehensweisen. Lange Zeit war das für einen Teil unserer Gesellschaft die Kernenergie, die anderen haben auf fossile Brennstoffe gesetzt. Es ist ja einiges zu den fossilen Brennstoffen gesagt worden. Ich glaube - das ist auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gesagt worden, wenn ich Sie richtig verstanden habe -, dass wir für eine Übergangszeit fossile Brennstoffe brauchen. Das ist auch meine Meinung; zumindest mein Wissen um die technischen Zusammenhänge führt mich zu diesem Ergebnis. Vor diesem Hintergrund habe ich auch in der Energiepolitik an der Saar, wie Sie wissen, über viele Jahre eine andere Meinung vertreten, was die fossilen Brennstoffe angeht.

Ich will es bei dieser Bemerkung belassen und nur noch einen Hinweis geben, Herr Ministerpräsident, bei dem Sie vielleicht Ihre eigene Position überdenken werden. Sie haben die Kernenergie und die Nutzung der Kernenergie - nach meiner Auffassung richtigerweise - in einen internationalen Zusammenhang gestellt. Das ist gut so, wir können die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung nicht nur in einen nationalen Zusammenhang stellen. Ich würde Sie aber bitten, auch die Nutzung der fossilen Brennstoffe in einen internationalen Zusammenhang zu stellen. Dann käme man vielleicht zu einem anderen Ergebnis als zu dem, was Sie eben vorgetragen haben. Ich rege das nur an, ich habe kein Interesse daran, heute die Debatte polemisch zu führen, und komme deshalb auch zum Abschluss.

Ich gehörte, wie viele andere, zu der Bewegung, die vor vielen Jahren die Protestdemonstrationen gegen die atomare Bedrohung mitgestaltet haben. Wir haben unter atomarer Bedrohung aber niemals nur die zivile Nutzung der Kernenergie verstanden, sondern immer auch die militärische Bedrohung einbezogen und insbesondere die sich ausbreitende Bewaffnung von Staaten mit Atomwaffen zum großen Thema gemacht. Wir waren damals schon der Überzeugung, dass, wenn unser hochtechnologisiertes Land zivile Anlagen in andere Länder liefert - das geschieht ja immer noch -, es diesen Ländern auch die Möglichkeit bietet, Atomwaffen herzustellen - Stichwort Iran oder andere Länder. Ich erwähne noch einmal Günther Anders, vielleicht interessiert sich der eine oder andere von Ihnen für sein Hauptwerk „Die atomare Drohung“. Ich würde mir wünschen, dass wir diese Apokalypseblindheit überwinden könnten, diesen Glauben, es werde schon nichts passieren, es werde schon immer weitergehen wie bisher, und darüber nachdenken würden, ob er nicht recht hatte mit seiner Feststellung, dass die Menschheit in ihrer

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Technologie ein prometheisches Gefälle zu überwinden hat, weil wir heute Technologien entwickeln, die wir nicht mehr beherrschen und vielleicht gar nicht mehr erfassen können und in ihrer Tragweite nicht überblicken.

Deshalb schließe ich mit der Bemerkung: Wir haben diese Erde wirklich nur geliehen. Das war, wenn Sie so wollen, die Feststellung der Umweltbewegung. Diese Feststellung verpflichtet uns, die Welt unseren Kindern, Kindeskindern und kommenden Generationen lebenswert zu hinterlassen. Deshalb müssen wir die atomare Bedrohung überwinden. - Danke.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN und der SPD sowie vereinzelt bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die CDU der Fraktionsvorsitzende Klaus Meiser, auch zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Folgen der Katastrophe vom 11. März sind für Japan und darüber hinaus unabsehbar. Ich denke, wir alle fühlen mit den Betroffenen und haben dies hier in angemessener Weise zum Ausdruck gebracht. Es ist nicht die Zeit und auch nicht der Tag, selbstgerecht und vielleicht sogar mit etwas Häme zu diskutieren. Deshalb empfand ich den Stil der Regierungserklärung und der Erklärung des Kollegen Lafontaine als wohlthuend und möchte gerne daran anknüpfen.

Die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, hat mit ihrer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan sicherlich die Befindlichkeit der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Sie hat formuliert, dass diese unfassbare Katastrophe ein Einschnitt für die ganze Welt, für Europa und für Deutschland bedeutet. Die Katastrophe in Japan hat Dimensionen erreicht, die sicherlich niemand objektiv ausschließen konnte, aber die viele nicht für möglich gehalten haben. Heute ist es angemessen, einen Blick in die Geschichte der Kernkraftwerke und damit auf die Katastrophe von Tschernobyl in den Achtzigerjahren zu werfen. Damals hat zwar eine Bewusstseinsänderung in großen Teilen der Bevölkerung begonnen, sie hat aber nicht dazu geführt, dass welche Regierung auch immer formuliert und danach gehandelt hat: Wir wollen uns schnell von Kernkraftwerken verabschieden.

In Japan sind nun Gefahren wahr geworden, die so kaum für möglich gehalten wurden. Wir alle stellen fest, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland nicht verändert hat. Herr Kollege Maas hat es kritisch beleuchtet und erläutert, warum er plötzlich umdenkt. Ich frage mich in diesem Zusammenhang,

warum denkt die SPD plötzlich auch um? Objektiv gesehen ist die Sicherheitslage dieselbe geblieben, aber das Sicherheitsverständnis der Menschen hat sich verändert. Es ist absolut positiv, dass Menschen aufnehmen, was passieren kann, und sich ihr Bewusstsein verändert. Wir alle spüren, dass es ein Stück weit Anlass ist, schneller die Kehrtwende beim Thema Kernkraft zu vollziehen.

Die Geschichte der Kernspaltung von ihrer Entdeckung bis heute macht deutlich, dass die Gefahren oft fehleingeschätzt wurden: Von denen, die die Kernspaltung erfunden haben, über die späteren Gegner, die sich in den Siebzigerjahren als Befürworter gezeigt und davon gesprochen haben, dass die Kernkraft uns auf der ganzen Welt helfen kann angesichts der CO₂-Katastrophe, bei wirtschaftlichen Entwicklungen und sogar in Entwicklungsländern. Ich erinnere nur an Carl Friedrich von Weizsäcker. Heute müssen wir gemeinsam feststellen, dass es ein grundsätzlicher Fehler war. Damals wusste man ja, als Kernkraftwerke erstmals gebaut wurden, dass die Entsorgung radioaktiver Abfälle nicht geklärt ist. Damals, das muss man heute wohl feststellen, gab es das fast blinde Vertrauen in die Wissenschaft, dass man die wissenschaftlichen Erkenntnisse erreichen würde, um eine gesicherte Entsorgung zu gewährleisten. Heute wissen wir, das ist fatal, es ist uns nie gelungen, die Entsorgung ist bis heute ungeklärt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen - auch das will ich heute nicht vergessen, auch wenn die Kernkraftwerke zügig abgeschaltet werden -: Die Bedrohung, die daraus entsteht, ist eine Bedrohung für Jahrzehnte und Jahrhunderte.

Vor dem Hintergrund all dieser Feststellungen wird spätestens seit den Achtzigerjahren vermehrt die Frage gestellt, ob es vertretbar und verantwortbar ist, eine Technologie vorzuhalten, deren Versagen zu unabsehbaren und unbeherrschbaren Folgen für Leib und Leben sowie für Natur und Umwelt führen kann. Der Kollege Lafontaine hat es so formuliert und auf den Nenner gebracht: Dürfen wir Technologien vorhalten, die nicht versagen dürfen? Wenn wir heute über die Entwicklung der Kernkraftwerke und über die politischen Entscheidungen diskutieren, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf eine ehrliche Auseinandersetzung nicht ausblenden, dass Kernkraftwerke zunächst einmal unbestreitbar - und zwar für ganz Deutschland, im Osten wie im Westen - zu der damaligen Zeit auf breiter politischer und gesellschaftlicher Basis entstanden sind und man auf dieser Basis das Risikopotenzial in Kauf genommen hat.

Deshalb ist heute nicht der Tag darüber zu diskutieren, wer Kernkraftwerke genehmigt hat, in wessen Zeit das gefallen ist - ob Kanzler Schmidt oder Kanzler Kohl -, wann die Stilllegung welcher Standorte verlangt worden ist und wann welche Standards ein-

(Abg. Meiser (CDU))

geführt worden sind. Ich denke, heute ist der Tag, an dem wir angesichts der Katastrophe in Japan Einigkeit über einen Grundsatz haben - das zeigt sich in allen Debattenbeiträgen -: Sicherheit muss nicht nur Vorrang haben, sondern Sicherheit muss absoluten Vorrang haben.

Klar, die allgemeinen Ziele in der Energiepolitik, bei denen Konsens zwischen den politischen Parteien herrscht, gelten fort. Umwelt- und Klimaschutz, Energiesicherheit, bezahlbare Energie, was auch eine soziale Frage ist. Aber ich gehe davon aus, dass sich mit Blick auf die Änderungen des Sicherheitsverständnisses in Deutschland die Prioritäten für die Menschen verändert haben.

Viele von uns - dazu gehöre ich auch - haben in der Vergangenheit oft argumentiert, Deutschland habe im internationalen Vergleich sichere Kernkraftwerke. Dann ist man sehr schnell bei der Logik, dass es wenig Sinn macht, in Deutschland Kernkraftwerke abzuschalten, wenn diese in Nachbarländern zu Deutschland, wenn dies in Europa, in der Welt insgesamt nicht geschieht, wenn sogar, wie Ministerpräsident Müller es dargelegt hat, noch vielerorts hinzugebaut wird.

Aber auch dort hat sich meine Sichtweise - und ich denke, die Sichtweise insgesamt in unserer Gesellschaft - gewandelt, indem wir nämlich nicht sagen, solange wir im internationalen Vergleich vielleicht sogar die sichereren Kraftwerke haben, soll sich nichts tun. Die Priorität heißt vielmehr, Deutschland soll in seinem Verantwortungsbereich einen schnellstmöglichen Ausstieg anstreben, wobei ich mit unterstreiche - das soll nicht verloren gehen; alle Kollegen haben das vor mir gesagt -, natürlich nicht um den Preis, dass dann Strom aus ausländischen Kernkraftwerken bezogen wird. Wir wollen in unserem Verantwortungsbereich schnellstmöglich aus der Atomkraft heraus. Die weitere Logik muss dann natürlich sein - das ist angesprochen worden und in unserem Beschlussantrag auch formuliert -, international dafür zu kämpfen, dass Sicherheit überall Vorrang hat, dass der Ausstieg mittelfristig überall möglich wird und dass Deutschland, Europa, möglichst die ganze Welt in Zukunft auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen.

Ich denke, es ist gut, dass wir heute in diesem Zusammenhang ein Sonderproblem herausstellen, nämlich Cattenom. Das Kraftwerk ist 25 Jahre am Netz, es soll 40 weitere Jahre laufen. Wir alle wissen, es gab 750 relevante Vorfälle in der Vergangenheit. Wir haben große Beunruhigung in der Bevölkerung, nicht nur nach Japan. Diese Umstände werden begleitet durch eine Öffentlichkeitsarbeit der EDF, die unerträglich ist - auch das soll man öffentlich sagen -, die weiter für Unsicherheit sorgt. Deshalb unterstützen wir natürlich die Initiativen der Landesregierung gegenüber der Bundeskanzlerin,

gegenüber der Zentralregierung in Frankreich. Wir unterstützen die Initiative, dass das auf den deutsch-französischen Gipfel kommt. Wir unterstützen natürlich, dass im IPR ein Gipfeltreffen zu diesem Thema auch auf Initiative der Kollegin Helma Kuhn-Theis stattfinden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Forderung heißt, dieses Kernkraftwerk so bald wie möglich vom Netz zu nehmen und bis dahin größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Die heftige Diskussion um das Thema Kernkraft, die nach der Katastrophe in Japan neu entbrannt ist, wird nicht über den Grundsatz, ob Kernkraftwerke Zukunft haben, geführt. Das will ich heute in aller Deutlichkeit herausstellen. Über diesen Grundsatz wird sie nicht geführt, denn alle Bundesregierungen von Rot-Grün über die Große Koalition bis hin zu Schwarz-Gelb haben eines einheitlich und per Gesetz entschieden: Erstens. Kein Neubau von Kernkraftwerken. Zweitens. Schrittweise Abschaltung aller Kernkraftwerke, also Ausstieg aus der Atomenergie.

Das ist eine Entscheidung, die alle Fraktionen im Bundestag, die alle Bundesregierungen gleich welcher Couleur getroffen haben. Gestritten wurde über die Restlaufzeit der Kernkraftwerke. Das will ich einmal an dem Punkt bringen, da sich heute hier der Vorsitzende der SPD-Fraktion selbstgerecht aufspielt als derjenige, der alles schon immer gewusst hat.

(Zurufe der Abgeordneten Commerçon (SPD) und Pauluhn (SPD).)

Deshalb nur am Rande bemerkt, weil es mir bei der Ernsthaftigkeit der Diskussion wirklich nur um die Sache geht: Wer das kerntechnische Regelwerk von Rot-Grün anspricht, der hat sich hier in peinlicher Weise eingelassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Lachen bei der SPD.)

Was ist mit diesem kerntechnischen Regelwerk? Herr Commerçon, das ist jetzt keine Karnevalssitzung, sondern das kerntechnische - -

(Abg. Jost (SPD): Es ist karnevalistisch, wenn die GRÜNEN dazu applaudieren.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kerntechnische Regelwerk von Rot-Grün war nie in Kraft. Trittin und Gabriel haben jahrelang über Tausend Seiten erarbeitet, haben dieses Regelwerk nie in Kraft gesetzt, haben eine Freiwilligkeitsphase eingeschaltet, die Röttgen verlängert hat. Das ist die Wahrheit und Ende und Aus zu dem Thema, Herr Commerçon. Deshalb sage ich Ihnen, lassen Sie uns doch wenigstens Dinge, wo eine gemeinsame Basis besteht, nicht zerreden.

(Abg. Meiser (CDU))

Die gemeinsame Basis ist - ich wiederhole es - die gesetzliche Entscheidung, dass es Kernkraftwerke nur noch für eine gewisse Frist geben wird. Ich gebe dem Kollegen Lafontaine recht. Das ist eine Entscheidung über das Ende der Kernkraftwerke, nicht über das Ende der Nutzung von Atomenergie. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, komme ich darauf zurück. Wenn wir eine redliche Auseinandersetzung führen, dann muss es erlaubt sein darauf hinzuweisen, dass, wenn das Moratorium über die umstrittene Verlängerung der Laufzeiten ausgesetzt würde, zurückgenommen würde, dann die Rechtsgrundlage der rot-grünen Regierung aufleben würde. Es ist nun einmal so - das ist keine Kritik -, dass das dazu führen würde, dass ein einziges Atomkraftwerk abgeschaltet bleiben müsste: Neckarwestheim, und sonst nichts.

Deshalb lassen Sie uns doch bitte gemeinsam festhalten, wir reden heute nicht über die Streitfrage, in welchem Takt bis 2024 (Große Koalition) oder in welchem Zeittakt bis 2036 (schwarz-gelbe Koalition) abgeschaltet werden soll. Heute reden wir darüber, wie der Weg ist, um so schnell wie möglich aus der Atomkraft auszusteigen. Deshalb sollte nicht anmaßend diskutiert werden nach dem Motto „Die einen haben es schon immer gewusst und die anderen haben alles falsch gemacht“, sondern ich denke, Grundlage muss hier eine ehrliche Diskussion sein. Die einzelnen Maßnahmen, die wir als Konsequenzen aus den Ereignissen in Japan fordern, ergeben sich aus unserem gemeinsamen Beschlussantrag. Ich muss das im Detail nicht vortragen.

Es ist klar, Neubewertung der Nutzung der Atomkraft heißt schnellerer Ausstieg, konsequente Überprüfung der laufenden Anlagen und eventuell daraus Konsequenzen zu ziehen, dauerhaftes Abschalten der Reaktoren älterer Bauart und natürlich Diskussion und Handlungsprogramm auf internationaler Ebene, sowohl was Cattenom betrifft als auch, was Europa und die Welt insgesamt betrifft. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie propagiert, der muss auch deutlich machen, wie dieser Weg verantwortbar gegangen werden kann.

Wenn wir gemeinsam für eine weitere Steigerung der Energieeffizienz, wenn wir gemeinsam für einen schnelleren und konsequenteren Ausbau der regenerativen Energien sorgen wollen, dann heißt das - das will ich genauso deutlich sagen wie die Botschaft schnellstmöglicher Ausstieg -, alle müssen in dieser Gesellschaft mitmachen. Ich will es einmal übersetzen. Das heißt, es kann nicht sein, dass bestimmte politische Vertreter für den schnellstmöglichen Ausstieg sind, aber dann möglichst auch gegen alle Infrastrukturmaßnahmen, die die Alternativen ermöglichen sollen. Das ist doppelbödige Politik. Das ist doppelte Moral. Deshalb sage ich in aller

Klarheit, auch an die Bevölkerung gerichtet: Wer meint, das ist zum Nulltarif zu machen, und wer meint, das ist zu machen, indem er auch gegen alles andere ist, der Windkraftträder auch in saarländischen Kommunen ablehnt, ist auf dem Holzweg. Das eine bedingt das andere.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn wir den Weg gehen wollen, dann brauchen wir eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir brauchen die Bereitschaft der Menschen, nicht nur die notwendige Infrastruktur zu dulden, sondern diese auch mitzutragen.

Ich sage genauso: Auch wenn die Hoffnung besteht, dass das Setzen auf erneuerbare Energien langfristig geringere Preise zur Folge haben kann, so muss trotzdem jeder wissen, dass dieser Weg kurz- und mittelfristig zu Preiserhöhungen führen kann und dass der Endverbraucher auch Lasten mittragen müssen, um diesen Weg des Ausstiegs aus dem Atomstrom und hin zu alternativen Energien zu gehen. Das heißt natürlich auch - das will ich unterstreichen, es ist in der Regierungserklärung herausgestellt worden - Zustimmung zu den Standorten für entsprechende Anlagen. Das schreibe ich all denen ins Stammbuch, die nach dem Motto vorgehen „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Das heißt, für Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie brauchen wir Anlagen und Standorte. Das müssen wir dann den Menschen abverlangen oder - ich will es positiv formulieren - die Menschen müssen dabei auch mitmachen. Wir brauchen das Ja zu Stromnetzen und wir brauchen das Ja zu Stromspeicheranlagen, denn der Strom, der erzeugt wird über erneuerbare Energien, wird ja zum Teil nicht sofort durchgeleitet. Verbrauch muss daher auch gespeichert werden.

Ich will auch zum Thema Kraftwerke im Saarland an dieser Stelle etwas sagen. Sie werden die Welt nicht verändern, aber sie sind in unserem Land Teil der Energieversorgung und sie gehören zur Energieversorgung in Deutschland. Wir sind insgesamt über den Masterplan Energie, der in Vorbereitung ist, auf gutem Wege. Wenn heute gefragt wird, was eigentlich passiert, man höre nichts, dann kann ich nur antworten: Wir haben einen Status quo, der bedeutet, dass wir mit Ensdorf, Fenne, Weiher, Bexbach und vielen kleineren Kraftwerken 2.900 MW produzieren und Exportland sind. Diese funktionierende Kraftwerkslandschaft wollen wir erhalten, das will ich in aller Klarheit unterstreichen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und beim Abgeordneten Schmitt (B 90/GRÜNE).)

Die wollen wir auch erhalten mit Blick auf fossile Energien. Damit meine ich auch die Kohle, nicht nur Gas.

(Abg. Meiser (CDU))

(Vereinzelter Beifall bei der SPD.)

Ich weise darauf hin und denke, das sollte man genau unterscheiden. Wir haben gesagt, kein Zubau über die 2.900 MW hinaus. Genauso klar ist, dass diese Kapazität erhalten bleiben soll. Klar ist aber auch, dass die Kohle auch Basis für diese Kraftwerke sein kann, natürlich möglichst optimiert über Techniken, die wir kennen. Das schreibe ich all denen ins Stammbuch, die meinen, sich öffentlich anders äußern zu sollen oder zu müssen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN.)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch mal Folgendes festhalten. Die Frage, ob es verantwortbar ist, Technologien vorzuhalten und zu nutzen, sprich Kernkraftwerke, bei deren Versagen die Folgen unabsehbar für Leib und Leben, unabsehbar für Natur und Umwelt sind, ist von uns mit einem klaren Nein zu beantworten. Genauso sage ich: Dann muss es ein klares Ja geben zur Schaffung von Infrastrukturen zum Ausbau regenerativer Energien. Ich hoffe, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Ich hoffe ferner, dass der Konsens in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft bei allen Entscheidungen der kommenden Wochen und Monate trägt, dass wir diese Kehrtwende vollziehen und dass es dann auf dieser Basis gelingt, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu bekommen für eine verantwortbare Energiepolitik der Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die FDP-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Karl-Josef Jochem.

Abg. Jochem (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben heute Morgen der schrecklichen Ereignisse in Japan gedacht. Das Schicksal, das dieses Land getroffen hat, ist etwas, was nicht alle Tage vorkommt. Dies bedarf eindringlichen Gedenkens. Das sage ich daher auch noch mal für die FDP-Fraktion.

Die Vorkommnisse in Japan lehren uns aber, dass wir umdenken müssen. Das ist das, was die Diskussion in der Bundesrepublik in der vergangenen Woche beherrscht hat. Es wird auch umgedacht und ich denke, man muss auch dem gerecht werden, der seine Meinung ändert, wenn es Erkenntnisse gibt, die die Meinungsänderung bedingen, und das ist hier der Fall. Wie heute Morgen schon angeklingen, gab es früher in den einzelnen Parteien Zustimmung und Ablehnung hinsichtlich der Nutzung der Kerntechnologie.

Wir brauchen deswegen eine Neubewertung des nuklearen Restrisikos. Das Restrisiko besteht - das wurde heute schon mehrfach gesagt - und wir können es uns nicht weiter leisten, an der Nutzung der Atomenergie unendlich festzuhalten. Der Atomausstieg in Deutschland ist beschlossene Sache, das kann man festhalten.

Das Ereignis in Japan, aber auch schon verschiedene Ereignisse vorher haben zu einem Umdenken in der deutschen Bevölkerung geführt. Die Forderung nach dem Atomausstieg war noch nie so deutlich wie in diesen Tagen und Wochen. Gleichzeitig haben wir auch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Blick. Es ist wichtig, dass wir bei der Ausstiegsdebatte drei wichtige Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Erstens. Wir brauchen innovative Ideen zur Ausgestaltung des Energiekonzeptes. Wir müssen zweitens grenzüberschreitende Konzepte unterstützen. Und wir müssen drittens trotz allem die Versorgung mit Strom und Energie sicherstellen.

Beim Thema Förderung der Innovationen komme ich auf die Frage zurück: Was muss in diesem Land geschehen, dem Saarland als einem Land der Energieerzeugung? Wir müssen zunächst die Energieeffizienz steigern. Hier gibt es sehr viele Dinge, die wir zu tun haben. Ich nenne Ihnen folgende Beispiele. Wir haben neue Gewerbegebiete, zum Beispiel den Lisdorfer Berg. Wir müssen jetzt umdenken, wie wir die Gewerbegebiete einrichten. Wenn wir an die Energieeffizienz herangehen, müssen wir sehen, dass wir hier einen Betrieb haben, der viel Abwärme erzeugt, und daneben einen Betrieb, der viel Wärme benötigt. Das sind neue Schritte.

Wir müssen auch die Innovationen in der Speichertechnik fördern. Im Kraftwerk Fenne - ich habe das schon einmal in einer früheren Debatte hier gesagt -, einem Regelkraftwerk, das zuschaltbar ist, wird die derzeit modernste Energiespeichertechnik, die es weltweit gibt, erforscht und auch jetzt initiiert, nämlich der Bau einer Batterie auf Lithium-Basis. Das ist weltweit einmalig. Wenn das gelingt in Zusammenarbeit mit anderen - daran sind auch die HTW und die TU Aachen beteiligt, aber die wesentlichen Dinge werden im Saarland gemacht -, dann haben wir hier den Fuß in der Tür, und das ist sehr wichtig.

Andere Dinge in Sachen Energieeffizienz kommen hinzu. Wir müssen weiter die Stromeinsparmöglichkeiten nutzen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir im Saarland vollkommen neue Kraftwerkstypen bekommen mit einer Verbindung von konventionellen und erneuerbaren Energien. Ich könnte mir vorstellen, dass auf einem Kraftwerksgelände wie dem in Ens Dorf auch überprüft wird - wenn es vertretbar ist -, ein Windrad zu installieren und an dem großen Kühlturm eine Fotovoltaikanlage anzubringen. Man könnte auch andere Ideen erproben, wie man das Konventionelle mit dem Erneuerbaren verbindet,

(Abg. Jochem (FDP))

weil es hier durchaus Vorteile gibt, etwa bei den Netzen oder hinsichtlich der Gewerbeflächen, die als solche schon ausgewiesen sind.

Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Saarland liegt diesbezüglich ziemlich weit hinten, das wissen wir. Wir haben aber im Koalitionsvertrag entsprechende Vereinbarungen. Wir müssen jetzt daran gehen, dass wir den Landesentwicklungsplan Umwelt auch umsetzen, indem wir diese Vorranggebiete aufheben. Es sind Gemeinden schon in Vorlage getreten, die ihre Flächennutzungspläne entsprechend angepasst haben. Wir müssen auch die Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen.

Wir müssen auch sehen, dass die Kohlekraftwerke im Saarland ja schon gefährdet waren. Ich muss in Richtung SPD und LINKE leider noch etwas sagen. Wir wissen, dass die saarländischen Kraftwerke von Evonik an ein Konsortium mehrerer Städte aus dem Ruhrgebiet verkauft wurden. Die Fraktionen der LINKEN und der SPD im Essener Stadtrat haben gefordert, die Stromlieferungen von Ferne ab 2012 einzustellen. Die Dinge werden nun Gott sei Dank revidiert; darüber bin ich mir vollkommen sicher.

Wir brauchen die Kohlekraftwerke an der Saar als ein Energieland, das energieintensive Betriebe vorzeigt - vorzeigt im wahren Sinn des Wortes, wenn Sie an die neue Saarschmiede denken -, zumindest in einer Übergangsphase, bis wir die erneuerbaren Energien stärker an das Netz bekommen. Dazu brauchen wir auch den Dialog mit den Bürgern. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass solche Gemeinden, die sagen, dass sie die Windkraft wollen, entsprechende Vorteile genießen. In welcher Art und Weise sei dahingestellt; darüber muss man reden. Die Gemeinden müssen keine Vorranggebiete vorgehalten. Sie können auch sagen, dass sie das nicht wollen.

Wichtiger für uns ist die internationale Verbindung in der Großregion. Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche diesen Sondergipfel gefordert, den der Ministerpräsident in die Regierungserklärung aufgenommen hat. Er wird kommen, er ist notwendig. Es interessiert die Saarländer am meisten, was mit dem zwölf Kilometer entfernten Kraftwerk in Cattenom geschieht. Wir haben in der vorigen Woche im Landtagsausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr gehört, dass das Atomkraftwerk Cattenom nicht sicher ist. Das betone ich. Es ist gegen einen Flugzeugabsturz nicht gesichert, insbesondere was das Brennelementlager angeht. Deswegen müssen wir drängen. Deswegen haben wir den Interparlamentarierrat in den Achtzigerjahren einberufen, damit wir diese Probleme in der Großregion stärker angehen. Das ist das Interesse, das unsere saarländischen Mitbürger haben.

Wir müssen als weiteren Punkt die regionale Wertschöpfung bei uns behalten. Ich nenne dazu das Beispiel der grünen Tonne. Die grüne Tonne wird durch die halbe Republik gekarrt und entweder in Mannheim oder am Bodensee entsorgt. Aber wir können dies auch bei uns machen. Das ist schon in den Gedanken drin. Wir können - wie wir das von einem Besuch in der vergangenen Woche in Passau wissen - etwa 20.000 Haushalte anschließen, die mit Strom und Wärme versorgt werden. Wir müssen also alle erneuerbaren Energien nutzen, die wir brauchen, um vom Atomstrom wegzukommen.

Zum Abschluss sage ich, dass wir als Landtag eine Vorbildfunktion haben. Das gilt für die einzelnen Abgeordneten, das gilt aber auch für das Gebäude dieses Landtages. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass wir symbolhaft handeln und auf dem Dach eine entsprechende Anlage installieren und dies nicht immer mit fadenscheinigen Argumenten von uns weisen. Ich glaube, die Ereignisse der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass das mehr als notwendig ist. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich für BÜNDNIS 90/GRÜNE.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation, die viele Menschen seit Langem befürchtet haben, sich aber nicht wirklich vorstellen konnten, ist in Japan mit all den schrecklichen Folgen eingetroffen, die wir über die Medien wahrnehmen. Deshalb möchte ich an den Anfang meiner Rede einen Gedanken an die betroffenen Menschen in Japan stellen. Insbesondere möchte ich den Menschen Dank sagen, die unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens versuchen, die ganz große Katastrophe in Japan zu verhindern. Ich glaube, wir müssen auch an die Menschen denken, die insgesamt von dieser schrecklichen Katastrophe in Japan betroffen sind, auch jenseits der atomaren Bedrohung, die dort nach wie vor als Menetekel an der Wand steht.

Ich stehe hier für eine Partei, die aus dem Widerstand in diesem Land gegen die Kernkraft in den Siebziger- und Achtzigerjahren entstanden ist. Es ist eine Partei, die neben der Erhaltung der Natur von Anfang an von der Angst vor den Folgen eines nuklearen Unfalls getrieben war. Ich erinnere auch an die ganzen Demonstrationen der Siebziger- und Achtzigerjahre - Grohnde, Brokdorf, Wyhl, Wackersdorf -, bei denen viele Menschen in diesem Land versucht haben, auf diese Gefahren hinzuweisen. Ich erinnere auch daran, dass der Widerstand im Saarland gegen Cattenom mittlerweile eine dreißig-

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

jährige Tradition hat. Die internationale Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom ist Ende der Siebzigerjahre beziehungsweise Anfang der Achtzigerjahre hier in diesem Land entstanden.

Bis die GRÜNEN in den Deutschen Bundestag eingezogen sind, gab es damals nur Pro-Atom-Parteien. Das hat sich zum Glück dadurch geändert, dass sich nach und nach durch die ganzen Ereignisse, die wir alle traurigerweise in den letzten 30 Jahren erleben durften, politische Einstellungen innerhalb einzelner Parteien geändert haben. Das ging los mit den Sozialdemokraten in den Achtzigerjahren. Nachdem die SPD in der Opposition war, gab es dort erste kritische Stimmen gegen die Nutzung der Kernenergie. Es gab einen langsamen Wandel. Es war wirklich ein langsamer Wandel. In der ersten rot-grünen Koalition 1987 kam es - man darf ja daran erinnern - deshalb zum Crash, weil sich die SPD unter Holger Börner nicht an den Koalitionsvertrag gehalten hat und die Atomkraft in Hessen weiter ausbauen wollte. Die GRÜNEN haben damals gesagt, das machen wir nicht mit, wir steigen aus dieser Koalition aus. Auch das ist eine historische Wahrheit.

Ich sage das, weil Heiko Maas eben versucht hat, einen gewissen Vorwurf mit Blick auf die Christdemokraten zu erheben. Ich denke, das sollte man nicht tun. Man muss immer auch die Traditionen in der eigenen Partei betrachten, Herr Maas. Ich darf daran erinnern, wie der Atomausstieg 1998 in der rot-grünen Koalition gelaufen ist. Ich habe am Wochenende mit Jürgen Trittin bewusst noch einmal darüber gesprochen, weil er damals Teilnehmer bei den Koalitionsverhandlungen war. Die SPD war damals noch nicht einmal bereit, ein Atomausstiegsgesetz zusammen mit den GRÜNEN zu machen. Die SPD wollte damals nur eine Vereinbarung treffen. Eine Vereinbarung hätte keinerlei Wert gehabt. Die wäre schon lange wieder erledigt. Es hätte den Atomausstieg also real nie gegeben.

Wir als GRÜNE mussten damals mit großem Nachdruck dafür sorgen, dass die Sozialdemokraten mit uns ein Atomausstiegsgesetz gemacht haben, über das wir heute noch streiten. Auch das ist eine historische Wahrheit, die man nicht vergessen sollte. Es war also auch für die SPD ein langer Weg von der Pro-Atom-Partei zur Contra-Atom-Partei. Ich finde das gut. Ich meine das gar nicht negativ. Es war ein wichtiger Weg. Andere Parteien in Deutschland gehen diesen Weg heute ebenfalls. Ich glaube, mit Blick auf die gesamte Energiediskussion ist das positiv.

(Vereinzelt Beifall.)

Ich möchte aber auch auf die Atomkraft an sich eingehen, weil es in der Vergangenheit eine Menge Argumente dafür gab, die immer wieder ins Feld geführt wurden. Sie sei zuverlässig, preiswert und si-

cher. Seit einigen Jahren wird immer wieder ins Feld geführt, sie sei angeblich CO₂-frei. Zur Zuverlässigkeit muss man nur nach Frankreich rüberschauen und muss sich die Probleme betrachten, die die Franzosen im Sommer wie im Winter haben. Wenn es im Sommer zu heiß wird, müssen die Reaktoren abgeschaltet werden. Dann ist nämlich das Kühlwasser zu heiß. Wenn es im Winter zu kalt wird, müssen die Reaktoren auch abgeschaltet werden. Dann ist das Kühlwasser nämlich zu kalt oder die Flüsse sind vereist. Das heißt, von Zuverlässigkeit kann bei dieser Energieform nicht wirklich die Rede sein.

Ich glaube, das Argument „preiswert“ entlarvt sich selbst aus vielerlei Hinsicht. Preiswert ist die Kernkraft deshalb für die Betreiber und für sonst niemanden. Für die Volkswirtschaft ist sie nämlich ein Riesenzusatzgeschäft. Preiswert für die Betreiber ist die Kernenergie heute noch in Deutschland und auch in anderen Ländern deshalb, weil die jeweiligen Nationalstaaten - auch Deutschland - viel Geld in die Forschung investiert haben, weil die Entsorgung fast komplett vom Steuerzahler finanziert wird und nicht von den Betreibern. Preiswert ist sie deshalb, weil keiner der Betreiber - weder in Deutschland, Japan oder USA - die finanziellen Folgen tragen muss, wenn ein wirklich großer Unfall passiert. Diese Kosten tragen nämlich komplett die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das heißt: Die Atomenergie ist die teuerste Energieform, die wir auf dieser Welt haben. Das wurde von ihren Gegnern schon immer gesagt. Heute ist diese Erkenntnis aufgrund der jüngsten Ereignisse - ich sage: leider Gottes - erwiesen.

Über die Sicherheit von Kernkraftwerken brauchen wir heute, denke ich, nicht mehr viel zu diskutieren. Der erste Beinaheunfall war Harrisburg. Damals bereits, im Jahr 1979, kam es zur Kernschmelze, und man ist - das ist damals gar nicht so groß diskutiert worden - dem Super-GAU nur deshalb entgangen, weil man radioaktiv verseuchte Luft aus dem Reaktorgebäude in die Umgebung abgelassen hat. Dann ist Tschernobyl mit seinen dramatischen Folgen passiert. Das haben wir alles wahrgenommen. Damals war die Hauptargumentation: Das war so ein russischer Schrottreaktor; mit der modernen westlichen Technologie kann so etwas nicht passieren. Alle diese Argumente haben sich durch die schlimmen Ereignisse in Fukushima auf eine sehr traurige Art und Weise überholt. Und es wird jetzt sehr deutlich, dass die Techniker, die die Kernkraft betreiben, vieles von dem, was passiert, wenn es wirklich zum Extremfall kommt, selbst nicht wissen. Vieles wird ja nur abgeschätzt. In Fukushima weiß man nicht, ob die Kernschmelze wirklich eingetreten ist. Man vermutet es, weil zum Beispiel Cäsium austritt, und wenn dies geschieht, weiß man eben, dass die Brennelemente trockenliegen, oder man geht davon aus, dass aus dem Reaktorkern über 1.500 Grad

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

heißes Cäsium austritt. Das sind alles Annahmen. Gesichertes Wissen gibt es noch nicht einmal in der Gemeinde, die eigentlich für die Sicherheit der Reaktoren verantwortlich ist. Ein Argument für mich mehr, dass wir aus dieser Technologie so schnell es geht aussteigen müssen.

Man muss sich auch Folgendes klarmachen, und auch hier kann man nur hoffen, dass es jetzt in Japan gelingt, den Super-GAU, der ja zum Glück noch nicht eingetreten ist, zu verhindern: In Tschernobyl war es so, dass in den Jahren nach dem Störfall 500- bis 600.000 sogenannte Liquidatoren - meistens Soldaten, die dorthin abkommandiert wurden - eingesetzt werden mussten, um den Sarkophag zu bauen, um unter dem Reaktorkern eine Kühlung anzulegen. Viele dieser Menschen sind im Nachhinein gestorben. Die meisten sind heute todkrank. Eine solche Anzahl von Menschen nach einem solchen Ereignis an einen solchen Platz zu schicken, ist in Demokratien schlichtweg nicht vorstellbar. Das war nur in einem totalitären System machbar. Sollte in Japan wirklich der Super-GAU eintreten, werden wir und insbesondere die Japaner noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben als dem, was heute zu sehen ist.

Wir müssen heute über die Alternativen zur Kernkraft sprechen, und es gibt sie ja. Es gibt sie insbesondere in einem Land wie Deutschland, das zum Glück immer auf einen Energiemix gesetzt hat. Deshalb ist es ja auch möglich, sofort acht Kernreaktoren vom Netz zu nehmen, ohne den geringsten Versorgungsengpass zu bekommen. Der Strom nämlich, der in Krümmel und in den sieben Reaktoren, die ganz abgeschaltet werden, erzeugt wird, entspricht gerade einmal dem Stromexportanteil der Bundesrepublik Deutschland. Man könnte sogar sagen: Auch dann, wenn in Deutschland sofort alle Reaktoren vom Netz genommen würden, würde hier keine Lampe ausgehen.

Wenn man - das fordern wir GRÜNEN - bis zum Jahr 2017 komplett aus der Kernenergie aussteigt, dann reicht es - um die Spitzen abzudecken, die meist im Winter auftreten -, zunächst einmal kurzfristig rund 5.000 Megawatt zusätzliche Kraftwerksleistung aufzubauen. Das ist problemlos möglich, wenn man dabei nur auf Windenergie setzt, ohne neue Kohlekraftwerke zu bauen. Und wir haben jetzt einen weiteren Vorteil: Die großen deutschen Energiekonzerne wie RWE und E.ON haben sich in der deutschen Küstenlandschaft große Flächen gesichert, um große Offshore-Windparks zu bauen. Dieser Windparkbau ist im Zuge der Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke zurückgestellt worden. Es war ja eine der wesentlichen negativen Seiten dieser Laufzeitverlängerungen, dass die Windkraft nach hinten geschoben wurde. Jetzt besteht die berechtigte Hoffnung, dass die großen Energie-

versorger die Windparks schneller errichten werden, dass sie schneller die Energieleistung zubauen werden, die wir in den nächsten Jahren brauchen werden, wenn die Kernkraft verschwindet, wenn aber auch die Kohleenergie in Deutschland relativ schnell verschwindet. Sie ist aus anderen Gründen - nämlich wegen der Klimakatastrophe - ebenfalls nicht mehr verantwortbar.

Die Technologie schreitet auch in anderen Bereichen relativ schnell voran. Man sagt ja immer, in Deutschland sei die Wasserkraft weitgehend ausgenutzt. Was die großen Anlagen angeht, stimmt das auch, aber mittlerweile gibt es auch sogenannte Kleinwasserkraftwerke, die an vielen Stellen eingesetzt werden können, die moderner, preiswerter, effizienter und ökologisch verträglicher sind als herkömmliche Wasserkraftwerke. Auch diese Kleinwasserkraftwerke können bei einer künftig dezentralen Energieversorgung in Deutschland vieles erzeugen. Die Kohle - ich bin bereits darauf eingegangen - kann beim Ausstieg aus der Atomenergie nicht die Alternative sein. Deshalb können wir dem heutigen Antrag der SPD nicht zustimmen. Die SPD schreibt darin: Wir steigen aus der Kernkraft aus, und dafür bauen wir neue Kohlekraftwerke zu. Was bedeutet das denn? Wenn Sie heute ein neues Kohlekraftwerk errichten, dann steht es die nächsten 30 oder 40 Jahre und erzeugt CO₂, einen Stoff, der ebenfalls nicht verantwortbar ist. Im selben Zeitraum, in dem ein neues Kohlekraftwerk gebaut wird, kann zur Stromerzeugung auch ein neuer Windpark entstehen. Kohlekraftwerke können also nicht wirklich die Alternative sein, und ich finde es schade, dass sich die Sozialdemokratie immer noch nicht von der Kohlephilosophie lösen kann.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Klüger und besser ist es da, zumindest für die Übergangszeit dezentrale Gaskraftwerke zuzubauen, die wirklich eine sehr gute Ergänzung zu den erneuerbaren Energien darstellen - nämlich als Puffer und Speicher - und die vor allen Dingen im Vergleich zu Kohlekraftwerken einen viel höheren Wirkungsgrad haben. Beim Kohlekraftwerk kommen Sie bei der modernsten Bauart gerade einmal auf 43 oder 44 Prozent. Beim Gas- und Dampfprozess kommen Sie auf runde 60 Prozent. Da liegt schon einiges dazwischen, und Sie haben außerdem noch insgesamt eine sehr viel bessere Abgassituation als beim Kohlekraftwerk.

Bei den erneuerbaren Energien - das ist uns allen klar - ist die Speicherung ein großes Problem, aber auch hier gibt es sehr interessante neue Ansätze. Zum Beispiel hat das Zentrum für solare Wasserstoffwirtschaft zusammen mit dem Fraunhofer-Institut ein Verfahren zur Spaltung von Wasser und der Verbindung von Wasserstoff mit CO₂ zu Methangas entwickelt. Das heißt, es wird sehr bald möglich

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

sein, den überschüssigen Windstrom, der überall erzeugt wird, wenn der Wind eben stark weht, in Methangas umzuwandeln, dieses in das vorhandene Leitungsnetz einzuspeisen und dort einen großen Energiespeicher zu haben, mit dem wiederum Gaskraftwerke betrieben werden können. Argumente wie das der RWE, sie komme nicht an gute Gasverträge heran, um zum Beispiel in Ensdorf ein Gaskraftwerk bauen zu können, fallen in sich zusammen.

Natürlich müssen wir in Deutschland - das hat Klaus Meiser vorhin richtig angesprochen - jetzt in stärkerem Maß neue Stromleitungsstrassen bauen. Wir brauchen mehr Pumpspeicherkraftwerke. All das wird politische Überzeugungsarbeit erfordern, aber diese Dinge sind notwendig und machbar. Das bedeutet natürlich auch, dass man Konflikte eingehen muss, zum Beispiel mit Landschafts- und Naturschützern, die Einwände gegen Windparks vorbringen. So kann die Diskussion nicht mehr laufen, denn die Frage, die man an dieser Stelle stellen muss, lautet: Wie sieht denn die Landschaft in 30 oder 40 Jahren aus, wenn wir weitere fossile Kraftwerke bauen, wenn der Treibhauseffekt weitergeht und wir zu ganz anderen Katastrophen kommen werden? Das kann nicht die Alternative sein.

Präsident Ley:

Herr Kollege Ulrich, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Ich komme zum Ende. - Die Alternative muss der Windpark sein, der heute saubere Energie erzeugt und der vor allen Dingen den Kindern in unserem Land eine sichere Zukunft außerhalb der Kernkraft und der Kohlestromerzeugung gewährleistet. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat die Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr, Frau Dr. Simone Peter.

Ministerin Dr. Peter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch auf ein paar Aspekte der Debatte eingehen. Es wurde mehrfach ausgeführt, die Debatte sei der Tatsache geschuldet, dass wir es nach der Naturkatastrophe in Japan mit Katastrophen in einem technischen Bereich zu tun hätten, von dem immer noch einige - gerade in den Industrieländern - davon ausgingen, dass die Technik beherrschbar sei. Ich denke, nach Harrisburg, Tschernobyl, Forsmark und Fukushima zeigt sich endgültig, dass wir einen anderen Weg

einschlagen müssen. Dies möchte ich vorwegschicken.

Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass wir dabei sind, einen parteiübergreifenden Konsens zu erreichen, schnellstmöglich aus dieser Risikotechnologie auszusteigen. Es sollte uns endgültig Mahnung sein, dass eine Technik, die anfällig ist gegenüber Naturkatastrophen, aber auch gegenüber terroristischen Akten und Flugzeugabstürzen sowie gegenüber menschlichem Versagen, nicht beherrschbar ist. Ich bin ganz bei Ihnen, Kollege Lafontaine, wenn Sie sagen, dass wir nicht verantworten können, eine Technik zu wählen, die die Lebensbedingungen zukünftiger und heutiger Generationen, wie wir gerade in Japan erleben, so stark beeinträchtigt.

Allerdings, auch das möchte ich gleich vorab betonen, gilt das für mich genauso für die Verbrennung fossiler Energieträger. Wenn wir sehen, was heute in einigen Regionen der Erde beim Klimawandel zu beobachten ist, dass wir mit stärkeren Überschwemmungen und heißeren Sommern zu rechnen haben und dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bei uns einen volkswirtschaftlichen Schaden von 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050 prognostiziert, dann ist für mich klar, dass auch die Verbrennung fossiler Energieträger, die mit erheblichen CO₂-Belastungen einhergeht, kein Zukunftssignal ist. All dies ist kein Signal für die nachfolgenden Generationen. Ich bitte darum, darüber nachzudenken, auch wenn klar ist, dass uns die Kohle hier im Land noch einige Jahre begleiten wird. Wenn wir die fossilen Energieträger wirkungsvoll nutzen wollen, dann muss es mit verbesserten Wirkungsgraden und einer höheren Wärmeauskopplung im Sinne einer Kraftwärmekopplung sein. In der mittelfristigen Perspektive müssen wir von der Kohle zum Gas überleiten. Hierzu komme ich später noch.

Die Sicherheit ist ein wichtiges Thema. An welchen Kriterien machen wir die Sicherheit von Atomkraftwerken fest? Ich möchte darauf hinweisen, dass mit dem Atomausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung erstmalig eine gesetzliche, regelmäßige Sicherheitsüberprüfung aller Atomkraftwerke mit festen Terminen vereinbart wurde. Es hat keinen Rabatt der Sicherheit gegeben. Es war erstmals eine konkrete Festlegung. Ich möchte darauf hinweisen, dass durch § 7 im neuen Gesetz die sogenannte weitere Schadensvorsorge eingeführt wurde, die nur noch freiwillig ist und von der Atomaufsicht nicht angeordnet werden kann. Meine Partei ist auf Bundesebene dabei, über eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht diese Sicherheitsstandards einzufordern.

Wenn es im Rahmen des Moratoriums in den nächsten Monaten - wobei drei Monate nicht ausreichen werden - darum gehen wird, welche Sicherheitsstandards wir festlegen, sollten wir - so meine ich - ge-

(Ministerin Dr. Peter)

meinsam dazu kommen, ein klares Regelwerk einzufordern. Dieses brauchen wir. Es wurde 2003 vom damaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin angestoßen. Es wurde von Herrn Gabriel fortgeführt. Die Arbeiten wurden 2009 abgeschlossen. Wir haben also ein kerntechnisches Regelwerk, das als Basis für die Sicherheitsüberprüfung dienen sollte. Wir sollten dazu kommen, diese Sicherheitslücke zu schließen, um eine Überprüfung der Atommeiler angehen zu können.

Die Folgen, wenn wir aus der Atomenergie aussteigen, sind hier breit dargestellt worden. Wir brauchen einen Konsens auch über den Einsatz der fossilen Energieträger. Ich habe eben schon die Kraft-Wärme-Kopplung genannt, also bestmögliche Wirkungsgrade und eine hohe Wärmeauskopplung. Dies ist ein Schritt, der eine wirkliche Brücke darstellt. Der Energieträger Gas wurde schon genannt. Gaskraft bietet die Möglichkeit, die zunehmenden Mengen erneuerbarer Energien im Netz abzufedern.

(Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Lieber Oskar Lafontaine, das ist eine Regelenenergie. Wir brauchen in Zukunft keine Grundlast mehr. Wenn wir erneuerbare Energien zubauen, ist der Puffer, der die heutige Grundlast darstellt, zu minimieren. Wir brauchen eine Energieform, die die fluktuierenden Stromquellen Wind und Solar besser abfedert. Gas ist die optimale Regelenenergie dafür. Unser Bekenntnis ist klar und eindeutig. Wir haben Standorte, die strom- und wärmeseitig gut angeschlossen sind. Wir sollten dies optimieren, wenn es zu Modernisierungsinvestitionen kommt. Dies ist nicht von der Entscheidung der Landesregierung abhängig, sondern von der Strommarktentwicklung, von den Preisen der Energieträger, vom Emissionshandel und vielen anderen Faktoren mehr. Wir können dann sagen, wir haben Standorte, die wir modernisieren wollen - im Sinne besserer Wirkungsgrade, aber auch im Sinne einer besseren Anpassung an eine steigende Menge von erneuerbaren Energien im Netz. Da kann eben nur der Energieträger Gaskraft die Brücke sein.

Der Konsens beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist angesprochen worden. Ich freue mich, dass es einen parteiübergreifenden Konsens gibt. Das heißt, wir brauchen die Standorte, die Netze und Speicher. Wir brauchen auf Bundesebene ein Gesetz zur Beschleunigung der erneuerbaren Energien, das die Themen Strom, Wärme und Mobilität in den Fokus nimmt. Die Gesetze, die vorliegen, müssen überprüft und ergänzt werden. Es müssen auch die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Kosten, die jetzt entstehen, ein Stück weit abzufedern. Es ist klar - und auch das wurde in der Debatte mehrfach angesprochen -, dass wir es mit Kostensteigerungen bei den erneu-

erbaren Energien zu tun haben. Sie sind in diesem Jahr erstmals in einer Größenordnung, dass sie für den Verbraucher eine echte Belastung werden.

In den vergangenen Jahren war es immer so, dass die Strompreissteigerungen in erster Linie durch die Steigerungen bei den fossilen Energieträgern zustande kamen. Dass die erneuerbaren Energien den Strompreis in die Höhe treiben, war bisher ein Märchen und falsch. Es ist richtig, dass er durch den Zubau der Fotovoltaik im letzten Jahr nach oben geschnellt ist. Hier brauchen wir eine Abfederung, wenn wir entsprechende Fördermittel zur Verfügung stellen, um die Bevölkerung beim Umbau der Energieversorgung und der Energielandschaft auch mitzunehmen. Wir müssen entsprechend investieren. Diese Förderungen sind rentierliche Investitionen. Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien hat es gezeigt: Jeder Euro, der gefördert wurde, hat acht Euro Investitionen ausgelöst.

Schauen wir uns in der mittel- bis langfristigen Perspektive die Kosten an. Die Leitstudie des Bundesumweltministeriums von 2010 besagt, wie nachzulesen ist, dass sich mit einer Umsteuerung im Jahr 2050 ein Nutzen in der Energieversorgung von 650 Milliarden Euro ergibt. Die Energieumlagekosten für die erneuerbaren Energien werden also schon in 20 bis 30 Jahren in einen Nutzen in der Größenordnung von Milliarden umschlagen und einen ganz klaren Vorteil gegenüber der herkömmlichen Energieversorgung darstellen.

Der Weg, den wir beschreiten können, wurde ebenfalls angesprochen. Der Masterplan Energie gibt einen Orientierungsrahmen. Das heißt nicht, dass wir schon längst aktiv geworden sind. Wir sind am Anfang der Legislaturperiode mit dem Energie-Effizienz-Netzwerk unter der Federführung des IZES gestartet, das nun fast 15 Monate arbeitet und mit Unternehmen wie Karlsberg, V&B und Michelin zusammenarbeitet. Diese haben sich eine zehnprozentige Energieminderung vorgenommen. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag für die energieintensiven Unternehmen, die händierend nach Lösungen suchen, wie sie die Energieversorgung von morgen und übermorgen sicherstellen können. Sie sehen ja auch, dass die Strom- und Wärmepreissteigerungen im Bereich der fossilen Energieträger nicht mehr zu bewältigen sind. Wir müssen zusammen mit diesen Unternehmen überlegen, wie wir die nächsten Jahre überbrücken, um den Umbau zu gewährleisten und gerade diesen Unternehmen eine Zukunft zu geben. Hier ist die Energieeffizienz ein ganz wichtiger Beitrag.

Der Bereich Landesplanung wurde vom Kollegen Jochem angesprochen. Wir haben den Landesentwicklungsplan Wind im Kabinett in einer Neufassung verabschiedet. Das Ganze befindet sich im Prozess. Wir werden Mitte des Jahres dazu kommen, dass

(Ministerin Dr. Peter)

die Kommunen selbst entscheiden können, wo Windanlagenstandorte entstehen. Wir präsentieren in der kommenden Woche die Windpotenzial-Studie, die darstellt, wo das technische Potenzial der Windkraft liegt. Wir haben ein riesiges Potenzial. Wir können in den nächsten acht bis neun Jahren unsere Windenergiemenge locker vervier- bis versechsfachen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir durch Repowering und den Ersatz von alten durch neue Anlagen weitere Leistungssteigerungen bekommen, dann wird Windkraft auch im Saarland einen bedeutenden Stellenwert einnehmen.

Wir werden morgen die Solarpotenzial-Studie präsentieren, die darstellt, dass wir ein unglaubliches Solarpotenzial haben. Wir sind ein sonnenverwöhntes Land. Wir brauchen nicht unbedingt Freiburg. Wir haben auch hier im Saarland einige Regionen und Standorte sowie alleine bei den Dachflächen ein Potenzial, das den privaten Stromverbrauch locker abdeckt und weit darüber hinausgeht. Wir werben dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die Solarenergie für die Strom- und Wärmeerzeugung nutzen.

Wir arbeiten ebenfalls an einer Biomassepotenzial-Studie. Da geht es um die stärkere Nutzung der Rest- und Abfallstoffe. Es geht um die nachwachsenden Rohstoffe in einer naturverträglichen Anwendung. Eine Geothermieforschungs-Studie ist im Entwurf fertig. Wir wollen untersuchen, wo wir oberflächennahe und oberflächenferne Erdwärme nutzen können. Wir haben ein Förderprogramm „Klima Plus Saar“ auf den Weg gebracht, das speziell den Kommunen Fördermittel mitgibt, wenn sie sich auf den Weg machen, ein Energiekonzept zu erarbeiten, um die Wertschöpfung vor Ort zu generieren. Es ist klar, durch Wind- und Solarenergie entstehen bei den Kommunen Steuereinnahmen. Sie können sich an den Anlagen beteiligen. Das ist ein klarer Vorteil. Ich glaube, gerade als Energieland Saarland haben wir immenses Know-how, das Thema Energieversorgung auf regionaler und lokaler Ebene voranzubringen. Ich werbe für einen parteiübergreifenden Konsens, dass wir diese Konzepte umsetzen und mit Bürgerbeteiligungsverfahren weiter vorangehen.

Kollege Maas, Sie haben uns eingeladen, einen Energiegipfel durchzuführen. Der ist schon längst angekündigt. Das habe ich im November zum ersten Mal gemacht, im Januar wieder, in der Zeitung nachzulesen. Wir werden, wenn der Masterplan im Kabinett verabschiedet ist, einen breit angelegten Energiegipfel mit allen Akteuren durchführen. Das ist nur die Fortführung eines breiten Konsenses. Wir haben ja regelmäßig runde Tische „Energie“, mittlerweile mit 50 bis 60 Teilnehmern. Da sind alle Akteure im Bereich der Energie eingeladen.

Wir werden hier - da bin ich mir ganz sicher - zu einem Konsens kommen, eine Brücke fossiler Ener-

gieträger noch einige Jahre zu begleiten, aber jetzt schon den Einstieg in das solare Zeitalter, in das Zeitalter erneuerbarer Energien voranzubringen. Hier sind wir auf einem guten Weg. VSE geht Kooperationen mit Erneuerbare-Energien-Projektierern ein. Wir haben Bürgermodelle, die zeigen, dass es gelingt, auch ohne Widerstand vor Ort die Windenergie auszubauen; wir haben jetzt schon fast alle Vorranggebiete für Wind belegt. Wenn wir das mit entsprechender Vehemenz vorantreiben, sind wir auf einem guten Weg. Wir können in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren ein klares Signal setzen, dass wir im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung, aber auch im Bereich der Elektromobilität neue Wege gehen und uns als Modellregion präsentieren.

Das möchte ich in einem letzten Satz auch gerne noch auf die Großregion übertragen. Wir führen die Gespräche, nicht nur was die Gefährdungslage in Cattenom angeht, auf vielen Ebenen. Der Ministerpräsident hat es angesprochen. Ich selber werde mir im April einen Einblick in die Lage im Kraftwerk Cattenom verschaffen. Wir sind auf allen Ebenen im Gespräch.

Wichtig ist aber auch hier, Alternativen zu etablieren. Wir haben im Rahmen einer deutsch-saarländisch-luxemburgischen Kabinettsitzung einen Beschluss gefasst, eine Null-Emissions-Forschungsplattform zu errichten. Wir wollen mit den Partnern die Chancen dezentraler Energieversorgung diskutieren, mit den Luxemburgern, mit den Rheinland-Pfälzern, mit den Walloniern, aber auch gerade mit den Franzosen; das wurde auch schon dargestellt. Die Franzosen merken auch, dass die Atomkraft nicht das Ende der Fahnenstange ist, weil auch hier die Kraftwerke regelmäßig vom Netz müssen. Auch hier können Alternativen aufgebaut werden.

Ich bin mir sicher, dass wir mit dem Know-how, das wir gerade in den letzten Jahren in Deutschland aufgebaut haben, und den Arbeitsplätzen - es sind bundesweit bisher 370.000 entstanden - unseren Beitrag im Bereich der Wertschöpfung vor Ort leisten, ebenso einen Beitrag zur Energieversorgung, der zukunftssicher und generationenübergreifend ist und uns eine gute und klare Perspektive eröffnet. Hierfür wird dieses Jahr, in den nächsten Wochen, der Rahmen gelegt. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Anke Rehlinger.

Abg. Rehlinger (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die humanitäre wie auch atomare Katastrophe in Japan geht in diesen Tagen an niemandem spurlos vorbei, auch an uns nicht, wie wir heute in den Debattenbeiträgen erfahren durften, auch nicht an den Menschen in unserem Land. Dabei blicken die Saarländerinnen und Saarländer nicht nur mit Mitgefühl auf das 9.000 Kilometer entfernte Japan, sie blicken vor allem auch mit Sorge nach Frankreich auf das nur 12 Kilometer von der Grenze entfernte Cattenom.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bedrohung durch das Atomkraftwerk Cattenom nicht nur als eine abstrakte, sondern auch als eine ganz reale Bedrohung, direkt vor ihrer Haustür, wahr. Heiko Maas hat eben auf die Zwischenfälle hingewiesen, 60 Zwischenfälle in den beiden letzten Jahren, nicht nur Zwischenfälle, die man mit leichter Hand abtun kann, unter anderem erhöhte Radioaktivität im Kühlkreislauflauf, Ableitung von leicht radioaktivem Wasser in die Mosel und und und. Das alles zeigt: Das Kernkraftwerk Cattenom ist ein Sicherheitsrisiko und muss daher vorzeitig abgeschaltet werden. Das ist mir auch als Abgeordneter der Region ein Anliegen. Ich bin froh, wenn heute von dieser Debatte aus ein Signal in den Landkreis Merzig-Wadern geht, aber auch in das gesamte Land.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Am Beispiel Cattenom wird deutlich, dass das Bemühen um einen Atomausstieg nicht nur an nationalen Grenzen haltmachen darf, sondern eine europäische Debatte werden muss. Hier muss sich die saarländische Landesregierung, hier muss sich der saarländische Landtag der besonderen Rolle und Funktion bewusst sein, die wir als Saarland in Europa, aber auch in der Großregion innehaben. Ich meine, dass die Zeit der Beschwichtigungen und Abwiegungen endlich vorbei sein muss. Wir brauchen eine politische Debatte, die die Informationspolitik und die Sicherheitsvorkehrungen sehr wohl mit einbezieht, die aber nicht auf dieser Stufe stehenbleibt, sondern klar festhält, dass wir ein Abschalten dieses Pannenreaktors haben wollen. Genau das müssen wir in dieser Deutlichkeit gegenüber unseren französischen Freundinnen und Freunden zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Man kann diese Politik gegenüber den europäischen Nachbarn selbstverständlich nur dann glaubwürdig vertreten, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht. Wenn Deutschland es als Industrienation tatsächlich schaffen würde, im Bereich des Atomausstieges - insbesondere was die Geschwindigkeit angeht - ein Beispiel zu geben, wie etwa mit dem Erneuerbare-

Energien-Gesetz, dann wäre das ein Gewinn für uns alle, in diesem Land, aber auch in Europa und auf der Welt.

Die bisherige Politik der schwarz-gelben Bundesregierung war jedoch - das muss heute leider auch gesagt werden -, zumindest was die Geschwindigkeit angeht, entgegengesetzt ausgerichtet. Es ist gerade mal ein halbes Jahr her, da hatten wir in diesem Hause eine heftige Debatte zu den von der Bundesregierung gerade erst beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Ich habe Verständnis dafür, dass man möglicherweise an das, was man vor dem Ereignis in Japan gesagt hat, nicht mehr erinnert werden möchte. Ich werde auch darauf verzichten, es heute mit entsprechender Polemik vorzutragen. Trotzdem muss man sicherlich mit der gebotenen Sachlichkeit auf die Fakten hinweisen dürfen, die vor dem Ereignis in Japan stattgefunden haben.

Ich will insbesondere auch darauf hinweisen, dass ich damals schon erklärt habe, dass ich es für unverantwortlich halte, einen solchen Beschluss auf den Weg zu bringen, und zwar damals schon mit dem Hinweis auf die mit den Technologien verbundenen Risiken. Damals, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde mir allerdings noch seitens der CDU vorgehalten, ich würde ein Horrorszenario aufzeigen. Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieses Horrorszenario von gestern traurige Realität von heute. Das sollte uns ausreichend Warnung und Mahnung für die Zukunft sein.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Bei allen übereinstimmenden und erfreulichen Erklärungen zum Ausstieg aus der Atomenergie muss man dennoch die konkrete Vorgehensweise der Bundesregierung kritisch begleiten. Heiko Maas hat eben schon auf die Zielsetzung des Ethikrates hingewiesen, nämlich einen gesellschaftlichen Kompromiss zu formulieren. Auch hier noch einmal der Hinweis: Diesen gesellschaftlichen Kompromiss gibt es bereits. Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, dass er erst hergestellt werden muss, dann hat sie offensichtlich eine wesentliche gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land verpasst. Die Bevölkerung, die Gewerkschaften, Kirchen - alle sind bereits auf diesem Kurs. Das sollte auch die Bundesregierung zur Kenntnis nehmen. Es war lediglich so, dass die Bundesregierung, dass Schwarz-Gelb den gesellschaftlichen Kompromiss mit dem Beschluss zur Verlängerung der Laufzeiten verlassen hat und deshalb jetzt eine Schleife drehen muss.

Gleiches gilt für das dreimonatige Moratorium. Es ist nicht nur problematisch in juristischer Hinsicht, sondern auch argumentativ, wenn die Kanzlerin in ein und derselben Rede sagt, dass die Atomkraftwerke im Land sicher sind, gleichzeitig aber darauf hinweist, dass sie eben doch nicht so sicher sind, so-

(Abg. Rehlinger (SPD))

dass man den Betrieb jetzt für drei Monate stilllegen muss. Das sind möglicherweise alles Hinweise darauf, dass es sich nicht um eine 180-Grad-Wende handelt, sondern um eine 360-Grad-Wende. Die sauberste Lösung wäre natürlich ein neues Atomgesetz. Daran wird sicher auch kein Weg vorbeiführen. Das Problem aus schwarz-gelber Sicht ist natürlich, dass das nur unter Beteiligung der Länder stattfinden kann.

Präsident Ley:

Frau Abgeordnete Rehlinger, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Abg. Rehlinger (SPD):

Dort scheint die Kanzlerin doch erheblich Sorge zu haben, dass Rot und Grün über die Länder versuchen, die Energiepolitik mitzugestalten. Das mag eine Sorge der Kanzlerin sein, die berechtigt ist, eine Sorge der Bürgerinnen und Bürger muss es nicht sein, denn dort war man bereits auf dem richtigen Weg.

Präsident Ley:

Frau Kollegin Rehlinger, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Rehlinger (SPD):

Die Alternativen zum Atomstrom hat Heiko Maas angekündigt und deshalb darf ich dann auch zum Schluss kommen, Herr Präsident. 25 Jahre nach Tschernobyl haben wir mit der Katastrophe in Fukushima eine weitere Mahnung zu verantwortungsvollem Handeln in Sachen Atomenergie erhalten. Dies darf für unsere Politik nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir müssen alles tun, damit sich eine derartige Katastrophe nicht wiederholt. Die Energiewende muss konsequent vorangetrieben werden. Das atomare Zeitalter muss zu Ende gehen, und zwar jetzt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Abgeordneter Günter Heinrich von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erfreulich an der heutigen Debatte ist, dass sie weitgehend sachlich verlaufen ist. Ich glaube, das ist der Tatsache geschuldet, dass die Kernenergie ihre Blütezeit unter allen Bundesregierungen und der sie tragenden Parteien erlebt hat. Und, Frau Kollegin Rehlinger, dazu gehörte auch die SPD. Die Kernenergie hat ihre Blütezeit erlebt, weil wir von einem geringen Restrisiko ausgegangen sind. Der Begriff Restrisiko

hat mit Fukushima eine völlig neue Dimension erfahren. Deshalb ist es heute nicht despektierlich, eine Position, die der Gewährleistung von Energiesicherheit und von günstigen Energiepreisen geschuldet war, erneut zu überdenken.

Ich darf daran erinnern, dass wir in der Europäischen Union 144 Kernkraftwerke haben, die zum Teil länger als 30 Jahre am Netz sind. Diese haben einen durchweg hohen Sicherheitsstandard, der auch bei den Reaktoren älterer Bauart immer an neue Erkenntnisse angepasst worden ist. Diese Sicherheitsstandards unterliegen bis heute den strengen Kontrollen nach den nuklearrechtlichen Vorschriften. Trotz all dieser Kontrollen, die Beispiele sind eben genannt worden, hat es eine erhebliche Anzahl von meldepflichtigen Vorgängen, insbesondere in Cattenom, gegeben. Wir haben die Ereignisse von Tschernobyl, eine Nuklearkatastrophe, die schlichtweg zu verhindern war. Sie hatte ihre Ursache in einem totalitären System und einem leichtfertigen und fahrlässigen Handeln des Bedienungspersonals. Wir haben nun eine weitere Katastrophe in Fukushima, die ihre Ursache in den Naturgewalten hat. Bei allem Respekt vor dem japanischen Volk und bei allem Respekt vor dem Leid, das die Menschen dort erfahren, aber aus meiner Sicht lässt es sich unter der Rubrik Restrisiko nicht einordnen, ein Kernkraftwerk auf streng erdbebengefährdetem Gebiet zu errichten und von einer Schadensskala von 8 plus auszugehen. Auch dieses Faktum muss einer Bewertung zugänglich gemacht werden.

Trotz dieser Katastrophe gilt es, einen kühlen Kopf zu behalten und wohlüberlegt zu handeln. Deshalb darf ich in Erinnerung rufen, dass es in der Bundesrepublik keine Kernkraftwerke gibt, die auf einem streng erdbebengefährdeten Gebiet stehen. Ein Tsunami ist in der Bundesrepublik so gut wie ausgeschlossen. Gleichwohl sind Risiken wie Terroranschläge oder Flugzeugabsturz geschildert worden, die durchaus möglich sind. Ich räume ein, das Risiko einer solchen Katastrophe - wenn auch vielleicht nur ein einziges Mal in einem Jahrhundert - besteht. Eine solche Katastrophe in einem dicht besiedelten Raum Europas würde ein unvorstellbares Maß an menschlichem Leid mit sich bringen. Meine Damen und Herren, mit Fukushima hat die nukleare Katastrophe ein unvorstellbar grausames Gesicht bekommen. Das Dogma einer beherrschbaren Atomenergietechnik ist widerlegt. Wenn und solange Kernkraft unbeherrschbare Risiken birgt, ist der Ausstieg aus der Kernenergie richtig und er ist auch notwendig.

Aber ebenso richtig ist es, dass wir nicht allein auf dieser Welt sind. Andere Industrie- und Schwellenländer werden diesen Weg mit Sicherheit nicht mitgehen wollen. Deshalb gilt auch hier: Wir haben in vielen technischen Bereichen weltweit eine Füh-

(Abg. Heinrich (CDU))

rungs- und Vorreiterrolle eingenommen. Und in diesem Punkt werden wir ebenfalls eine Vorreiter- und Vorbildrolle einnehmen müssen. Das gilt in Bezug auf den Ausstieg aus der Kernenergie ebenso wie in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierbei kommt uns in der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung zu, die es zu nutzen gilt.

Mit Cattenom haben wir eines der größten französischen Atomkraftwerke direkt an der Landesgrenze. Bei vorherrschender Westwindrichtung wäre das Saarland unmittelbar - und zwar das gesamte Land - von einem möglichen Schadensszenario betroffen. Die Anhörung in der letzten Sitzung des Umweltausschusses hat zum Ergebnis geführt, dass das Kraftwerk durchaus in die Jahre gekommen ist, über eine nicht mehr neuzeitliche Ausgangstechnik verfügt und dass insbesondere die Lagerung ausgebrannter Kernbrennstäbe im Abklingbecken im Vergleich zu den hiesigen Anlagen durchaus als problematisch eingestuft werden kann. Wenn in Deutschland die Kernkraftwerke als Konsequenz aus Fukushima erneut überprüft werden, kann es für uns nur plausibel sein, dass wir hier im Saarland ebenfalls ein besonderes Interesse an einer intensiven Prüfung der Sicherheitsstandards in Cattenom haben. Deshalb ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die saarländische Landesregierung diese Bedenken bei unseren französischen Nachbarn vorgetragen und auf die Risiken, denen sich die Saarländer ausgesetzt fühlen, hingewiesen hat. Ebenso begrüßen wir die Initiative von EU-Kommissar Günther Oettinger, den angekündigten Stresstest für alle Atomkraftwerke in Europa durchzuführen.

Meine Damen und Herren, der Ausstieg wird aber nicht heute oder morgen zu realisieren sein. Das wird eine nationale, eine europäische und letztendlich auch eine internationale Aufgabe werden. Das Gleiche gilt für die Erschließung alternativer Energien in der Sahara oder in Nord- und Ostsee. Auch dies muss als europäische Gemeinschaftsaufgabe forciert werden. Wir in der Bundesrepublik müssen den Anfang machen beim Ausstieg. Nur dann werden wir, vor allen Dingen bei unseren französischen Nachbarn, mit unserem Anliegen überzeugen können. Mit der Regierungserklärung und mit den Anträgen heute in diesem Plenum haben wir, glaube ich, diese Aufgabe angenommen. Mit dieser Aufgabe korrespondiert aber eine weitere Aufgabe, die Aufgabe, erneuerbare Energien als tauglichen Ersatz für Kernenergie hier im Land verfügbar zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn negative Strompreise für den Kraftwerksstrom gezahlt werden und dafür Windräder abgeschaltet werden, weil die Netzkapazität nicht ausreicht, dann läuft etwas schief in dieser Republik. Längst überfällig ist der Bau von neuen Stromtrassen, und zwar 3.600 Kilometer lang.

Man ist davon ausgegangen, dass wir zur Aufnahme der Windenergie und der erneuerbaren Energie im Land bis 2014 900 Kilometer neue Stromtrassen gebaut haben werden. In der Realität liegen wir heute bei zirka 90 Kilometern. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir die von uns selbst gesetzten Ziele bis 2020 so nicht erreichen können. Die rechtlichen Grundlagen für ein schnelles Genehmigungsverfahren sind nicht geschaffen worden; sie fehlen. Ich erinnere auch daran, dass wir dabei sind, die plebiszitären Elemente zu stärken. Wenn Volksbegehren in diesem Bereich greifen werden, dann ist davon auszugehen, dass erneute Hemmnisse auf uns zukommen werden. Unser Ziel, im Jahr 2020 20 Prozent unserer Energie mit erneuerbarer Energie darstellen zu können, werden wir auf diese Weise mit Sicherheit schwerlich erreichen können. Wer Kernkraftwerke abschalten will und erneuerbare Energie haben will, der muss sich für neue Stromtrassen entscheiden - sonst müssen wir wirklich sagen, gute Nacht Deutschland.

Wir wollen das Zeitalter erneuerbarer Energien so schnell wie möglich erreichen. Hierfür müssen wir umgehend die gesetzlichen Grundlagen zur Beschleunigung solcher Verfahren im Gemeinwohlinteresse schaffen. Für den Stromnetzerstbau ist ein straffes Planungsrecht notwendig. Der Entwurf des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes ist hierfür ein erster und wichtiger Anfang. Es wird auch darüber nachzudenken sein, ob wir in der Zeit des Übergangs der CO₂-Problematik eine solche Bedeutung beimessen, wie es derzeit der Fall ist. Wenn wir den Übergang zu erneuerbaren Energien schaffen wollen, dann werden wir eine zeitlang auf fossile Energieträger zurückgreifen müssen. Auch das ist eine Erkenntnis, die wir aus Fukushima ziehen müssen. Es liegt nun an uns, aus den tragischen Ereignissen von Fukushima einen guten Start in ein neues Energiezeitalter zu machen. Nur dann kann das unermessliche Leid, das die Menschen in Japan derzeit erfahren, allgemein noch einen Sinn haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache. Und da es nicht nur um eine Aussprache zur Regierungserklärung ging, sondern gleichzeitig auch um die Beratung von drei Anträgen, kommen wir zur Abstimmung über die uns vorliegenden Anträge.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 14/429. Wer für die Annahme der Drucksache 14/429 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/429 mit Stim-

(Präsident Ley)

menmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Oppositionsfraktionen bei Ablehnung der Koalitionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 14/427. Wer für die Annahme der Drucksache 14/427 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/427 einstimmig mit den Stimmen aller Abgeordneten angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/431. Wer für die Annahme der Drucksache 14/431 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/431 bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und Enthaltung der Oppositionsfraktionen einstimmig angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 13.00 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 11.53 Uhr bis 13.02 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 14/423)

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Gesetze 2011 (Drucksache 14/424)

Zur Begründung der beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 14/423 und 14/424 erteile ich Herrn Bildungsminister Klaus Kessler das Wort.

Minister Kessler:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Verfassungsänderung im Bereich des Schulrechts kommt eigentlich nicht so häufig vor, stellt sie doch einen erheblichen und grundsätzlichen Eingriff in eine bis dahin dauerhaft bestehende Schulstruktur dar. Die letzte Verfassungsänderung die Schulformen des Saarlandes betreffend wurde im Jahre 1996 durch dieses Parlament vollzogen. Damals verständigten sich SPD und CDU darauf, die Hauptschule aus der Verfassung herauszunehmen und neben dem Gymnasium, der Gesamtschule, der Förderschule, der Grundschule und den beruflichen Schulen unter Zusammenlegung der

Haupt- und der Realschule eine neue Schulform, die Erweiterte Realschule, in die Verfassung des Saarlandes aufzunehmen. Die GRÜNEN vertraten damals die Auffassung, dass eigentlich keine Schulform in die Verfassung gehöre, zumal damals wie heute das Saarland das einzige Bundesland ist, das eine solche Rechtsregelung hat. Einigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bestand bei allen Fraktionen darüber, dass dauerhaft ein wohnortnahes qualifiziertes Bildungsangebot in den saarländischen Gemeinden angeboten werden muss. Seit dieser Zeit besteht im Bereich der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen des Saarlandes ein verfassungsrechtlich abgesichertes dreigliedriges Schulsystem, rechnet man noch die Förderschulen hinzu, eigentlich sogar ein viergliedriges Schulsystem.

Wenn wir heute, im Jahr 2011, wiederum eine Verfassungsänderung vornehmen wollen, so muss es dafür wichtige - um nicht zu sagen: gewichtige - Gründe geben. Mit Blick auf die Zukunftsfestigkeit des bestehenden Systems muss es meines Erachtens auch dringenden Handlungsbedarf geben. Und den gibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die saarländische Landesregierung hat rechtzeitig erkannt, dass es angesichts der demografischen Entwicklung - wir haben jährlich einen Schlüßrückgang von 2 bis 3 Prozent zu verzeichnen - und eines sich zunehmend verändernden Elternwahlverhaltens bei der Anwahl weiterführender Schulen - wir haben feststellen müssen, dass Eltern in zunehmendem Maße Schulformen, die alle Abschlüsse anbieten, also Schulformen auch mit dem Abitur, anwählen wollen - dringend notwendig ist, unser Schulsystem klarer zu gliedern und somit für die Eltern überschaubarer zu machen, dass es notwendig ist, das Angebot so auch ein Stück weit sicherer zu machen und dabei gleichzeitig ein umfassendes, also ein komplettes, wohnortnahes, qualifiziertes Schulangebot sicherzustellen.

Dazu haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ein sogenanntes Zwei-Säulen-Modell einzuführen, das neben dem grundständigen Gymnasium eine neue integrierte und differenzierte Schulform mit Namen „Gemeinschaftsschule“ vorsieht. Die Gemeinschaftsschule entsteht aus der Zusammenführung der bisherigen Erweiterten Realschule und der bisherigen Gesamtschule. Sie soll zum Schuljahr 2012/2013 landesweit mit dem 5. Schuljahr aufsteigend eingeführt werden.

Um in der Schulstrukturdebatte, die, wie wir wissen, stets stark ideologiegeprägt geführt wurde, endlich und dauerhaft einen Schulfrieden im Land herbeizuführen und gleichzeitig den Eltern Verlässlichkeit, aber auch Wahlfreiheit in der Schulformfrage zu geben, haben sich die Koalitionspartner darauf ver-

(Minister Kessler)

ständig, in der Verfassung des Saarlandes nur noch die Schulformen Gymnasium und Gemeinschaftsschule festzuschreiben. Beide Schulformen erhalten dadurch einen dauerhaften Bestandsschutz. Nicht zuletzt erhält das Saarland mit der Errichtung eines Zwei-Säulen-Schulmodells meines Erachtens eines der leistungsfähigsten und modernsten Schulsysteme Deutschlands.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Die hierzu erforderliche Verfassungsänderung liegt Ihnen mit Drucksache 14/423 vor. Danach soll Artikel 27 Abs. 3 der Verfassung des Saarlandes wie folgt neu gefasst werden: „Das öffentliche Schulwesen besteht aus allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Allgemein bildende Schulen, an denen die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann, sind Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.“

Durch die Neufassung des Absatzes 3 wird die neue Grundstruktur des öffentlichen Schulwesens in der saarländischen Verfassung verankert. Diese Grundstruktur setzt sich aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zusammen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen kann die allgemeine Hochschulreife sowohl am Gymnasium als auch an einer Gemeinschaftsschule erworben werden. Gymnasiale Sonderformen sowie die bestehenden gymnasialen Oberstufen mit berufsbezogenen Fachrichtungen bleiben davon unberührt und werden in die verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten einbezogen. Die verfassungsrechtliche Nennung zweier allgemeinbildender Schulformen, an denen gleichberechtigt die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann, ist ein Beleg dafür, dass die Landesregierung von einer grundsätzlichen Gleichwertigkeit beider Schulsäulen im Zwei-Säulen-Modell ausgeht.

War es bislang selbstverständlich, dass die allgemeine Hochschulreife am Gymnasium erworben wird, wird es in Zukunft auch möglich sein, an der Gemeinschaftsschule die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Dies sichern wir jetzt in der Verfassung ab. Eine solche Absicherung des Angebotes sowohl des Gymnasiums als auch der Gemeinschaftsschule ist weit mehr, als bislang von Gesamtschulen oder Erweiterten Realschulen im Saarland erreicht wurde.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen.)

Durch das neue Schulmodell wollen wir mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Durchlässigkeit im System und eine bessere individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen erreichen. Zur näheren Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule und weiterer Regelungen liegt Ihnen mit Drucksache 14/424 der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Gesetze 2011 vor.

Das Zwei-Säulen-Modell ermöglicht es, in den Schulformen Gemeinschaftsschule und grundständiges Gymnasium alle Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben, wobei das Abitur am Gymnasium nach zwölf Schulbesuchsjahren und an der Gemeinschaftsschule nach 13 Schulbesuchsjahren erreicht wird. Dadurch werden wir dem in der saarländischen Elternschaft vielfach geäußerten Wunsch gerecht, neben dem G 8-Gymnasium eine zweite, eine zum G 8 alternative Schulform anzubieten, in der nach neun Jahren das Abitur erreicht werden kann.

Die bei § 3a Schulordnungsgesetz vorgesehenen Änderungen beziehen sich auf die Festlegung des Wesens der Gemeinschaftsschule. Die bisherige Definition des Wesens des Gymnasiums im Schulordnungsgesetz bleibt unverändert erhalten. Nach dieser Definition gehört es zum Wesen des grundständigen Gymnasiums, eine vertiefte allgemeine Bildung zu vermitteln, mit Klassenstufe 5 zu beginnen, den Unterricht mindestens bis Klassenstufe 10 im Klassenverband abzuhalten und zur allgemeinen Hochschulreife zu führen.

Zum Wesen der Gemeinschaftsschule gehört, dass sie den Hauptschulabschluss, den mittleren Bildungsabschluss und das Abitur anbietet. Sie ersetzt die Schulformen Erweiterte Realschule und Gesamtschule und beginnt ebenfalls mit Klassenstufe 5. Gemeinschaftsschulen unterhalten je nach Schülerzahl entweder eigenständige Oberstufen am Standort oder sie kooperieren in Oberstufenverbünden mit anderen Gemeinschaftsschulen oder mit grundständigen Gymnasien, Oberstufengymnasien und gymnasialen Oberstufen mit berufsbezogenen Fachrichtungen.

Die gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschule umfasst, wie am Gymnasium, eine einjährige Einführungsphase und eine zweijährige Hauptphase. Das Zentralabitur und die Prüfungsanforderungen sind für beide Schulformen gleich.

An der Gemeinschaftsschule unterrichten Lehrkräfte aller Lehrämter, die Gestaltung der Bildungsgänge und die Anerkennung der Abschlüsse erfolgt auf der Grundlage der geltenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz. Der Unterricht an der Gemeinschaftsschule findet grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler im Klassenverband statt. Den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler wird durch Formen binnendifferenzierten Unterrichts und individueller Förderung entsprochen. In einem Teil der Fächer wird der Unterricht leistungsdifferenziert und auf mindestens zwei lehrplanbezogen definierten Anspruchsebenen in Kursen erteilt. Anstelle von Kursen können auch klasseninterne Lerngruppen gebildet werden.

(Minister Kessler)

Die Organisation und Differenzierung der Gemeinschaftsschule dient dem Ziel, die Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung ihrer individuellen Lernmöglichkeiten und -interessen in der Entfaltung ihrer Begabungs- und Leistungsschwerpunkte zu fördern und auf die jeweils erreichbaren Abschlüsse vorzubereiten.

Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen bleibt so lange wie möglich erhalten. Selbstständiges Lernen und individuelle Lernwege werden unterstützt, fachliches und soziales Lernen gleichgewichtig verfolgt. Die Förderung praktischer Fähigkeiten, die frühe und entwicklungsgerechte Verbindung mit der Arbeitswelt, die Berufsorientierung sowie die Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf finden an dieser Schulform eine besondere Berücksichtigung.

In den Verhandlungen der Fraktionen und den vorbereitenden Gesprächen zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule, aber ebenso in der von mir durchgeführten Anhörung zur Gemeinschaftsschule, traten stets wieder die unterschiedlichen Auffassungen zur Ausgestaltung der Differenzierung hervor. Einerseits wurde gefordert, die Schülerinnen und Schüler möglichst lange gemeinsam zu unterrichten und den Grad der Fachleistungsdifferenzierung möglichst gering zu halten, andererseits gab es auch die Auffassung, dass möglichst früh eingerichtete leistungsbezogene homogene Lerngruppen der bessere Weg zum Schulerfolg seien.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass man aus dieser Diskussion kein politisches Dogma machen sollte, zumal die Politik die pädagogischen Grundentscheidungen nach wie vor denjenigen überlassen sollte, die als Profis in unseren Schulen arbeiten, und das sind die Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Allein schon aus diesem Grund erhalten die Gemeinschaftsschulen ein hohes Maß an Selbstständigkeit und einen Gestaltungsspielraum, der es ihnen ermöglicht, eigene pädagogische Konzepte zu entwickeln und ihr Profil auf die jeweils besondere Situation der Schule auszurichten.

Dies gilt ebenso für das Differenzierungsmodell der Schule. Wir haben uns darauf verständigt, allen Schulen ein Orientierungsmodell zur Fachleistungsdifferenzierung vorzugeben, von dem im Rahmen des Stundenbudgets in verschiedener Richtung aber auch abgewichen werden kann. Das Orientierungsmodell stellt eine schulformeinheitliche Orientierung und die Anerkennung der Abschlüsse sicher, beinhaltet aber auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Schule, entweder den Grad der Differenzierung auszuweiten oder den Grad der Differenzierung zurückzunehmen. Hierüber soll die Schulkonferenz mit

Zwei-Drittel-Mehrheit entscheiden. Dazu soll das Schulmitbestimmungsgesetz an der Stelle geändert werden.

Die Möglichkeit, das Differenzierungsmodell durch die Schulgemeinschaft variabel selbst zu gestalten, bietet gleichermaßen eine große Chance, auch kleinere Schulstandorte zu erhalten. Die Einführung des Zwei-Säulen-Modells ist insofern die richtige Antwort auf die demografische Entwicklung in diesem Land bei gleichzeitiger Erhaltung auch kleinerer Schulstandorte.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nach der Verfassungsänderung und der in einem ersten Schritt erforderlichen Änderung des Schulordnungsgesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule werden wir in einem zweiten Schritt die Rechtsgrundlagen zur Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebs so ändern, dass anstelle der vorgeschriebenen Dreizügigkeit für eine weiterführende Schule eine standortbezogene Gesamtschülerzahl festgelegt wird. Alle Standortfragen und die Festlegung von Mindestschulgrößen werden wir gemeinsam im Rahmen unserer Schulentwicklungsgespräche mit den zuständigen Schulträgern zu erörtern haben.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Minister, ich muss Sie kurz unterbrechen. Ich bitte die Medien, ihre Arbeit im Medienraum durchzuführen. Das stört hier. Das ist eigentlich nicht zulässig.

Minister Kessler:

Insofern weise ich alle Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit formuliert wurden, wir würden hier durch die Einführung einer Gemeinschaftsschule oder eines Zwei-Säulen-Modells ein Trojanisches Pferd installieren, entschieden zurück. Dieses Modell ist die richtige Antwort für mehr Bildungsgerechtigkeit und die richtige Antwort auf die demografische Entwicklung in diesem Land, und nichts anderes. Hier wird mit einer Unterstellung gearbeitet. Ich weise entschieden zurück, dass wir in der Form Bildungspolitik betreiben würden!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich muss man sagen, dass die Einführung des Zwei-Säulen-Modells nicht zu einer Vermehrung der Gesamtschülerzahl im Lande führt. Das ist klar angesichts der demografischen Entwicklung. Aber das Modell beinhaltet durch das komplette Bildungsangebot, das wir anbieten, doch die Chance, dass sich die Schülerströme auf die einzelnen Schulstandorte im Land anders, auch gleichmäßiger, verteilen. Ebenso wird der Wettbewerb zwischen den erweiterten Realschulen und den Gesamtschulen beendet. Dies vereinfacht eine Schulentwicklungspla-

(Minister Kessler)

nung, es erleichtert Personalisierungen und es erleichtert insbesondere den Eltern die Schulwahlentscheidung. Das wollen wir doch alle, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dem heutigen Tag mit dem Einbringen der erforderlichen Rechtsregelungen zur Verfassungsänderung in Erster Lesung sind eine Reihe von Verhandlungsgesprächen mit den Oppositionsparteien vorangegangen, die am 23. Februar ihren Abschluss gefunden haben. Die Landesregierung und die Regierungsfractionen haben sich in diesen Verhandlungen sehr weit bewegt und ein Höchstmaß an Transparenz und auch Entgegenkommen gezeigt, insbesondere bei der Gestaltung des Differenzierungsmodells, der Oberstufenkonstruktion, einer Aussage zur Inklusion und ebenso in der Frage der Klassengrößen. Unter dem Motto "Gemeinsam geht Bildung besser" haben wir zugesagt, dass eine Änderung des Schulordnungsgesetzes nach der Verfassungsänderung erfolgt, die es ermöglicht, auch kleinere Standorte zu erhalten.

Ich nehme allerdings wahr, dass Teile der Opposition und ihr eventuell nahestehende Interessengruppen versuchen, der Landesregierung irgendwelche Schulschließungspläne in die Schuhe zu schieben.

(Wortwechsel zwischen der Abgeordneten Willger (B 90/GRÜNE) und dem Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Das weise ich weit von mir. Solche Unterstellungen haben mit einer seriösen Bildungspolitik und einer seriösen Bildungsdiskussion nichts zu tun. Meine Damen und Herren, das ist reine Stimmungsmache, dies soll Ängste in der Bevölkerung erzeugen. Meines Erachtens ist so etwas schlichtweg verantwortungslos!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben weiter zugesagt, die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen durch ein entsprechendes Lehrerfortbildungsprogramm zu begleiten. Ein inhaltlicher Schwerpunkt dieses Programms wird der Umgang mit heterogenen Schülergruppen sein, der Umgang mit Heterogenität in der Klasse schlechthin und natürlich die individuelle Schülerförderung. Die neue Gemeinschaftsschule wird eine Funktionsstellenstruktur erhalten, die sich an einem bereits schon früher entwickelten Modell für die Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen orientiert.

Wir werden des Weiteren eine Verkleinerung der Klassen anstreben, allerdings ohne dies zum Ausschließlichkeitskriterium für guten Unterricht und Schulqualität zu machen. Mir ist es wichtig, dass alle Schulen gute Rahmenbedingungen für Lehren und Lernen haben. Da die Bedingungen der Schulen in regionalspezifischer, soziokultureller und siedlungs-

struktureller Hinsicht sehr unterschiedlich sind, erfolgen auch unterschiedliche Personalisierungsmaßnahmen.

Neben einer Verkleinerung der Klassen wird es auch eine Verbesserung des Unterrichtsangebotes geben. Die Gemeinschaftsschule erhält eine neue Stundentafel, in der mit dem neuen Fremdsprachenkonzept der Landesregierung - das ist unser erklärtes Ziel - die Mehrsprachigkeit umgesetzt wird. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen an allen weiterführenden Schulen werde ich mit der Einführung des Zwei-Säulen-Modells ab dem Schuljahr 2012/2013 zusätzlich eine schrittweise Erweiterung der mobilen Lehrerreserve vornehmen.

Dies alles zusammengekommen zeigt, dass die Landesregierung keineswegs nur oberflächlich Veränderungen an den Strukturen des Schulsystems vornimmt, sondern verantwortungsvoll und konzeptionell durchdacht handelt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Strukturänderungen gehen einher mit einer verbesserten Lehrerausstattung, einem Ausbau des Fortbildungs- und Unterrichtsangebotes sowie mit mehr Gestaltungsfreiheit für die einzelnen Schulen bei der inhaltlichen Konzeption und der Profilbildung, verbunden mit dem Ziel, mehr Qualität und mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Das am 23. Februar vorgelegte Eckpunktepapier zur Gemeinschaftsschule ist in dieser Hinsicht mehrfach überarbeitet worden und ist heute eine wesentliche Grundlage zur Ausgestaltung der neuen Schulform. Auf dieser Basis erfolgt die Ausarbeitung der neuen Gemeinschaftsschulverordnung, an der ich Schulpraktiker und Bildungsexperten beteiligen werde.

Die von mir in den vergangenen Monaten durchgeführte Anhörung zu dem geplanten Zwei-Säulen-Modell hat gezeigt, dass die meisten Anzuhörenden tendenziell eine solche Neugliederung des Schulsystems vom Grundsatz her als sinnvoll erachten. Dies gilt insbesondere für die Gesamtlandeselternvertretung, die Gesamtlandeschülervertretung, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer, die Arbeitskammer des Saarlandes sowie für den saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerverband.

Auf die Bedenken und Vorschläge anderer Verbände, Organisationen und Gewerkschaften hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule - ich beziehe mich auf die noch zu gestaltende Gemeinschaftsschulrechtsverordnung, die Personalisierung und die Zuweisung beziehungsweise die Berechnung des Schulbudgets - werde ich im Rahmen von Informationsveranstaltungen sowie in der Diskussion um die Ausarbeitung der Schulverordnung natürlich näher einzugehen haben.

(Minister Kessler)

Fest steht, meine Damen und Herren, dass die Neugestaltung unseres Schulsystems durch die Überleitung der bisherigen Dreigliedrigkeit in Richtung einer Zweigliedrigkeit nach den übergeordneten Gesichtspunkten Standortsicherung, Demografiefestigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Durchlässigkeit und Wahlfreiheit der Eltern bereits eine breite gesellschaftliche Zustimmung in unserem Land erfahren hat. Mit dem neuen verbesserten Schulsystem haben wir im Saarland die Chance, uns an die Spitze der Bundesländer zu setzen, die angesichts der demografischen Entwicklung sowie der Gerechtigkeitsdiskussion in der Bildung ebenfalls eine Straffung ihrer Schulstrukturen vornehmen wollen.

Den Entwicklungsweg zum Aufbau eines Zwei-Säulen-Modells haben die meisten Bundesländer de facto bereits eingeschlagen. Im Saarland haben wir darüber hinaus die Chance, endlich die überkommenen, ideologisch gefärbten Schulgrabenkämpfe - ich nenne es mal so - zu beenden und einen dauerhaften Schulfrieden zu erreichen. Das neue Schulmodell ist meines Erachtens sehr pragmatisch ausgerichtet. Es verbindet viele Interessen, schafft zudem aber neue Möglichkeiten, unterschiedliche pädagogische Ausrichtungen miteinander zu vereinbaren. Die letzte Verfassungsänderung in der Schulformfrage, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt 15 Jahre zurück. Heute haben wir die Chance, durch eine neue Verfassungsänderung für die Schullandschaft des Saarlandes ein Zwei-Säulen-Modell zu installieren, das den Menschen in diesem Land für die nächsten 15 Jahre Verlässlichkeit und Sicherheit, insbesondere aber auch Ruhe an der Schulfront bringen kann.

Insofern ist meines Erachtens heute schon ein historischer Tag in der Schulgeschichte des Saarlandes. In diesem Sinne bitte ich alle Fraktionen des Landtages, in möglichst großer Gemeinsamkeit für die dauerhafte Neugestaltung des Schulwesens im Saarland ihrer Verantwortung nachzukommen und sowohl der Verfassungsänderung als auch sich daraus ergebenden weiteren schulrechtlichen Änderungen zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Minister Kessler, für die Begründung der beiden Gesetzentwürfe. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Ulrich Commerçon von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Commerçon (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in der zweiten wichtigen Debatte des heutigen Tages, der Bildungsdebatte, geht es im

Kern um die Glaubwürdigkeit. Deshalb möchte ich zu Beginn noch einmal erwähnen, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Menschen vor der Wahl versprochen hatten. Nach dem Murks bei G 8 und nach der Grundschulschließungswelle in der letzten Legislaturperiode hatten wir vor der Landtagswahl gesagt: Es muss Schluss sein mit den Experimenten an unseren Schülerinnen und Schülern. Wir dürfen die Schülerinnen und Schüler nicht weiter zu Versuchskaninchen machen! - Zentrales Ziel der Bildungspolitik, das haben wir den Menschen versprochen, muss sein, dass jedes Kind die optimalen Bedingungen bekommt, um individuell gefördert zu werden und den jeweils bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen.

Vor der Wahl haben wir gesagt, dass wir nicht primär an Strukturen herumdoktern wollen. 1996 - der Minister hat zu Recht darauf hingewiesen - sind wir bereits den entscheidenden Schritt der Schulstrukturreform in diesem Land gegangen, indem wir die immer mehr zur Restschule verkommene Hauptschule abgeschafft haben. Seitdem hat ein Schüler die Möglichkeit, den mittleren Bildungsabschluss in jeder Gemeinde dieses Landes zu machen. Seitdem gibt es bereits, Herr Minister, die zwei Wege zum Abitur, einerseits am Gymnasium und andererseits in der Regel auch an der Gesamtschule. Sofern die Minister nicht, wie Sie beispielsweise auch, Befristungsanträge aufgehoben haben, ist es an Gesamtschulen möglich, Oberstufen zu bilden. Auf dem zweiten Weg kann dieser Abschluss auch im Anschluss an der Erweiterten Realschule erworben werden. Die GRÜNEN waren damals gegen diese Entschließung, der GEW-Vorsitzende war allerdings dafür. SPD und CDU haben damals in der Tat einen verantwortungsvollen, ich glaube sogar den entscheidenden, Schritt getan.

Wir haben allerdings vor der letzten Wahl auch gesagt, dass wir in diesem Land zunächst kleinere Kassen brauchen. Um die Individualisierung des Lernens zu ermöglichen, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. Wir brauchen aber - darum geht es im Kern in der heutigen Debatte - kein weiteres blindes Herumbasteln an äußeren Strukturen. Wer etwas anderes behauptet - die GRÜNEN tun das ständig -, sagt an dieser Stelle die Unwahrheit. Das alles steht in unserem Regierungsprogramm! Herr Kollege Schmitt, Sie brauchen jetzt nicht den Kopf zu schütteln, genau das haben wir vor der Wahl versprochen.

(Zurufe des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit. Lügen werden nicht dadurch wahrer, dass man sie häufig wiederholt.

(Beifall von der SPD. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

(Abg. Commerçon (SPD))

Die Koalition hat sich im Gegensatz dazu darauf verständigt, den Schwerpunkt eben nicht auf inhaltliche, auf Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen zu legen, sondern hat stattdessen zwei Strukturreformen vereinbart. Die erste Strukturreform, die Sie vereinbart hatten - ich will heute erneut daran erinnern -, war der Versuch, in diesem Land ein fünftes Grundschuljahr einzuführen. Sie wurden damit als Koalition zur Lachnummer in der Republik. Die Menschen sind uns bis heute dankbar dafür, dass wir wenigstens die Schülerinnen und Schüler und dieses Land insgesamt davor bewahrt haben, zur Lachnummer der Republik zu werden.

(Beifall von der SPD.)

Nicht nur die Bevölkerung ist dafür dankbar, auch weite Teile in diesem Haus sind dafür dankbar, dass wir diesen völligen Schwachsinn beendet haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte beispielsweise aus dem entsprechenden Schreiben der Jungen Union an die Öffentlichkeit zitieren. Da heißt es - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin -: „Die Weigerung der SPD, einer Verlängerung der Grundschulzeit auf fünf Jahre zuzustimmen, hat bei den meisten CDU-Mitgliedern zu großer Erleichterung geführt.“

Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotzdem sind wir sehr stolz darauf, dass wir das getan haben.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Schmitt (CDU): Sie wollten sechs Jahre.)

Sie haben eine zweite Strukturdebatte angesprochen. Sie wollten die Gesamtschulen abschaffen - das hat die CDU schon immer gewollt -, die wir damals aus gutem Grunde, Herr Minister, mit in der Verfassung verankert haben. Sie wollten diese mit den Erweiterten Realschulen zusammenlegen und umbenennen in Gemeinschaftsschulen. Wir haben an dieser Stelle gesagt, wir sind bereit, mit den Koalitionsfraktionen darüber zu verhandeln. Wir haben das - das werden Sie kaum bestreiten können; alle Belege, alle Papiere, die wir dazu vorgelegt haben, kennen Sie, die sind veröffentlicht - wirklich transparent gemacht. Das haben wir in aller Ernsthaftigkeit getan.

Wir haben aber auch gesagt, dass wir klare Erwartungen daran haben, dass es dabei um ein Paket gehen muss, dass wir eben nicht die Katze im Sack kaufen. All das, was in den heutigen Gesetzestexten, die Sie vorgelegt haben, steht, reicht eben nicht aus, um wirklich dafür zu sorgen, dass wir Gewissheit haben, dass wir Sicherheit haben, dass auch das wirklich drinsteckt, was Sie hier in hehren Worten verkünden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen haben wir gesagt, nur in Verbindung mit verbindlich festgelegten Qualitätsverbesserungen, nur in Verbindung mit einer wirklich manife-

stierten Gleichwertigkeit und unter Wahrung der wesentlichen Erfolge der Gesamtschulen, sind wir bereit, einer solchen Verfassungsänderung zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Im Mittelpunkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss dabei aus unserer Sicht bei jeder Schulreform die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes stehen, wenn es wirklich um Bildungsgerechtigkeit gehen soll. Es ist eben so - das wird nur möglich sein, wenn wir kleinere Lerngruppen haben -, es wird nur möglich sein, wenn wir eine bessere Personalausstattung haben, das wird nur möglich sein mit einem soliden pädagogischen Konzept, mit einer gut ausgebauten Schulsozialarbeit. In all diesen Punkten haben Sie sich bis zum heutigen Tage verweigert, ein verbindliches, nachvollziehbares, auch rechtlich verbindliches Angebot vorzulegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Minister. Deswegen werden wir an diesem Tage dieser Verfassungsänderung nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD.)

Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus der letzten Ausgabe der „Erziehung und Wissenschaft“, Ihnen bekannt als ehemaliger GEW-Vorsitzender. Das ist die Zeitschrift der GEW. Dort heißt es zu diesem Thema - mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin -: „Eines ist klar, was bislang von Regierungsseite an Zusagen bezüglich der Konzeption und Ausstattung gemacht wurde, reicht nicht aus, um die Gemeinschaftsschule auf eine Startposition zu setzen, die zum Erfolg führt. Die Zusage einer durchschnittlichen Klassengröße von 26 ist in diesem Zusammenhang doch wohl eher als Drohung, wenn nicht gar als Provokation zu verstehen. Berechnungen der Landeselterninitiative für Bildung (...) zufolge liegt der derzeitige Durchschnitt der Klassengrößen an saarländischen Gesamtschulen und Erweiterten Realschulen zusammengenommen bei 24,1.“ So weit das Zitat.

Ihr Angebot war in Wahrheit eine Drohung, eine Provokation. Provokationen nimmt man nicht an, die schlägt man aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Es kommt ein zweiter Bereich dazu. Sie betonen hier immer wieder die Gleichwertigkeit. Ein Aspekt - Sie haben das angesprochen - ist die Oberstufe. Ich zitiere an dieser Stelle noch einmal aus dem Text der Gesetzesbegründung. Da heißt es - Sie haben das selbst zitiert -, es gehöre zum Wesen des grundständigen Gymnasiums, dass es eine eigene Oberstufe besitzt.

Das ist völlig richtig, das wird niemand bestreiten. Aber genau an diesem Punkt verweigern Sie den

(Abg. Commerçon (SPD))

Gemeinschaftsschulen exakt dieselbe Formulierung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Genau diese rechtssichere Formulierung gestehen Sie nur dem Gymnasium zu, nicht der Gemeinschaftsschule.

Deswegen ist es nun einmal falsch, von Gleichwertigkeit an dieser Stelle zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie reden hier von Standorten und einer Standortgarantie. Als wir Sie darum gebeten haben, das schriftlich zu vereinbaren, haben Sie gesagt, das wollen Sie nicht schriftlich vereinbaren. Wenn Sie bereit wären, all das, was Sie hier heute behaupten, wirklich umzusetzen, hätten Sie es mit uns in einen Text gießen können. Dann hätten Sie es mit uns vereinbaren können. Sie waren bis zum Schluss nicht bereit, all das zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch deswegen können wir nicht zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, die Lehrerschaft an den Gemeinschaftsschulen. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschaftsschulen sollen weiterhin eine höhere Unterrichtsverpflichtung haben, sie sollen weiterhin im Durchschnitt schlechter als an den Gymnasien bezahlt werden. Wo, Herr Minister, besteht dort Gleichwertigkeit?

Zu den Sonderlasten, die Sie den Gemeinschaftsschulen aufdrücken: Die Gemeinschaftsschule wird eine Pflichtschule sein, anders als das Gymnasium, das eine Angebotsschule ist. Die Gemeinschaftsschule muss alle Kinder aufnehmen. Das ist auch gut. Es wird allerdings gleichzeitig dafür gesorgt, dass es eben keine durchgängige Unterrichtung im Klassenverband gibt - Sie haben das eben angesprochen -, sondern Selektion, und dass an der Gemeinschaftsschule von Anfang an eine Abschlussbezogenheit vorgesehen ist.

Auch an dieser Stelle zum Beleg noch einmal die GEW aus der gleichen Zeitschrift, mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin. Es heißt dort: „Dass Schüler/innen an Gymnasien einen Hauptschulabschluss oder einen mittleren Abschluss ohne Prüfung, an der Gemeinschaftsschule aber nur mit Prüfung erwerben können, signalisiert ganz bestimmt keine Gleichwertigkeit.“ So weit das Zitat von der GEW.

Im Übrigen, Herr Minister, schauen Sie sich einmal Ihre früheren Reden an. Genau das Gleiche haben Sie früher gesagt, als Sie GEW-Vorsitzender gewesen sind. Wenn wir so etwas gemacht hätten, hätten Sie sich doch auf den St. Johanner Markt gestellt und dagegen geschrien und hätten gesagt, das sei Verrat. Heute verweigern Sie genau das.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage, all dies wäre vielleicht im Zweifel noch allenfalls akzeptabel, aber dafür würden die Gemein-

schaftsschulen einen Ausgleich brauchen. Darauf haben wir in den Verhandlungen gedrungen, auf einen Ausgleich, damit die Gemeinschaftsschulen zumindest in der Öffentlichkeit als gleichwertig wahrgenommen werden. Herr Minister, Sie reden heute in der Saarbrücker Zeitung wieder vom Vergleich mit Hamburg, Bremen und Sachsen. In Hamburg, Bremen und Sachsen werden genau diese Ausgleichs geschaffen. Genau dort sind die im Gesetz festgelegt. All das, was wir ins Gesetz schreiben wollten von kleineren Klassen bis zur höheren Verbindlichkeit steht dort im Gesetz, wurde dort zwischen allen Parteien vereinbart. Genau das haben Sie uns an dieser Stelle nicht schriftlich zugestanden. Deswegen können wir dieser Sache nicht zustimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich zitiere zum dritten Mal die GEW. Da heißt es zum Abschluss dieses Artikels: „Sollten die Forderungen der GEW, der Oppositionsparteien“ - damals noch beide -, „der Verbände, Elternvertretungen und Bildungsinitiative nicht ernst genommen werden, so steht zu befürchten, dass der Gemeinschaftsschule der Makel der Restschule anhaften wird und somit der erhoffte Schulfrieden dann eher einer Friedhofsruhe gleicht“. Das ist nicht die Position, die die SPD beschrieben hat. Das hat die GEW, Ihre Gewerkschaft, beschrieben, Herr Minister. Das müssen Sie doch zumindest ernst nehmen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Dann kommt der Vorwurf der Fundamentalopposition. Ich sage einmal ganz ehrlich, mich interessiert nicht primär, was die anderen politischen Parteien hier zu sagen haben. Das interessiert mich nicht primär, wenn es um die Frage Fundamentalopposition geht, sondern es interessiert mich, was die Betroffenen sagen, und was die Experten sagen.

Ich zitiere den Realschullehrer-Verband: „CDU verrät ihre Ideale. Der Verband der Realschullehrer hat die Zustimmung der CDU zur Bildung einer Gemeinschaftsschule in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert. VDR-Landeschefin Inge Röckelein warf der CDU vor, ‚verantwortungslos und - auf lange Sicht gesehen - politisch auch unglaublich dumm‘ zu handeln. (...) Röckelein unterstrich, durch die ‚gegenseitige Anbietung Jamaika und LINKE‘ werde ‚in schamloser Weise Schule und damit Bildung unserer Kinder zum taktischen politischen Spielfeld degradiert‘.“

(Zurufe der Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE) und Schmitt (CDU).)

Der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm sieht darin eine Abkehr von den Prinzipien der Qualität der individuellen Förderung der Schülerinnen und

(Abg. Commerçon (SPD))

Schüler und der Leistungsorientierung. Die Wirtschaftsschullehrer: „Der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen im Beamtenbund hat die geplante Verfassungsänderung zur Schulreform kritisiert.“

Der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband, Sie haben es angesprochen, hat sich geäußert - ich zitiere -: „Nicht überrascht“ zeigte sich auch der SLLV von der Absage des SPD-Landesvorstandes an die geplante Gemeinschaftsschule. ‚Kein Wunder bei den bisher bekannten Rahmenbedingungen!‘ (...) ‚Auch wir wollen keine Mogelpackung mit Durchschnitts-Größen pro Klasse und Schule, sondern ein klares Bekenntnis zu keiner Klasse mit mehr als 25 Schülern!‘“ Herbert Möser - er sitzt da, ich grüße Sie -: „Wenn die Gemeinschaftsschule das Ergebnis eines politisch gefärbten Schulkompromisses wird, brauchen wir sie nicht. Der SLLV will keinen faulen Schulkompromiss.“

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule schreibt uns: „Mit großer Erleichterung haben wir die Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion zur Kenntnis genommen, einer Verfassungsänderung in dieser Form nicht zuzustimmen. Die GGG begrüßt jede Änderung, die es mehr SchülerInnen ermöglicht, lange miteinander zu lernen, doch die vorliegende Reform scheint uns hierzu nicht geeignet zu sein“.

Noch einmal die GEW: „Bis jetzt ist noch unklar, was vor Ort drin ist, wo Gemeinschaftsschule drauf steht. Die Landesregierung muss ein klares Konzept für diese neue Schulform erarbeiten, das die bisher erfolgreichen Formen gemeinsamen Lernens ohne Abstriche gewährleistet und weiterentwickelt.“ - „Die Landesregierung will Erweiterte Realschulen und Gesamtschulen irgendwie zu Gemeinschaftsschulen zusammenführen. Die von der Landesregierung vorgelegten Eckpunkte sind aber nach Auffassung der GEW insgesamt noch unausgegoren.“ Peter Balnis, Ihr Nachfolger, er ist heute hier anwesend, sagt: „Ich habe Verständnis dafür, dass die SPD nach intensiver Prüfung und umfangreichen Debatten diesen Vorschlag nicht mitträgt.“ Die Gesamtlandeselementarvertretung des Saarlandes äußert, sie sei ähnlich wie die SPD der Meinung, dass die bisherigen Pläne der Koalition in Sachen Gemeinschaftsschule zu unspezifisch bei der konkreten Ausgestaltung und daher noch nicht ausgegoren seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fundamentalopposition sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD.)

Der Philologenverband setzt noch eins drauf. Er wirft der CDU im Saarland bildungspolitische Prinzipienlosigkeit vor. Der Vorsitzende Meidinger sagt: „Ministerpräsident Müller läuft in der Bildungspolitik auf roten Krücken aus dem Sanitätshaus Lafontaine.“ Der Deutsche Philologenverband ist ja weit entfernt davon, der Sozialdemokratie nahe zu stehen. Meine

sehr verehrten Damen und Herren, die Wahrheit ist: Wir sind nicht in der Fundamentalopposition, Sie leiden unter einem fundamentalen Realitätsverlust über die Wahrnehmung in diesem Land.

(Beifall bei der SPD.)

Die FDP brüstet sich derweil damit, dass eine Aufstockung des Bildungsetats verhindert wurde, das steckt offenbar in dieser Position. Der Minister sagte gestern, wegen rückläufiger Schülerzahlen könne man sich die bisherige Zahl an Schulformen nicht mehr leisten. Wenn das, Herr Minister, keine versteckte Drohung ist, künftig mit der Sparquote zu argumentieren, dann weiß ich nicht, wie so etwas sonst zu verstehen sein soll. Zum Sparen in der Bildung sind wir nicht angetreten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Erstaunlich ist nur, dass es Ihnen gelungen ist, die Linkspartei einzukaufen. Aber das müssen die mit sich selbst ausmachen. Die wissen auch, dass es um etwas anderes geht. Ich zitiere Herrn Lafontaine beim Politischen Aschermittwoch: „Wir mussten einen Kompromiss eingehen. Und Sie haben natürlich recht, das ist, wenn Sie so wollen, ein Blankoscheck, denn es könnte sein, dass die Koalition auf der Grundlage der Verfassungsänderung das eine oder andere, was sie jetzt öffentlich erklärt, nicht macht. Dafür haben wir keine Garantie.“ Anschließend wird überall erklärt, das sei eigentlich das Konzept der Schulstruktur der CDU, das Sie durchgesetzt hätten. Wenn das so ist - Herr Kollege Schmitt, Sie nicken jetzt wieder -, wenn das Ihr Konzept ist, sehe ich keinen Grund, warum die SPD zustimmen sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist aber auch gar nicht Ihr Konzept, es ist genauso wenig ein fortschrittliches Konzept. Was Sie hier vorgelegt haben, ist überhaupt kein Konzept. Sie stehen gar nicht hinter einer wirklichen Gemeinschaftsschule. Sie lavieren sich durch. Ihnen geht es an dieser Stelle nur um eins, es gibt nur einen Grund für Ihre Zustimmung. Wie schon bei der Koalitionsbildung gibt es nur den einen Grund, das ist der pure Machterhaltungswille. Alles andere interessiert Sie an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der SPD.)

Wegen der fortgeschrittenen Zeit verschone ich Sie von den Zitaten Ihres Kollegen Presser und sage abschließend nur noch mal Folgendes: Es gibt einen klaren Grund, warum wir nicht zustimmen. Wir sind für Qualitätsverbesserung, wir werden auch weiterhin für Qualitätsverbesserung sein. Wir sind für gerechte Bildungschancen und werden dafür auch weiter kämpfen. Wir wollen, dass die Bildung der Kinder unabhängig wird vom Geldbeutel der Eltern. Es gibt

(Abg. Commerçon (SPD))

einen wunderbaren Wettbewerb im deutschen Bildungssystem, der heißt „Schüler experimentieren“. Was Sie hier machen, ist mit Schülern experimentieren. Dafür werden wir unsere Hand nicht heben.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Commerçon. - Das Wort hat nun der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Meiser.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wir bekommen aber auch zwei Minuten mehr, Frau Präsidentin!)

Es war noch nicht mal eine Minute.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Bei anderen Rednern wird das Überziehen der Redezeit gleich von Ihnen moniert.)

Abg. Meiser (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Saarland hat ein gut funktionierendes Schulsystem. Auf dem Fundament der Grundschule bauen die weiterführenden Schulen auf. Das ist unser Ausgangspunkt. Diese Bestandsaufnahme ist auch Ausgangspunkt für die Befindlichkeit, die oft so formuliert wird: Eigentlich brauchen unsere Schulen Ruhe, warum also schon wieder Veränderungen? Das ist die eine Frage beziehungsweise Aussage. Die andere Aussage ist: Entscheidend sind doch nicht die Schulformen, entscheidend ist die Qualität der jeweiligen Schule.

Ich will mit dem zweiten Punkt beginnen und sagen, die Aussage ist grundsätzlich richtig. Ohne Zweifel steht und fällt die Qualität eines jeden Bildungsangebotes mit seinen Rahmenbedingungen. Deshalb will ich auch gerne, bevor ich über die Struktur rede, betonen: Selbstverständlich ist es richtig und gut, dass wir Schritt für Schritt in die Verbesserung der Qualität investieren. Das betrifft auch die Schulen in ihrer Ausstattung, ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Konjunkturpaket. Ich erinnere auch an Themen wie Klassengrößen, Klassenteiler, Schüler-Lehrer-Relation, wo wir selbstverständlich gemeinsam den Willen haben, gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung Verbesserungen herbeizuführen. Ich glaube, das wird niemand dem anderen absprechen. Die Frage ist nur, wie schnell dies geschehen kann angesichts der Haushaltsnöte. Wir reden selbstverständlich über ganz wichtige Fragen wie Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall, die organisatorisch zu ergreifen sind, indem - wie der Minister es schon angekündigt hat - in den Folgejahren auch frei werdende Lehrer dagegen eingesetzt werden.

Ich will weiter erinnern an die Erweiterung der Ganztagsangebote mit einer Verbesserung der pädagogischen Betreuung, mit besserer Personalisierung und so weiter. Das heißt im Klartext. Wir sind bei der Frage der Verbesserung der Qualität der Schulen in einem Prozess, der stattfindet und stattfinden muss unabhängig davon, wie die Struktur heute und wie sie morgen aussieht.

Dann stellt sich natürlich die Frage, warum dann Veränderungen stattfinden. Da sage ich ganz deutlich, es sind nicht Veränderungen im Sinne eines ideologisch völlig neuen Schaffens, sondern es sind Veränderungen, die eine Fortschreibung, eine Verbesserung, aber auch ein Reagieren auf Entwicklungen bedeuten. Mit die wichtigste und schwierigste ist die demografische Entwicklung. Ich darf eine Ist-Zahl in Erinnerung rufen. Zwischen 2010 und 2014 werden wir etwa 12.000 Schülerinnen und Schüler weniger in unseren Schulen haben. Wer die Medienberichterstattung der letzten Wochen verfolgt hat, konnte feststellen, wie dramatisch sich die Zahlen in den Schulformen zurückentwickeln, wie die Anmeldezahlen beispielsweise in unseren Erweiterten Realschulen sind. Wir wollen diese Schulen erhalten, sie sind uns lieb und wert. Aber die demografische Entwicklung verbunden mit veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fordert uns doch heraus, auch an den Strukturen etwas zu tun.

Deshalb, Kollege Commerçon, will ich eines in Erinnerung rufen. In den Verhandlungen ist heftig gestritten worden, wie schnell Standards verbessert werden müssen, wie schnell die Schüler-Lehrer-Relation verbessert werden muss. Keine Frage. Aber ich darf doch heute festhalten - ich glaube, das wird auch der Debatte gerecht -, an der Grundsatzfrage, dass wir mit Blick auf die demografische Entwicklung ein Zwei-Säulen-Modell unter Einbeziehung natürlich auch der beruflichen Schulen brauchen und wir uns dorthin entwickeln wollen, bestand doch dem Grunde nach kein Zweifel, es sei denn, ich hätte alle Verhandlungsrunden falsch verstanden.

Sie haben immer nur gesagt, dass Sie in diesem System die Dinge klarer, detaillierter definiert haben wollen. Dann darf ich daran erinnern, dass auch 1996 die Opposition einmal das Vertrauen hatte und sich auch damit zufrieden gegeben hat, dass die Grundsatzentscheidungen miteinander vereinbart worden sind. Wir sind uns doch bei der Ausgestaltung der Schule und natürlich der anderen Ziele, die Sie zu Recht reklamieren, einig gewesen und sagen nur, dass wir angesichts der Finanzlage nicht so schnell handeln können, wie es wünschenswert wäre. Lediglich in diesem Punkt sind wir auseinander gewesen.

Deshalb finde ich es traurig, wenn heute der Eindruck entstehen könnte, wir lägen fundamental und grundsätzlich auseinander. Es ist nicht so. Im Übri-

(Abg. Meiser (CDU))

gen zeigt die derzeitige Entwicklung in immerhin zehn Bundesländern, dass man überall erkannt hat, dass wir uns beim Schulsystem konzentrieren müssen und dass wir uns diese differenzierte Form der Schulen wie in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr leisten können. Das gilt nicht in dem Sinne, dass eingespart wird, sondern in dem Sinne, dass die steigenden Mittel auf gute Schulen konzentriert werden. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass wir uns dem geänderten Rahmen anpassen und dass wir sagen, wir wollen Kontinuität in der Schule. Wir wollen nicht Ideologie in den Vordergrund stellen, wir wollen uns aber in dieser Kontinuität weiterentwickeln unter der klaren Überschrift „Wahlfreiheit und Schulfrieden“.

Deshalb mache ich eine Äußerung in Richtung der einzelnen Verbände. Ich mache sie bewusst nicht kritisch. Es ist doch wohl klar, dass die Interessenvertreter der Erweiterten Realschule das reklamieren, was für sie die Erweiterte Realschule insgesamt ausmacht und was sie zur Gesamtschule abgrenzt. Genauso verhalten sich umgekehrt die Vertreter der Gesamtschule, der Philologenverband, die Vertreter jeder einzelnen Schulform. Aber, Herr Commerçon, wenn man es kritisch hinterfragt, ist es das Spiegelbild, das selbstverständlich in einer parlamentarischen Anhörung so zu erwarten ist.

(Sprechen bei der SPD.)

Es ist ein heterogenes Bild. Es ist eine klare Interessenwahrnehmung der einzelnen Verbände, was ich gut und richtig finde. Ich darf aber den SLLV erwähnen, der sagt, lasst uns dennoch dieser neuen Schulform eine Chance geben. Wir bringen uns kritisch ein. - Eine letzte Anmerkung. Wenn die Vertreter der Erweiterten Realschule den Verdacht äußern, es ist zu viel Gesamtschule in dem Paket drin, und wenn die Vertreter der Gesamtschule den Verdacht äußern, die Identität der Gesamtschule wird mit Blick auf die Erweiterte Realschule geopfert, dann habe ich den Eindruck, dass wir nicht ganz auf dem falschen Weg sind.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Genau das schlägt sich nieder in unserer Entscheidung für die Gemeinschaftsschule, wo wir gesagt haben: Differenzierung über ein Orientierungsmodell - natürlich im Rahmen der KMK-Beschlüsse - und große Freiheit für die Schulkonferenz mit Zwei-Drittel-Mehrheit, um dort schulstandortbezogen frei entscheiden zu können. Ich erinnere an die Fächer Deutsch, Mathematik und andere Kernfächer, in denen Differenzierung mehr oder weniger stattfinden kann und wo wir wesentlich mehr Mitbestimmung an die Eltern, Lehrer und Schüler geben. Herr Commerçon, ich halte das für einen guten Weg, dort nicht alles festzuschreiben, sondern mit diesem Rahmen zu starten.

Unter der Überschrift Wahlfreiheit kann uns doch niemand absprechen, dass wir Gymnasium mit G 8, Gemeinschaftsschule mit G 9, berufsbildende Schulen, Halbtags- und Ganztagschulen und freiwillige und gebundene Ganztagschulen haben und die Schullaufbahnberatung sehr stark für Elternentscheide öffnen. Natürlich gibt es eine entsprechende Beratung in den Grundschulen. Ich nenne das Stichwort Schulfrieden. Die Wahlfreiheit ist für mich Grundvoraussetzung für Schulfrieden, damit keine Lehrer, keine Schüler, keine Eltern mehr sagen müssen, uns wird aufoktroziert, dass ich in acht oder neun Jahren Abitur machen muss oder in dem oder dem Schulsystem groß werden muss. Deshalb finde ich es sehr gut, dass wir gesagt haben, wir beziehen auch die Träger ein - das will ich nicht vergessen -, wenn es um strukturelle Maßnahmen geht, weil immer der Verdacht geäußert wird, es sollten Schulen geschlossen werden. Ich denke, das können wir heute gelassen betrachten. Ob das so sein wird, wird die Zukunft zeigen. Daran werden wir uns messen lassen müssen. Deshalb will ich mich heute mit dem Thema gar nicht befassen, sondern sagen: Wiedervorlage in ein paar Jahren. Dann wird es die Bilanz zeigen.

Ich sage es noch einmal. Wir haben die Grundschule als gutes Fundament und wir haben sie - ich will es so formulieren - mit dem Kooperationsjahr erweitert und verbessert. Sie alle kennen die Rahmenbedingungen dafür. Ich will auch das fünfte Grundschuljahr nicht aussparen. Ich erinnere an das, was ich im Juli 2010 als Fraktionsvorsitzender deutlich von Anfang an gesagt habe: Was die SPD will - sechs Grundschuljahre -, kommt überhaupt nicht in Frage. Das sei am Rande bemerkt.

(Sprechen bei der SPD.)

Wir haben weiterhin gesagt, ein fünftes Grundschuljahr halten wir als CDU nicht unbedingt für den Stein der Weisen. Ich habe damals auch in aller Klarheit gesagt, es kommt mit mir nur in Frage, wenn es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in Politik, bei den Verbänden sowie bei Lehrern und Schülern findet. Schon vor diesem Hintergrund hat sich das Thema erledigt; insofern müssen wir darüber nicht länger diskutieren. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es aus unserer Sicht selbstverständlich nicht ein reines CDU-Konzept ist, sondern ein Konzept, das in der Koalition geeinigt ist, das aber den drei Partnern den Raum gelassen hat, ihre bildungspolitische Identität zu wahren und gleichzeitig das Wesen einer Koalition auszudrücken, indem ich dem Anspruch, alleine bestimmen zu können - was eben nicht mehr erfüllbar ist -, das Positive gegenüberstelle, nämlich den Kompromiss und damit breitere gesellschaftliche Akzeptanz.

Wenn wir Realschule und Gesamtschule aufeinander zu entwickeln, wie es der Minister genannt hat,

(Abg. Meiser (CDU))

wenn wir - was ich für wichtig halte - das zentrale Abitur für beide Schulformen beibehalten und damit Qualitätssicherung betreiben, wenn wir uns einig sind, dass berufliche Schulen, die heute schon 50 Prozent der Schüler mit Studienberechtigung hervorbringen, wenn wir ihren Stellenwert in der Schulregion auch mit den Oberstufen wahren und wenn wir - was mir sehr wichtig ist, das will ich betonen - zwar der Inklusion Rechnung tragen, uns aber ausdrücklich zum Bestand der Förderschulen bekennen,

(Beifall bei den Regierungsfraktionen)

weil es viele Kinder gibt, bei denen es im Sinne des Kindeswohles eine entscheidende Weichenstellung ist, dass sie in die richtige Schule kommen, dann sagen wir, das Kindeswohl soll entscheiden und nicht die Ideologie. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, wir schaffen mit dieser Verfassungsänderung sowie der Änderung der schulrechtlichen Vorschriften eine gute Basis, um unsere Bildungsziele zu erreichen, sowie eine gute Basis für breite gesellschaftliche Akzeptanz und für Wahlfreiheit und Schulfrieden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Meiser. - Das Wort hat nun der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird der vorgeschlagenen Verfassungsänderung und dem dazugehörigen Schulordnungsgesetz zustimmen. Ich will diese Haltung der Fraktion begründen. Wir hatten vor der Landtagswahl ebenfalls ein schulpolitisches Programm vorgestellt, das wir den Wählerinnen und Wählern zur Entscheidung vorgelegt hatten. In diesem Programm plädieren wir eindeutig für die Gemeinschaftsschule, natürlich nicht für die Gemeinschaftsschule so, wie sie jetzt organisiert werden wird, sondern für eine Gemeinschaftsschule, die sich am Vorbild der nordischen Länder orientiert. Dieses Vorbild ist deshalb für uns erstrebenswert gewesen, weil alle Untersuchungen gezeigt haben, dass eine Schulorganisation, die sich diesem Vorbild nähert, sehr gute Ergebnisse für die Schülerinnen und Schüler zur Folge hat.

Nun muss man natürlich wissen, dass, wenn man darüber zu entscheiden hat - ich bin zum dritten Mal in einer solchen Entscheidung, im Gegensatz zu jüngeren Kollegen, die vielleicht einige Schwierigkeiten haben, das richtig einzuordnen -, man hier eine Zwei-Drittel-Mehrheit braucht. Diese Zwei-Drittel-

Mehrheit ist nur zu haben, wenn man nicht den Anspruch hat, das eigene Konzept in vollem Umfang durchzusetzen, denn - ich sage das in aller mir zustehenden Bescheidenheit - bis die Partei DIE LINKE eine Zwei-Drittel-Mehrheit an der Saar erreicht hat, wird vermutlich noch einige Zeit vergehen.

(Heiterkeit.)

Also mussten wir uns mit dem traurigen Tatbestand abfinden, dass wir zum Erreichen einer Zwei-Drittel-Mehrheit auf Kompromisse angewiesen sein werden. So war das im Übrigen immer, wenn die Verfassung hier an der Saar geändert wurde. Ich möchte ein Beispiel nennen, das vielleicht etwas über die falsche Vorgehensweise oder die Fallstricke, die man sich selbst gelegt hat, aussagt. Es gab hier früher einmal die Konfessionsschule. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern. Als sie damals aus der Verfassung herausgenommen werden sollte, war die CDU nur dazu bereit, wenn es gleichzeitig Konfessionsklassen gegeben hätte. Die SPD-Führung wollte damals zustimmen, aber der jüngere Teil der SPD hat gesagt: Nein, das machen wir nicht mit. Irgendwann wird die CDU zustimmen müssen, dass es Gemeinschaftsschulen gibt - im damaligen Sinn -, und sie wird ihre Idee der Konfessionsklassen aufgeben. Es gab einen heftigen Streit. Die Jüngeren haben sich durchgesetzt. Nachher war es dann so, dass die CDU eingelenkt hat - das war ja auch sinnvoll -, und es gab, wenn man so will, eine wesentliche Änderung in der Verfassung. Was war das Entscheidende? Wir haben Wert auf die Struktur gelegt, auf die Gemeinschaftsschule als konfessionsübergreifende Schule, und nicht den Fehler gemacht zu sagen: Wichtig wäre uns jetzt ein bestimmter Klassenteiler. Ich komme darauf gleich zurück. Dann hätten wir nämlich das Entscheidende völlig übersehen.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Jetzt haben wir dieselbe Situation: Wir müssen eine Verfassungsänderung zustande bringen und Sie mit der Frage konfrontieren, ob sie eher dazu geeignet ist, das, was wir schulpolitisch für richtig halten, zu ermöglichen, als die gegenwärtige Verfassung. Hier kommen wir zu einem ganz klaren Ergebnis - und um dies zu erkennen, muss man eigentlich kein Geistesriese sein, Herr Kollege Commerçon -: Ein Schulsystem, das auf zwei Säulen gründet, ist eher dazu geeignet, unseren Vorstellungen zu entsprechen, als ein Schulsystem, das mehrere Säulen hat. So einfach ist das.

(Beifall bei der LINKEN. - Abg. Commerçon (SPD): Ihren Vorstellungen schon, aber unseren nicht.)

Wir werden also dieser Verfassungsänderung deshalb zustimmen, weil sie in ihrer Grundstruktur unseren Anliegen eher entspricht als die bestehende Ver-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

fassung. Und um auch das zu sagen: Ich habe auch von den Verbänden kein einziges nachvollziehbares Argument gehört, das diesen Ansatz widerlegt hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Jost (SPD).)

Sie können noch so viel lärmern, meine Herren von der SPD. Sehen Sie sich die Resonanz Ihrer Politik in der Bevölkerung an, und dann gehen Sie in sich! Ich sage Ihnen das aufgrund meiner bisherigen Erfahrungen.

(Zurufe der Abgeordneten Jost (SPD) und Commerçon (SPD).)

Der zweite Irrtum, dem man unterliegen kann, wenn man mit einer Regierungspartei oder einer Regierungsmehrheit die Verfassung ändert, ist der, zu glauben, man könne zusammen mit der Verfassungsänderung alle Details verbindlich regeln, die einem selbst richtig erscheinen. Das ist ein Grundirrtum. Ich hätte früher als Ministerpräsident einer solchen Vorgehensweise nicht zugestimmt; deshalb war ich vor solchen Grundirrtümern bewahrt. Natürlich würden wir, wenn wir ein Schulordnungsgesetz machen würden, ein anderes machen. Natürlich würden wir, wenn wir die innere Organisationsstruktur festlegen würden, eine andere festlegen. Aber auch hier muss ich wieder fragen: Ist das, was jetzt vorgesehen ist und was ein Kultusminister vorlegt, der - ich spreche es einmal an - hier an der Saar GEW-Vorsitzender war, besser als das, was bisher ist? Diese Frage habe ich zu beurteilen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es besser ist, weil die Auslese künftig nicht mehr in der bisherigen starken Form auftreten wird, da stärker differenziert wird. Deshalb stimmen wir der Verfassungsänderung zu.

(Beifall bei der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Der dritte Punkt ist für mich jetzt ganz entscheidend: Das Herumreiten auf dem Klassenteiler konnte ich und kann die große Mehrheit der Eltern nicht nachvollziehen, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren - das sage ich auch an die Adresse des Kultusministers -, wenn ich solche Überschriften sehe wie heute wieder, dann ist das sicherlich etwas, das jeder hier in diesem Haus zum Anlass nehmen müsste zu sagen: Wir müssen da irgendetwas tun; wir können es nicht so lassen. Nun kann man sich in der eigenen Kompetenz verheddern, aber irgendwann wirkt dies wie eine Karikatur, weil man das Wesentliche völlig übersieht. Und ich sage Ihnen: Meine Fraktion ist der Auffassung, dass der ständige Unterrichtsausfall hier an der Saar das Hauptproblem ist. Deshalb haben wir dort den Schwerpunkt gesetzt.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das, was wir mit dem Kultusminister vereinbart haben, reicht uns nicht aus - um dies in aller Klarheit zu sagen. Ich komme gleich noch auf die Zusammenhänge. Wir hätten natürlich gern eine deutlich bessere Personalausstattung. Und jetzt komme ich zu der Frage, wer eigentlich die Schuldenbremse kreiert und in die Verfassung geschrieben hat. Wenn sie in der Verfassung steht, hat sie natürlich gewisse Konsequenzen. Das ist leider nun einmal so. Deshalb hat meine Partei auf Bundes- und hier auf Landesebene nicht für eine Schuldenbremse plädiert, sondern für eine Steuersenkungsbremse. Das ist eine ganz andere Herangehensweise. Es sind jetzt schon wieder Boten unterwegs - da unterscheiden wir uns eben in den politischen Parteien -, die sagen, wir bräuchten weitere Steuersenkungen. Und sehen Sie, meine Damen und Herren: Als beispielsweise vor Jahren Schulpolitik gemacht wurde und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland noch Helmut Kohl hieß, gab es in den öffentlichen Kassen 100 Milliarden DM Mehreinnahmen. Dieses Geld ist nicht mehr da. Nun gibt es also weiterhin Menschen, die für Steuersenkungen plädieren. Das kann man alles vertreten. Wir halten diese Position für grundfalsch. Wer auf der einen Seite sagt, bei dieser Steuer- und Abgabenstruktur sei er für eine Schuldenbremse, muss doch auf der anderen Seite notwendigerweise eingestehen, dass er das Personal in den Schulen bei Weitem nicht in dem Maß vorhalten kann, wie es vom pädagogischen Standpunkt aus wünschenswert wäre. Ich kann nichts dafür, dass dieser Irrtum begangen worden ist. Ich will es hier nur einmal sagen: Die Schuldenbremse führt zu gewissen Konsequenzen. Man kann sie für richtig halten, aber dann muss man sie auch mittragen.

Unser Hauptanliegen ist, dass die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler verbessert wird. Auch dies ist bei einem stärker gegliederten Schulsystem weniger möglich als bei einem System, das zumindest organisatorisch etwas Spielraum bietet. Und auch bei Folgendem muss man kein Geistesriese sein. Wenn man eine Zwei-Säulen-Struktur hat -

(Zurufe der Abgeordneten Jost (SPD) und Commerçon (SPD).)

Ich wundere mich, dass sich immer zwei bestimmte Abgeordnete dieses Hauses angesprochen fühlen. Ich meinte sie eigentlich gar nicht so sehr.

(Heiterkeit. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Also: Man muss kein Geistesriese sein, um zu erkennen, dass bei zwei Säulen Schulschließungen eher vermeidbar sind als bei einem breiter gegliederten Schulsystem. Zumindest dies müsste doch nachvollziehbar sein. Wir werden auf jeden Fall eine größere Wahrscheinlichkeit haben, Schulen nicht zu

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

schließen, als wir sie hätten, wenn das bisherige System beibehalten würde. So einfach ist die Rechnung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und bei den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Nun habe ich mir folgende Denksportaufgabe gestellt: Bei welcher Verfassung könnte eine Regierung, die eher links stünde, ihre Schulpolitik eher umsetzen, bei der Verfassung, die wir gegenwärtig haben, oder bei der Verfassung, die wir jetzt beschließen wollen? Da bin ich zu folgendem Ergebnis gekommen: Es könnte sein, dass die neue Verfassung das, was eine linke Schulpolitik will, eher ermöglicht als die alte Verfassung. Deswegen verstehe ich es auch, dass beispielsweise der Philologenverband nach wie vor die Schulpolitik, für die ich hier stehe, kritisiert. Das war in diesem Land immer so, und es hat doch immerhin noch einen gewissen Reiz, wenn der Philologenverband uns bescheinigt, wir hätten Müller auf rote Krücken gebracht. Da Sie Humor haben, müssten Sie uns doch zugestehen, dass wir hier etwas zustande gebracht haben.

(Beifall bei der LINKEN.)

Kollege Commerçon, Sie hatten in Ihren Ausführungen einen etwas falschen Tonfall. Sie haben gesagt, die LINKE sei eingekauft worden. Das reizt mich natürlich.

(Abg. Commerçon (SPD): Das stimmt nicht. Das nehme ich zurück.)

Gut. Ich wollte Ihnen nämlich nur sagen, Herr Kollege Commerçon:

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD))

Ehe man die LINKE einkauft, haben wir andere längst in die Tasche gesteckt. Merken Sie sich das!

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN.)

Ich komme zum Schluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre kein vernünftiges Vorgehen, wenn wir einen Kompromiss ablehnten, der uns die Möglichkeit gibt, unsere schulpolitischen Vorstellungen in Teilen zu verwirklichen. Da die Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler im Vordergrund stehen muss und wir bei der Vermeidung von Unterrichtsausfall zumindest Teilerfolge erreicht haben - das war unser wichtigstes Anliegen, dem auch die meisten Eltern hier an der Saar beipflichten -, stimmen wir dieser Verfassungsänderung zu.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Lafontaine. - Das Wort hat nun der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christian Schmitt.

Abg. Schmitt (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lafontaine, Sie haben wirklich etwas gemacht, das man in diesem Haus selten erlebt: Sie haben logisch aufgebaut und erklärt, warum die Schulstrukturreform sinnvoll ist. Dafür war ich sogar geneigt zweimal zu klatschen.

(Lachen und Zurufe.)

Also werten Sie das einmal als Erfolg!

(Beifall bei der FDP. - Abg. Linsler (DIE LINKE): Man lernt immer dazu.)

Aber an einer Stelle muss ich die Legendenbildung aufhalten. Bei der konzessionsübergreifenden Schule hat die FDP maßgeblich mitgewirkt. 1965 wurden die hohen Hürden abgebaut. Die FDP hat damals angedroht, die Koalition zu wechseln. 1970 vor der Landtagswahl war es ähnlich. Damals wurde die große Veränderung vorgenommen. Ich wollte also erwähnt haben, dass auch die FDP großen Anteil hat.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Nun zur Gegenwart. Jeder von uns wird gleich die Hand heben und abstimmen. Wir werden über eine zukünftige Schullandschaft abstimmen, die sich verbessern wird. Wir werden darüber abstimmen, ob wir mehr Chancengleichheit im System haben und ob jeder Schüler und jede Schülerin der individuellen Lebensplanung besser folgen kann. Wir werden ebenfalls darüber abstimmen, ob sie durch größere Wahlfreiheit das für sie individuelle Bildungsangebot wohnortnah nutzen können. Darüber entscheiden wir heute mit einem Ja zur Gemeinschaftsschule. Ein Ja zur Gemeinschaftsschule ist ein Ja zu einer gerechteren und besseren Bildungslandschaft an der Saar. Eine gerechtere und bessere Bildungslandschaft ist Ziel liberaler Bildungspolitik. Liberale Bildungspolitik bedeutet hohe Qualität, wohnortnahe Schulen, individuelle Angebote, die Möglichkeit auf eine immer neue Chance und die Freiheit der Lehrer, Eltern und Schüler in der Schule und bei der Wahl ihrer Schule. Liberale Bildungspolitik ist wie ein Maßanzug, der passt. Was passen muss, ist vor allen Dingen die Qualität. Neben der Bekämpfung des krankheitsbedingten Unterrichtsausfalls stocken wir das Lehrpersonal an sogenannten Brennpunktschulen auf.

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule werden wir auch die Klassen verkleinern. Weniger Schüler pro Lehrer bedeutet mehr Zeit für den Einzelnen. Kurz: Weniger ist mehr, nämlich mehr Förderung

(Abg. Schmitt (FDP))

des Einzelnen. Die Forderung nach kleineren Klassen können wir mit der Gemeinschaftsschule umsetzen und zahlen dies aus der demografischen Rendite, also aus den aufgrund des Rückgangs an Schülerinnen und Schülern frei werdenden Lehrerstellen. Darauf legen wir Liberale besonderen Wert. Wir legen keinen Wert darauf, Bildungsausgaben zu reduzieren. Wir legen Wert darauf, dass wir bei der Systemumstellung keine Mehrausgaben bekommen und insgesamt die demografische Rendite im System bleibt. Neben einer guten Ausbildung unserer Kinder haben wir nämlich auch die Verpflichtung, den Staat zukünftig handlungsfähig zu hinterlassen. Wir wollen also die Zahl der Schulstandorte ausdrücklich nicht verringern. Deshalb ist die Einführung der Gemeinschaftsschule so wichtig.

Durch die veränderten Schülerströme, den Wegfall des bisherigen Zügigkeitskriteriums und durch Kooperationen können wir einer dramatischen demografischen Entwicklung entgegenwirken und ein breites Bildungsangebot wohnortnah erhalten. Lange Schulwege bedeuten Zeitverlust. Dem wirken wir mit der Gemeinschaftsschule entgegen. Die Gemeinschaftsschule sichert Schulstandorte. Die demografische Entwicklung wird mit voller Härte zu schlagen. Bis zum Jahr 2020 werden wir 23.000 Schüler weniger haben. Das sind mehr Schüler, als die Stadt Blieskastel Einwohner hat. Dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen. Profitieren werden am Ende die Schüler. Wenn sie profitieren, profitiert das ganze Land, denn eine qualitativ hochwertige Bildungslandschaft ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Eine qualitativ hochwertige Bildungslandschaft steigert die Attraktivität des Saarlandes für diejenigen, die hier leben und die wir dringend hier behalten möchten, aber auch für diejenigen, die hierher ziehen und die wir in diesem Land auch dringend benötigen. Eine qualitativ hochwertige Bildungslandschaft sichert unsere Zukunftsfähigkeit.

Zu einer breiten Bildungslandschaft gehören neben der Gemeinschaftsschule die Förderschulen und auch das verfassungsrechtlich abgesicherte Gymnasium. Schüler und Eltern sollen die Wahlfreiheit haben. Das bedeutet, sich nicht in ein starres Bildungskonzept einzufügen, sondern die Freiheit, in einem vielfältigen Bildungssystem wählen zu können - zwischen Beruflicher Schule, Gemeinschaftsschule, Förderschule, Gymnasium, Grundschule. Sie haben die volle Auswahl. Wir haben trotz zurückgehender Schülerzahlen eine breite Bildungslandschaft. Deshalb ist die Gemeinschaftsschule an dieser Stelle richtig.

Die Gemeinschaftsschule schafft aber über bloße Abschlüsse hinaus mehr Wahlfreiheit - nämlich die Wahlfreiheit, das Profil einer Schule zu stärken. So entscheidet die Schule vor Ort über ihre Fachleistungsdifferenzierung oder ihre Schwerpunkte. Am

Ende wird es nicht nur eine Art der Gemeinschaftsschule geben, sondern es wird im ganzen Land verstreut verschiedene Arten der Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule geben. Lehrer, Eltern und Schüler erhalten mehr Freiheit, denn sie wissen, was am besten für ihre Schule vor Ort ist. Wir Liberale wollen eine starke Schule vor Ort, starke Schüler, kurz: einen starken Bildungsstandort Saarland. Deshalb stimmen wir heute mit Ja. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Schmitt. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Claudia Willger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Willger (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns an dieser Stelle schon sehr oft darüber unterhalten, dass Bildung eine ganz entscheidende Frage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist. Von daher ist der heutige Tag, an dem wir diese Verfassungsänderung zusammen mit dem neuen Schulordnungsgesetz diskutieren, ein besonders wichtiger und bedeutender Tag für den saarländischen Landtag. Wir haben es in diesem Land mit der Besonderheit zu tun, dass wir die Schulformen in der Verfassung haben. Das ist bereits mehrfach erwähnt worden. Das macht aber auch einen Teil eines Problems aus, nämlich der Frage, wie wir unsere Schulformen gestalten und wie wir sie so gestalten, dass sie den zukünftigen Herausforderungen gerecht werden. Die demografischen Veränderungen sind bereits angesprochen worden. Es gilt, sie wahrzunehmen und entsprechend zu handeln. Es ist aber auch so, dass sich die Bedarfe in der Gesellschaft verändern und es eine starke Änderung des Schulwahlverhaltens der Eltern gibt. Darauf wollen wir reagieren und die Wahlfreiheit stärken.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Dies sind ganz besondere Herausforderungen, denen wir uns stellen. Nur wenn es gelingt, ein umfassendes, wohnortnahes und qualifiziertes Schulangebot bereitzustellen, können wir dauerhaften Schulfrieden erreichen. Dieser dauerhafte Schulfriede ist eine wichtige und wesentliche Voraussetzung, damit Bildung dort ankommt, wo wir sie haben wollen, und damit wir gemeinsam ein leistungsfähiges und modernes Schulsystem etablieren können.

Die Verfassungsänderung und das Gesetz knüpfen an die bisherigen Erfolge an, die wir gemeinsam in der Bildungspolitik erreicht haben und die ganz wesentlich für mehr Chancengerechtigkeit sind. Bildungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sind unser oberstes Ziel. Wir wollen uns für mehr indivi-

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))

duelles Lernen und für mehr Durchlässigkeit im System einsetzen. Wir wollen eine wirkliche Alternative zu G 8 miteinander vereinbaren. In der Begründung ist vonseiten der Regierung und des Ministeriums dargelegt worden, dass es ganz wesentliche Kerne und Elemente dieser beiden Säulen gibt, die in der Verfassung verankert sein werden. Diese Punkte werden die Säulen auch ausmachen. Ich bin davon überzeugt, dass es ein leistungsfähiges System sein wird und die Akzeptanz erfahren wird, die wir dringend brauchen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Über diese beiden Säulen wurde lange diskutiert. Man hat auch über die Ausgestaltung diskutiert. Das Eckpunktepapier hat sich mehrfach verändert. Jetzt haben wir eine zuverlässige Grundlage für die notwendige Schulentwicklungsplanung, die wir gemeinsam mit den Trägern, den Schulen, den Lehrerinnen und Lehrern, die die pädagogische Fachlichkeit einbringen, sowie mit den Eltern gestaltet haben. Das ist eine ganz große Chance für uns, die Schule, die wohnortnahe Schule und die Standorte zu sichern, sie demografiefest zu machen.

Von daher ist dieser Tag heute, an dem dieses Zukunftsmodell vorgestellt wird, ein ganz besonderer Tag. Mit diesem Modell werden wir der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gerecht. Wir sichern eine dauerhafte Neugestaltung. Pädagogische Herausforderungen werden angenommen und ernst genommen. Wir sichern damit auch weiterhin allen Schulen möglichst gute Rahmenbedingungen.

Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass wir mit diesem Modell Gemeinschaftsschule, das vor allem ja von unserer Seite her gewünscht ist, auf gar keinen Fall eine Schulform zweiter Klasse etablieren wollen. Von daher sind diese Unterstellungen seitens der SPD auf das Schärfste zurückzuweisen. Gerade uns kommt es darauf an, eine Gleichwertigkeit herzustellen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben in den verschiedenen Gesprächen mit der Opposition ein Höchstmaß an Transparenz gewährleistet. Wir haben uns um Gemeinsamkeiten bei dem Differenzierungsmodell bemüht, um Gemeinsamkeiten bei der Gestaltung der Oberstufe, der Gestaltung der Inklusion oder auch anderer Fragen. Leider haben wir feststellen müssen, dass die SPD am Schulfrieden, der eine wichtige Voraussetzung ist, nicht interessiert ist, dass sie mit abenteuerlichen Unterstellungen arbeitet. Das ist sehr bedauerlich.

Die SPD hat sich offensichtlich dauerhaft im Jammerthal eingerichtet. Von dort aus versucht sie Panikmache und lautstarke Stimmungsmache. Wir können das nicht mehr ernst nehmen, denn die Musik

spielt woanders. Von daher macht es keinen Sinn, sich mit dieser Partei auseinanderzusetzen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr. Ich freue mich deshalb, dass wir heute eine wichtige Entscheidung auf den Weg bringen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Willger. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Gisela Rink von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Rink (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen ein modernes, leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem. Dies ist unser bildungspolitisches Ziel. Ich vermute auch, dass dies das Ziel aller Parteien im saarländischen Landtag ist. Von daher hätte ich mir gewünscht, dass wir heute die Debatte konsensual führen könnten, auch wenn es den einen oder anderen Unterschied gibt.

Herr Kollege Commerçon, es hat mich schon gewundert, dass Sie es so dargestellt haben, als wäre schulstrukturmäßig alles in bester Ordnung, als wären gar keine Veränderungen notwendig. Das Einzige, was wir im Lande bräuchten, wären kleinere Klassen. So sehe ich es nicht. Vielmehr stehen wir vor besonderen Herausforderungen - es wurde heute schon angesprochen - angesichts der demografischen Entwicklung, aber auch angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen. Diesen Herausforderungen stellen wir uns. Deshalb führen wir heute diese Debatte. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass dies im Konsens geschehen wäre; leider ist es nicht so.

(Beifall bei den Oppositionsfractionen.)

Wir wissen alle, wie wichtig Bildung ist, wir wissen, dass jedes Kind eine umfassende Bildung braucht; hiervon hängt die Zukunft unseres Landes ab. Wir wollen allen saarländischen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die besten Chancen geben, einen möglichst qualitätsvollen Schulabschluss gemäß ihren Fähigkeiten zu erwerben. Um dieses Ziel zu erreichen - wir haben es mehrmals angesprochen -, wollen wir das Zwei-Säulen-System einführen. Ich kann mich daran erinnern, dass ich in der vergangenen Legislaturperiode mit dem damaligen bildungspolitischen Sprecher Reiner Braun sehr häufig darum gerungen habe, welche Veränderungen wir durchführen sollten. Ein Zwei-Säulen-Modell war damals auch bei der SPD sehr gut angekommen. Ich stelle fest, heute ist das nicht mehr so.

Unser Zwei-Säulen-Modell soll das grundständige Gymnasium und die Gemeinschaftsschule beinhalten. Beide Schulformen ermöglichen alle Abschlüsse

(Abg. Rink (CDU))

bis zur allgemeinen Hochschulreife, wobei das Abitur am Gymnasium nach zwölf Schulbesuchsjahren als G 8 erfolgen wird und an der Gemeinschaftsschule nach dreizehn Schulbesuchsjahren als G 9. Genau um diese Wahlmöglichkeit haben wir häufig gerungen. Wir haben schon zu Zeiten der CDU-Regierung einiges auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die Kooperationen, an die Oberstufenverbünde, die weiterhin erhalten bleiben, wenn sie sich bewährt haben. Und viele haben sich bewährt. Wir werden dies auf dem Weg weiter einbringen und nach guten Möglichkeiten suchen.

Einen weiteren Punkt, den ich ansprechen möchte und der ganz wichtig ist: Beide Schulformen werden in der Verfassung verankert und somit - das erwähne ich ausdrücklich - langfristig gesichert. Andere Bundesländer haben keine verfassungsrechtlichen Festschreibungen, aber wir halten es für wichtig und richtig, den langfristigen Schulfrieden zu sichern und sich danach auf die inhaltliche Ausgestaltung beziehungsweise eine weitere Verbesserung der inhaltlichen Ausgestaltung zu konzentrieren.

Wir stehen mit dieser Meinung zur verfassungsrechtlichen Absicherung des Zwei-Säulen-Systems nicht alleine da, Herr Kollege Commerçon. Es wäre schön gewesen, wenn Sie sich die Berliner Erklärung der Bundesdirektorenkonferenz der Gymnasien angeschaut hätten. Genau dort, in dieser Berliner Erklärung, finden Sie ebenso diese beiden Punkte: verfassungsrechtliche Absicherung der Schulformen und ein Zwei-Säulen-System, eine Säule G 8 und eine weitere Säule, indem die Möglichkeit eingeräumt wird, das Abitur in neun Jahren zu erreichen. Von daher stimmt es nicht, was Sie gesagt haben, dass wir alleine dastehen. Die Berliner Erklärung aus dem Frühjahr 2011 legt ganz genau dar, dass es viele gibt, die mit uns gemeinsam auf diesem Weg sind. Die Veränderungen in anderen Bundesländern zeigen dies ebenso.

Im Jahr 1996 hatten wir genau am 27.03. einen Bildungskompromiss. Dort haben wir gemeinsam mit der SPD eine Zusatzerklärung abgegeben, die auch nicht aufgehoben wird. In dieser Zusatzerklärung wird ausdrücklich darauf hingewiesen: Zum Wesen des grundständigen Gymnasiums gehört, dass es, auf vier Grundschuljahren aufbauend, mit Klassenstufe 5 beginnt, dass es eine vertiefte allgemeine Bildung vermittelt und dass der Unterricht mindestens bis einschließlich Klassenstufe 10 im Klassenverband stattfindet und zur allgemeinen Hochschulreife führt. Außerdem gehört es zum Wesen des grundständigen Gymnasiums, dass jedes Gymnasium, das eine eigene Sekundarstufe I hat, seine eigene Oberstufe hat. Dies ist festgelegt in dem Kompromiss 1996. Diese Zusatzerklärung hat auch weiterhin Bestand.

Die zweite Säule, wie gesagt die Gemeinschaftsschule, enthält Elemente der ERS und Elemente der Gesamtschule. Und ich finde es gut, dass weder die Gesamtschule uns den großen Applaus gibt noch die ERS, denn ein Kompromiss beinhaltet immer, dass man beiden Seiten gerecht werden soll. Wenn wir nicht auf beiden Seiten Applaus kriegen, sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt erwähnen. Wir wollten - da waren wir uns in diesem Haus oft einig - mehr Selbstständigkeit für die Schulen. Gerade mit dem Modell der Gemeinschaftsschule wird den Schulen ein hohes Maß an Selbstständigkeit gegeben. Sie erhalten einen breiten Gestaltungsraum, der es ihnen ermöglicht, eigene pädagogische Konzepte zu entwickeln und ihr Profil auf die jeweilige besondere Situation auszurichten. Wir wissen doch heute schon, dass aufgrund der demografischen Entwicklung an einer erweiterten Realschule die Unterrichtsgestaltung gar nicht mehr nach dem üblichen Modell der Realschule erfolgen kann, sondern dass man auch dort neue Möglichkeiten finden muss. Dieser breite Gestaltungsraum, mit den unterschiedlichen Differenzierungsmöglichkeiten, ist der richtige Weg, die Schulen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Denn vor Ort wissen die Praktiker am besten, wie sich eine gute Schule gestalten lässt. Hauptziel ist die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Der Unterricht findet an der Gemeinschaftsschule im Klassenverband und in Kursgruppen statt. Die Schulkonferenz kann darüber entscheiden wie die Differenzierung - gemäß dem vorgegebenen Rahmen - erfolgt. Ich empfehle Ihnen, einen Blick in die Leistungsdifferenzierungstafel zu werfen, die den Eckpunkten hinzugefügt ist und wirklich sehr viele Variationsmöglichkeiten zulässt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen. Die zentralen Abschlussprüfungen bleiben erhalten. Auch das ist ein wichtiger Punkt, wenn gesagt wird, wir brauchen qualitativ gute Schulen beziehungsweise wenn wir über die Qualität streiten. Wir werden die Abschlussprüfungen erhalten und wir werden Oberstufenverbünde fortführen - insbesondere dort, wo sie sich bewährt haben. Wir wollen Schulformen schaffen, die zukunftsorientiert sind und die unseren Kindern die Möglichkeit geben, dass sie individuell gefördert werden. Das heißt, wir wollen die Schwachen stärken, ohne die Starken zu schwächen. Ich kann Sie nur auffordern zuzustimmen. Nutzen Sie diese Chance, unsere Bildungslandschaft zukunfts-fähig zu gestalten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun der Minister für Bildung, Klaus Kessler.

Minister Kessler:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es abschließend kurz machen. Es zeichnet sich ab, dass eine Zwei-Drittel-Mehrheit in dieser entscheidenden Frage zustande kommen wird und dass die Fraktion, die sich einer Zustimmung an dieser Stelle verweigert, die Realität der Entwicklung der Schulformdiskussion in anderen Bundesländern bislang noch nicht wahrgenommen hat. Die SPD-Fraktion ist an dieser Stelle, im Vergleich zur Bewegung und Entwicklung der SPD in anderen Bundesländern, weit - um nicht zu sagen: sehr weit - zurückgeblieben. Ich nehme wahr, dass die Diskussion über ein Zwei-Säulen-Modell, namentlich über eine Schulform Gemeinschaftsschule, in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen geführt wird. Dort nimmt die Diskussion, ein Zwei-Säulen Modell einzurichten, Geschwindigkeit auf. An dieser Diskussion ist die SPD dort, wo sie mitregiert, auch aktiv beteiligt. Ich nehme wahr, dass die SPD in Baden-Württemberg in ihrem Wahlprogramm bei den bevorstehenden Wahlen vehement die Einführung der Gemeinschaftsschule fordert. Das ist bei der SPD im Saarland vielleicht noch nicht angekommen. Ich habe auch wahrgenommen, dass die SPD in der Vorstufe ihres aktuellen Wahlprogramms - da gab es eine Vorfassung - das Zwei-Wege-Modell stehen hatte, sich jetzt aber aus Gründen, die nachvollziehbar sind, wenn man Fundamentalopposition betreibt, von diesem Modell wieder verabschiedet. Nachvollziehbar ist das aber nur, wenn man einen Gesichtspunkt vertritt, der darauf hinausläuft, Fundamentalopposition zu betreiben, um sich jedweder konstruktiver Beteiligung zu verschließen. Sonst wäre man aus diesen Verhandlungsgesprächen nicht vor dem 23. Februar ausgestiegen, sondern hätte versucht, im Sinne der SPD-Programmatik, die ich ja kenne, noch etwas für die SPD herauszuholen. Das haben Sie aber nicht getan.

Stattdessen unterstellen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass wir mit unserem Modell die Gesamtschulen demontieren wollen. Dazu muss ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Wer hat denn in der Vergangenheit - ich bin ja schon länger dabei - die Gesamtschulen sukzessive abgebaut? Wer hat denn in der Vergangenheit die Gesamtschulen demontiert? Wer hat denn in der Vergangenheit an den Gesamtschulen - da schaue ich jetzt Sie an, Herr Commerçon - die Stundenzahlen gekürzt und die Lehrerarbeitszeit erhöht? In der letzten Legislaturperiode, in der in diesem Land noch die SPD regiert hat, hat es keine einzige neue zusätzliche Gesamt-

schule gegeben. Da muss man doch einmal fairerweise sagen, dass die letzte Gesamtschulgründung in diesem Land durch die CDU erfolgt ist. Das war die Gesamtschule Ludwigspark. Um auf Ihre Eingangsäußerung einzugehen: An dieser Stelle geht es natürlich auch um die Glaubwürdigkeit. Die tausend Lehrerstellen, die damals abgebaut wurden, erwähne ich gar nicht mehr.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte noch einen Punkt deutlich machen. Ihre Ausgangsthese war ja, dass Sie die Glaubwürdigkeitspartei sind und dass die anderen das nicht sind. Bezogen auf das Argument Klassengröße möchte ich dazu Folgendes klarstellen. Ausgangspunkt der Diskussion in diesem Land waren die durchschnittlichen Klassengrößen der bestehenden Schulformen. Die durchschnittliche Klassengröße an den Erweiterten Realschulen beträgt - auf das Land bezogen - 21,4 Schülerinnen und Schüler, an den Gesamtschulen sind es 26,7 und an den Gymnasien 26,1. Die Ausgangsdiskussion war die Frage, wie wir die Klassengrößen auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung einer neuen Schulform, nämlich der Gemeinschaftsschule, verbessern können. Wir haben vorgeschlagen, landesweit einheitlich eine Klassengröße von durchschnittlich 26 einzuführen, was durchaus auch schon eine Verbesserung gewesen wäre. Die SPD und auch andere haben gesagt, es nützt uns nichts, wenn beispielsweise im Norden des Landes große Klassen existieren und im Süden kleine Klassen, das verbessert die Situation im Norden des Landes - oder umgekehrt - überhaupt nicht.

Daraufhin haben wir uns bewegt - ich spreche von unseren Verhandlungsrunden, meine Damen und Herren - und gesagt, wir verlassen die durchschnittliche landesweite Klassengröße und bieten an eine Klassengröße pro Standort Gemeinschaftsschule und pro Standort Gymnasium von durchschnittlich 26. Dabei haben wir das Gymnasium ganz bewusst mit einbezogen. Wir haben noch hinzugefügt, dass wir bereit gewesen wären, dies sogar gesetzlich zu verankern. Das wäre eine erhebliche Verbesserung der Klassengrößen in diesem Lande gewesen. Die SPD hat dies abgelehnt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Und da sich die SPD an dieser Stelle vor dem 23. Februar von den Verhandlungen verabschiedet hat, machen wir das jetzt so, wie wir es für richtig halten. Wir werden die Klassen dieser Größenordnung annähern und verkleinern. Wir benötigen Ihre Belehrungen nicht mehr, denn an dieser Stelle werden Sie sehr, sehr unglaublich. Ich habe mir einmal die Diskussion in der SPD über Klassengrößen aus dem letzten Jahr angesehen und nachgeschaut, welche Zahlen Sie da ins Spiel gebracht haben. Im Wahl-

(Minister Kessler)

programm der SPD steht wörtlich drin: Wir fordern 27 pro Klasse in weiterführenden Schulen als einen ersten Schritt. Das steht in Ihrem Wahlprogramm.

(Abg. Commerçon (SPD): Aber keine einzige Klasse über 27.)

Darüber hinaus haben Sie im Verhandlungspapier - nachzulesen mit Datum vom 30.11.2010 - das getan, was Sie uns vorgeworfen haben. Sie haben darin eine durchschnittliche Klassengröße pro Standort gefordert. Sie haben für die Klassenstufen 5 und 6 eine durchschnittliche Klassengröße pro Standort von 23 gefordert, für die Klassenstufen 7 bis 10 durchschnittlich pro Standort 25 und für die Gymnasien durchschnittlich pro Standort 27. Ich lehne es ab, diese Unterscheidung zu machen. Die Gymnasien brauchen keine schlechteren durchschnittlichen Größen wie die anderen. Wir haben gesagt, 26 im Durchschnitt für alle und das haben Sie abgelehnt.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Commerçon zu?

Minister Kessler:

Ja, bitte!

Abg. Commerçon (SPD) mit einer Zwischenbemerkung:

Ich möchte eine Zwischenbemerkung machen.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Zwischenbemerkungen sind aber nicht zugelassen!)

Nein, nein, in der Geschäftsordnung steht nichts von einer „Zwischenfrage“, es gibt aber die „Zwischenbemerkung“.

(Weitere Zurufe.)

Und Sie halten sich an gar keine Ordnung, Herr Kollege Ulrich!

(Amüsierte Zurufe. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Nerven behalten!)

Herr Kollege Kessler, ich möchte das richtigstellen. Im Regierungsprogramm der SPD steht: Wir werden den Klassenteiler - den Klassenteiler! - auf 25 in Grund- und in einem ersten Schritt auf 27 in den weiterführenden Schulen absenken.

„Den Klassenteiler“! Dass Sie den Unterschied zwischen Durchschnitt an einem Schulstandort und Klassenteiler nicht kennen, spricht nicht unbedingt für Sie! Wir haben ausdrücklich - ausdrücklich! - in den Verhandlungen mit den Koalitionsfraktionen gefragt, in der letzten Verhandlungsrunde: Sind Sie denn bereit, von dem derzeitigen Klassenteiler von 29 runterzugehen? - Daraufhin haben Sie gesagt:

Nein, es bleibt bei 29 als Klassenteiler. - Dann habe ich noch gefragt: Ist das Ihr letztes Wort? - Da haben Sie gesagt: Ja, das ist mein letztes Wort.

Wenn Sie uns einen Klassenteiler angeboten hätten, hätten wir darüber gesprochen. Sie haben uns keinen Klassenteiler angeboten. Sie haben uns an dieser Stelle lediglich Durchschnittszahlen angeboten. Und verkaufen Sie doch die Leute draußen nicht für dumm - -

Vizepräsidentin Ries:

Herr Commerçon, ich bitte Sie wirklich, eine Zwischenbemerkung zu machen, die einer Frage ähnelt.

Abg. Commerçon (SPD):

Ich bin am Ende der Bemerkung angelangt. - Verkaufen Sie die Leute nicht für dumm! Die können zwischen Klassenteiler und Durchschnittsgröße unterscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD. - Zurufe von den Koalitionsfraktionen: Und die Frage? - Abg. Commerçon (SPD): Guckt mal in die Geschäftsordnung!)

Minister Kessler:

Da Sie nun, Herr Commerçon, mit Ihrer Zwischenbemerkung fast so lange geredet haben wie ich mit meiner Vorbemerkung, um Ihren Zickzackkurs in der Klassengröße zu erklären,

(Abg. Commerçon (SPD): Nein, das ist kein Zickzackkurs! Sie verstehen es nicht!)

bedanke ich mich ausdrücklich. Ich weise darauf hin, dass Sie im Verhandlungspapier, in den Verhandlungsrunden, die wir gemeinsam in relativ sachlicher Atmosphäre geführt haben, selbst durchschnittliche Klassengrößen vorgeschlagen haben. Das ist nachzulesen in Ihrem Papier vom 30.11.2010.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen. - Abg. Commerçon (SPD): Sie lügen!)

Ich bleibe dabei: Wer in die kontroverse Diskussion einsteigt, wie sich das ja in der parlamentarischen Gepflogenheit gehört, dabei aber als erstes Wort das Wort „Glaubwürdigkeit“ auf den Lippen hat, muss sich daran auch messen lassen.

(Abg. Commerçon (SPD): Daran lassen wir uns gerne messen!)

Das habe ich klarzustellen versucht.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Ich habe gesagt, dass ich mich kurzfassen möchte. Daran halte ich fest und fasse daher nun die Vorteile unseres Systems zusammen, des Systems, auf das wir uns verständigt haben. Ich danke ausdrücklich

(Minister Kessler)

auch der Linksfraktion dafür, dass sie die Vorteile erkannt hat. Die wesentlichen Vorteile lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

Erstens. Wir haben eine größere Übersichtlichkeit und eine bessere Gliederung des Systems. Wenn man von einer Drei- beziehungsweise Viergliedrigkeit auf eine Zweigliedrigkeit umstellt, entsteht mehr Gerechtigkeit im System. Das ist nun besser strukturiert als zuvor.

Zweitens. Wir schaffen die Konkurrenz zwischen der Erweiterten Realschule und der Gesamtschule ab. Diese Konkurrenz ist kräftezehrend und verhindert das, was wir wirklich brauchen, nämlich die Bündelung der pädagogischen Kompetenzen in diesem Land.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Drittens. Wir richten mit der Gemeinschaftsschule eine neue Schulform ein, die die Bildungslaufbahn lange offenhält. Das bedeutet, dass in dieser Schulform ein längeres gemeinsames Lernen, wie es auch die SPD zumindest verbal stets gefordert hat, möglich ist. Dabei besteht gleichzeitig die Möglichkeit, durch die Schulkonferenz das Differenzierungsmodell ein Stück weit selbst mitzubestimmen.

Viertens. Das schafft der Schule ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Profilgebungsmöglichkeiten. Das will jeder in der Bildungsdiskussion. Jeder weiß doch: Wenn die Schulen das Modell, das sie umsetzen sollen, stärker selbst mitbestimmen können, entsteht ein Identifikationsmoment, über Identifikationsmomente entsteht Motivation, und über Motivation entsteht Leistung.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Fünftens. Wir schaffen eine auch angesichts der demografischen Entwicklung vernünftige Perspektive auch für kleinere Schulstandorte. Wir sind uns ja in diesem Hause einig, dass wir möglichst viele auch der kleineren Schulstandorte erhalten möchten. Dazu wird das Schulordnungsgesetz geändert. Die Reihenfolge ist, wie ich angekündigt habe, so, dass zunächst die Verfassung geändert wird, danach das Schulordnungsgesetz. Andersherum wäre es eigentlich auch unlogisch.

Sechstens. Wir verbessern die Qualität in der Gemeinschaftsschule, indem wir eine neue Stundentafel einführen werden. Sie wird das Mehrsprachenprinzip, das Fremdsprachenkonzept, umzusetzen haben. Dafür braucht man auch mehr Lehrerstunden. Und ich werde auch mehr Lehrkräfte in der mobilen Lehrerreserve, der sogenannten Feuerwehr, einsetzen, um den Unterrichtsausfall, der in der Tat an der einen oder anderen Stelle vorhanden ist, zu reduzieren.

Das sind die entscheidenden sechs Punkte. Sie führen, das könnten wir vielleicht alle gemeinsam akzeptieren, zur Möglichkeit, die ideologischen Grabenkämpfe in diesem Land einzustellen und zu einem Schulfrieden gelangen. Dazu lade ich Sie, insbesondere die SPD, ganz herzlich ein. Machen Sie doch den Frieden mit uns in der Schulstrukturfrage! Widmen wir uns doch gemeinsam der Qualitätsfrage! Die Diskussion um die neu zu erstellende Gemeinschaftsschulverordnung wird sich auch an Sie richten.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Sie können Ihre Vorschläge dabei konstruktiv einbringen. Sollten Sie aber weiterhin auf Fundamentalloposition setzen und destruktiv bleiben wollen, dann verfahren Sie halt so, ich kann es nicht ändern. Meine Einladung gilt nichtsdestotrotz. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herzlichen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, die Gesetzentwürfe Drucksache 14/423 und Drucksache 14/424 an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Gesetzentwurf zur Änderung der saarländischen Verfassung, Drucksache 14/423. Wer für die Annahme der Drucksache 14/423 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit den Stimmen der Regierungskoalition bestehend aus CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Gegenstimmen der SPD-Landtagsfraktion mehrheitlich angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung schulrechtlicher Gesetze 2011, Drucksache 14/424. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 14/424 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung mit den Stimmen der Regierungskoalition bestehend aus CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Stimmen der Fraktion DIE LINKE bei Gegenstimmen der SPD-Landtagsfraktion mehrheitlich angenommen und zur

(Vizepräsidentin Ries)

weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen ist.

Wir kommen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörde nach dem Therapieunterbringungsgesetz (Drucksache 14/412)

Zur Begründung erteile ich Herrn Justizminister Peter Müller das Wort.

Minister Müller:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfes ist die Ausfüllung einer bundesrechtlichen Vorgabe, nämlich die Ausfüllung des Therapieunterbringungsgesetzes. Dieses wiederum ist nicht zuletzt auf Bitten und Drängen der Länder vom Bundesgesetzgeber verabschiedet worden, um auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zu reagieren.

Der Europäische Gerichtshof hat mit Blick auf das Institut der nachträglichen Sicherungsverwahrung festgestellt, dass es sich dabei aus seiner Sicht um eine Strafe handele und deshalb dieses Institut nicht nach dem Strafurteil ausgesprochen werden könne, weshalb dieses Institut aufzuheben sei. Die Folge ist, dass in den Fällen, in denen in der Vergangenheit nachträgliche Sicherungsverwahrung angeordnet wurde, Straftäter freigelassen werden müssen, obwohl wir wissen, dass von ihnen Gefährdungen für die Menschen ausgehen können. Dem soll nun abgeholfen werden durch ein neues Rechtsinstitut, das Institut der Sicherheitsunterbringung.

Dieses Institut ist bundesrechtlich festgeschrieben, der Vollzug des Gesetzes obliegt den Ländern. Es sieht vor, dass auf der Basis einer entsprechenden Begutachtung Straftäter nach Beendigung ihrer Strafe untergebracht werden können, wenn zweifelsfrei festgestellt wird, dass von ihnen für die Bevölkerung die Gefahr weiterer schwerer Straftaten ausgeht. Notwendig ist die strafrechtsferne Ausgestaltung dieses Verfahrens und der Unterbringung, weil es eben keine Strafe sein darf.

Deshalb sollten wir landesrechtlich den Vollzug der Unterbringung regeln, und wir müssen die zuständigen Behörden bestimmen. Was den Vollzug betrifft, werden wir eine gesetzliche Regelung in einem zweiten Schritt vorlegen. Wir wollen aber jetzt bereits die Möglichkeit eröffnen, entsprechende Verfahren einzuleiten. Dazu bedarf es der Bestimmung der zuständigen Behörde. Für Unterbringungen im Übrigen sind die Landkreise zuständig. Deshalb glauben wir, dass es im vorliegenden Fall sachgerecht und richtig ist, die Landkreise zur zuständigen

Behörde zu machen, die entsprechende Anträge stellen und damit Verfahren auf den Weg bringen kann. Das ist der Regelungsgegenstand des Gesetzes. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Justizminister. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Es gibt eine fraktionsübergreifende Absprache, in der Ersten Lesung auf eine Aussprache zu verzichten. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 14/412 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen und zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss überwiesen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Saarländische Krebsregister und zur Durchführung von Maßnahmen der Krankheitsfrüherkennung und anderer Gesetze (Drucksache 14/420)

Zur Begründung erteile ich Herrn Gesundheitsminister Georg Weisweiler das Wort.

Minister Weisweiler:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Das jetzt zur Beratung anstehende Gesetz verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen wird mit Artikel 1 das Saarländische Krebsregistergesetz in seinen Regelungen an das seit 2002 bundesweit durchgeführte Mammografie-Screening-Programm angepasst. Um die Frage nach der tatsächlichen Wirksamkeit und angesichts der mit der Mammografie verbundenen Röntgenbelastung auch nach der gesundheitspolitischen Vertretbarkeit solcher Präventionsprogramme beantworten zu können, braucht man eine ausreichend hohe Anzahl valider Daten zur Evaluation. Der gemeinsame Bundesausschuss hat daher 2010 eine Neufassung seiner Datenflussrichtlinie zur Evaluation des Mammografie-Screenings beschlossen. Insbesondere wurden detaillierte neue Regelungen zum Datenfluss und der Datenorganisation sowohl des Einladungswesens

(Minister Weisweiler)

als auch der eigentlichen Evaluation des Screenings eingeführt.

Die landesrechtliche Umsetzung der neuen Vorschriften zur Evaluation erfordert eine entsprechende Anpassung der Regeln zur Mitwirkung des saarländischen Krebsregisters bei Maßnahmen zur Früherkennung von Krebserkrankungen. Außerdem müssen die Aufgaben der beim Krebsregister geführten zentralen Stelle zur Durchführung und zum Monitoring des Einladungswesens neu gefasst werden. Darüber hinaus werden notwendige Anpassungsregelungen zur Zusammenarbeit des saarländischen Krebsregisters mit dem Krebsregisterdatenzentrum beim Robert-Koch-Institut getroffen.

Das zum 01.01.2011 neu entstandene Landesamt für Gesundheit und Verbraucherschutz ist bekanntlich die zuständige Behörde zur Ausführung der Berufsgesetze der Gesundheitsfachberufe mit Ausnahme der Altenpflegeberufe. Durch Artikel 3 und 4 des jetzt zur Beratung anstehenden Gesetzes werden nunmehr auch die Zuständigkeiten für das Beruferecht der Altenpflege auf das Landesamt für Gesundheit und Verbraucherschutz übertragen. Damit wird eine einheitliche Vorgehensweise im Beruferecht der Gesundheitsfachberufe insgesamt sichergestellt. Meine Damen, meine Herren, ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herzlichen Dank, Herr Minister. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 14/420 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den zuständigen Ausschuss ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überwiesen ist.

Wir kommen nun zu den Punkten 5 und 10 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Übertragung der Gehaltserhöhung für die Angestellten der Länder auf die Beamten des Saarlandes (Drucksache 14/426)

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Keine weiteren Sonderopfer - Übertragung der Tarifiergebnisse für die Beschäftigten der Länder auf saarländische Beamtinnen und Beamte (Drucksache 14/432)

Zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordnetem Rolf Linsler das Wort.

Abg. Linsler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Tarifiergebnis haben die Angestellten im öffentlichen Dienst erstmals seit Langem wieder einen Tarifabschluss, der zumindest die Teuerungsrate ausgleicht. Dieser Tarifabschluss zählt aber aus rechtlichen Gründen nur für Angestellte. Für die Beamten muss er von der Landesregierung übertragen werden. Aber die Beamten sollen nach Auffassung der Landesregierung im Regen stehen bleiben. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollten, ja sie müssen, nach meiner Auffassung gleich behandelt werden. Finanzminister Jacoby und der Ministerpräsident haben für die saarländischen Beamten eine Nullrunde vorgesehen. Das bedeutet, dass sich die Bezahlung der Angestellten und Beamten auseinanderentwickelt. Es bedeutet auch, dass den Beamten nochmals ein Sonderopfer zugemutet wird, wo doch bei den Beamten in der Vergangenheit schon genug gekürzt und gespart worden ist. Ich nenne als Beispiel die Nullrunden 2005, 2006 und 2007. Das Urlaubsgeld wurde gestrichen, Sonderzuwendungen und Beihilfen wurden stark gekürzt.

Jetzt droht den Beamtinnen und Beamten nicht nur eine Nullrunde, sondern sie müssen bei einer Inflationsrate von zirka 2 Prozent, steigenden Beiträgen für die private Krankenkasse und weiteren Kürzungen bei den Beihilfen eine Minusrunde in Kauf nehmen. Meine Damen und Herren, da muss irgendwann mal Schluss sein!

(Beifall von der LINKEN.)

Insgesamt tragen die Beamten mit 35 Millionen den Löwenanteil des Sparpakets. Dabei muss man wissen, dass die Gehälter in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren gegenüber vergleichbaren Ländern in der EU um zirka 4,5 Prozent gesunken sind. Gleichzeitig - und das sehen und hören die Menschen ja - werden die Banken, die ihren Angestellten immer noch hohe Boni zahlen, mit Milliarden Steuergeldern am Leben gehalten. Da sind Einsparungen auf dem Rücken der Beamten eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall von der LINKEN.)

(Abg. Linsler (DIE LINKE))

Statt die öffentlichen Beschäftigten immer wieder zur Kasse zu bitten, ist es notwendig, die öffentlichen Kassen durch Steuern auf große Vermögen, hohe Einkommen, Gewinne und Finanzspekulation zu füllen, damit sie zumindest davon die Beschäftigten und die Beamten und Beamtinnen bezahlen können.

Das Saarland hat Einnahme- und keine Ausgabenprobleme. Dieses Sparpaket gibt es ja nur wegen der Schuldenbremse. Die Landesregierung will ja 80 Millionen einsparen, wie wir in der vorletzten Sitzung gehört haben. Die Schuldenbremse halten wir als LINKE für nicht gerechtfertigt, weil sie unter anderem auch - das hatte ich in diesem Haus schon gesagt - die Existenz des Landes gefährdet.

Der Ministerpräsident rechtfertigt Nullrunden für die Beamten damit, dass reiche Länder wie Bayern dies ebenfalls planen und kürzen würden. Allerdings zahlt Bayern die volle Summe an jährlichen Sonderzahlungen. In Bayern verdienen die Beamtinnen und Beamten deutlich mehr als im Saarland. Andere Bundesländer wie zum Beispiel Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg planen eine Erhöhung der Besoldung, aber im Saarland soll das nicht möglich sein. Wenn Jamaika sparen will, dann aber nicht bei den vom Staat abhängigen Beamtinnen und Beamten!

Es geht zum Beispiel um die Polizeibeamten - die hier auf der Zuschauertribüne vertreten sind -, die Beamten der JVA und die Beamten der Berufsfeuerwehr. Das sind alles Besoldungsgruppen, die dem einfachen, mittleren und gegebenenfalls noch dem gehobenen Dienst angehören. Von den Häuptlingen rede ich im Moment nicht. Hinzu kommt auch die Absenkung bei der Eingangsbesoldung von Lehrerinnen und Lehrern. Das ist genauso falsch wie die Kürzung bei den Verwaltungsbeamten. Am aufgeblähten Regierungsapparat kann und soll man sparen! Das wäre richtig, aber dort wird das Geld, wie wir wissen, mit vollen Händen aus dem Fenster geschmissen. Das Bundesverfassungsgericht hat zu Recht festgestellt, die Unabhängigkeit der Beamtinnen und Beamten muss durch ihre Besoldung gewährleistet werden. Deshalb ist es auch richtig, dass der saarländische Richterbund eine angemessene Alimentation für die Beamten einklagen wird.

Ich stelle abschließend fest, die Beamtinnen und Beamten sollen zum Sparschwein von Jamaika gemacht werden! Sie mussten Kürzungen bei den Sozialleistungen, bei den Gehältern und einen Stellenabbau hinnehmen. Was den Stellenabbau angeht, lassen Sie mich sagen, dass aktuell im öffentlichen Dienst in ganz Deutschland weniger Personal beschäftigt ist als vor der Wende in Westdeutschland, was einer Kürzung um circa ein Drittel gleichkommt. Man muss sich durch den Kopf gehen lassen, was das bei einer Bevölkerungszahl von 80 Millionen Menschen bedeutet. Der Anteil der Beamtin-

nen und Beamten bei den Beschäftigten von Land und Kommunen an der Saar ist schon längst geringer als bei den übrigen Bundesländern. Wenn wir so weitermachen, ist die Substanz des Saarlandes in Gefahr.

Deshalb, Herr Finanzminister, bei all dem Sparwahnsinn: Denken Sie als Dienstherr zusammen mit dem Ministerpräsidenten an Ihre Fürsorgepflicht für die Beamtinnen und Beamten! Denken Sie auch daran, was vor den Wahlen alle Parteien - meine auch, wir halten uns aber daran - versprochen haben.

(Sprechen und Unruhe bei der CDU.)

Sie haben es den Polizisten versprochen.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Sie erinnern sich noch, die FDP hat groß in ihr Wahlprogramm geschrieben: Wir werden auf keinen Fall die Beamtinnen und Beamten und den öffentlichen Dienst benachteiligen!

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Aber was machen Sie? Sie legen ein Sparpaket von 35 Millionen vor, nur für eine Berufsgruppe, nämlich die Beamtinnen und Beamten.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Sie können maulen, wie Sie wollen, Herr Schmitt, das ist eine Schweinerei!

(Beifall bei der LINKEN. - Abg. Schmitt (CDU): Berlin ist aus der TdL raus!)

Wissen Sie überhaupt, wovon Sie reden, wenn Sie sagen, dann gehen wir aus der TdL raus? Sie gehen schon mal gar nicht raus - wenn, dann die Landesregierung.

(Abg. Schmitt (CDU): Ich habe von Berlin gesprochen!)

Ja, ja, ja, das Saarland spielt ja auch keine Rolle!

(Lachen bei der LINKEN. - Sprechen bei der CDU.)

Die Fraktion der LINKEN hat den Antrag eingebracht, den Tarifabschluss auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

(Zuruf des Abgeordneten Theis (CDU).)

Noch haben Sie die Gelegenheit, Herr Theis. Von Ihnen habe ich den ganzen Tag nichts gehört, jetzt auf einmal! Sind Sie so gegen die Beamten?

(Lachen und Beifall bei der LINKEN.)

Wir bitten Sie - auch Sie, Herr Theis - um die Zustimmung zu unserem Antrag. Ich beantrage für

(Abg. Linsler (DIE LINKE))

meine Fraktion namentliche Abstimmung, damit wir und die Beamtinnen und Beamten, die hier sind, es genau sehen können, Herr Schmitt und Herr Theis. Wir werden genau aufpassen, wer dafür und wer dagegen ist! - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN. - Zurufe von der CDU.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Linsler. - Das Wort hat nun zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion der Abgeordnete Eugen Roth.

Abg. Roth (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Tarifgemeinschaft Verdi, GdP, GEW und DBB Tarifunion, haben in der Tarifrunde am 10. März in der dritten Runde ein Ergebnis erzielt, das einen Kompromiss darstellt und sicherlich nicht das Wunschergebnis der Beschäftigten im öffentlichen Dienst war. Es ist aber ein Ergebnis, das den Verhandlungsführern - zu Recht, wie ich finde - unter den gegebenen Rahmenbedingungen vertretbar erschien. Derzeit laufen die Mitgliederbefragungen zur Zustimmung. Die Tarifkommissionen haben eine Zustimmung empfohlen.

Ich will kurz erläutern, worum es geht, damit man erkennen kann, dass hier nicht ein Wolkenkuckuckshaus gefordert wird, sondern dass es um ganz geordnete Forderungen geht. Es ist von Arbeitgebern im öffentlichen Dienst - angeführt von Herrn Möllring, Finanzminister im Kabinett in Niedersachsen, CDU -, von Frank Bsirske und Frank Stöhr ausgehandelt worden, dass es zum 01. April 2011 eine 1,5-prozentige lineare Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen geben soll. Zum 01. Januar 2012 soll es eine 1,9-prozentige lineare Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen plus eine Erhöhung des Tabellensockelbetrages von 17 Euro geben, für Auszubildende von sechs Euro. Es soll eine Einmalzahlung von 360 Euro für die Monate Januar bis März 2011 geben, für Auszubildende von 120 Euro. Außerdem soll zum 01. Januar 2012 eine neue Regelung zur Eingruppierung der Beschäftigten der Länder in Kraft treten. Nicht erreicht wurde die Eingruppierung von Lehrerinnen und Lehrern, die Debatte ist Ihnen bekannt.

Das alles, mein Kollege und Freund Rolf Linsler hat es bereits angesprochen, spielt sich in einer Zeit ab, in der die Commerz-Credit-Bank und andere Banken - die vom öffentlichen Dienst und vom Staat Hilfe bekommen mussten, weil sie gnadenlos versagt haben - ihren Managern schon wieder Spitzenboni in Millionenhöhe auszahlen. Auch wir im Saarland mussten Konjunkturprogramme auflegen - was richtig war -, um diesen Versagern aus der Patsche zu helfen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es in der SPD-Fraktion für nicht vertretbar, dass dieses Tarifiergebnis, das einem Teil des öffentlichen Dienstes zugute kommen wird, weil die Leute es sich erstritten haben, nicht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Deshalb fordern wir glasklar die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die saarländischen Beamtinnen und Beamten.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Um wen geht es denn überhaupt? Es geht um die Kollegen, die hier stellvertretend sitzen, um Polizisten und Polizistinnen, um Lehrerinnen und Lehrer, um Feuerwehrleute. Es geht um die Leute, die genau dort reinlaufen, wo andere weggehen und rauslaufen. Die können wir doch nicht dadurch bestrafen, dass wir ihnen eine Minusrunde auferlegen! Ich bin erstaunt, ich kann ehrlich gesagt gerade in Richtung der CDU - das mögt ihr mir verzeihen - nur den Kopf schütteln. Das lässt sich durch keine Haushaltsnotlage rechtfertigen. Es ist einfach eine schlechte Behandlung, ich hätte beinahe gesagt: eine Misshandlung, der saarländischen Beamtinnen und Beamten und geht nach meiner Auffassung auf keine Kuhhaut.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Wir wollen seitens der SPD keinen Flickenteppich, wir wollen keine Spaltung der Belegschaften, auch deshalb fordern wir diese Übertragung. Nun hat Finanzminister Peter Jacoby, er ist anwesend, öffentlich angekündigt, dass er den Tarifvertrag nicht übertragen kann und will. Auch Ministerpräsident Peter Müller, er ist leider im Moment nicht anwesend, hat das mehrfach gesagt. Zuletzt habe ich es am 17. März gehört, bei der Verdi-Landeskonferenz.

Meine lieben Herren Minister und Herr Ministerpräsident! Das widerspricht zum einen dem, was Sie - darüber hatten wir am 01. Juli des Jahres 2009 hier an gleicher Stelle gestritten; ich durfte damals auch sprechen - allen saarländischen Beamtinnen und Beamten mit der damaligen Gehaltsmitteilung zum Juni 2009 schriftlich mitgeteilt hatten - da haben Sie den lieben Kolleginnen und Kollegen auch noch gesagt, Sie freuen sich auf eine weitere hoffnungsvolle Zusammenarbeit - und was der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes mittlerweile als verfassungswidrig festgestellt hat. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Schreiben von den Kolleginnen und Kollegen gut aufgehoben wurden und Ihnen vielleicht noch einmal vor die Nase gehalten werden. Wenn man schon rechtswidrig in Wahlkämpfe eingreift, aber die Leute am Ende auch noch - Entschuldigung - bescheißt, dann geht das einfach nicht.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

(Abg. Roth (SPD))

Es gibt eine Menge von Zitaten, die belegen, dass das früher kontinuierlich abgelehnt wurde. Ich habe eine Zitatensammlung aufgemacht. Ich will sie gar nicht alle vorlesen. Stellvertretend nenne ich natürlich den Regierungschef Ministerpräsident Müller. Er hat immer wieder gesagt, wir müssen die Vorleistungen, die die Beamtinnen und Beamten erbracht haben, anerkennen. Er sprach in dem Zusammenhang mehrfach von der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche. Ich darf weiter die Umsetzung der Föderalismusreform I erwähnen. Das ist ja etwas, was ein relativ kleiner Beamtenapparat wie hier in den saarländischen Ministerien nur sehr schwer leisten kann.

Wir haben insgesamt Leistungsverdichtungen festzustellen infolge von Personalabbau. Wir stellen fest, dass die Kolleginnen und Kollegen hier in Uniform nicht mehr rundkommen, dass das immer schwieriger wird. Dann wird geredet von leistungsgerechter Bezahlung und Besoldung. Wir stellen fest, dass nach Jamaika-Logik ein ganz neues Ministerium aus dem Hut gezaubert wurde, das Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz. Meine Kollegin Hoffmann-Bethscheider, die Connie, hat einmal ausgerechnet, dass dort alleine 14 B-Stellen neu geschaffen worden sind.

(Abg. Schmitt (CDU): Von was war die Schattenministerin?)

Es gibt, glaube ich, bei der Polizei insgesamt nur zwei oder drei davon. 14 neue B-Stellen! Dann diese Stelle für Nachhaltigkeit. Zwei aus Jamaika haben sich gestritten. Da hat man gesagt, dann machen wir eben zwei Stellen, und so weiter und so fort. Eine Weitspringerin wurde Chefin des Landesprotokolls in der Staatskanzlei. Wie wollt Ihr denn dann den Kolleginnen und den Kollegen bei der Polizei und bei der Feuerwehr erklären, für die wäre kein Geld da? Das versteht doch kein Mensch!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Die treuen Staatsdienerinnen und Staatsdiener können das nicht nachvollziehen. Damit Sie nicht meinen, ich würde mich hier künstlich erregen - es mag Leute geben, die das können, aber bei mir ist das etwas weniger ausgeprägt -, zitiere ich mit Erlaubnis ein paar Schreiben. Zunächst einmal ein Schreiben von der Gewerkschaft der Polizei an den Ministerpräsidenten vom 18. März. Nur den ersten Absatz: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Empörung, Wut, Verärgerung, Enttäuschung, aber auch Resignation, das waren die häufigsten Stimmungsbilder, die wir von der GdP angesichts Ihrer medialen Festlegung zur ‚Nicht-Übertragung‘ des ÖD-Tarifabschlusses auf BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen bei den saarländischen Polizeibesetzten flächendeckend wahrnehmen mussten beziehungsweise konnten.“

Ich zitiere die Kollegen vom Deutschen Beamtenbund und Tarifunion, die in einer Pressemitteilung vom 15. März, also auch noch frisch, ausführlich Stellung bezogen haben: „Wenn nach Aussage des Finanzministers eine Übernahme des Tarifiergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger das Land in 2011 etwa 20 Millionen Euro kosten würde, ist festzustellen, dass im Rahmen der Schuldenbremse die Beamten im Haushalt nicht wie vorgesehen mit rund 30 Millionen Euro, sondern sogar mit 35 Millionen Euro den Löwenanteil des Sparpaketes tragen sollen, dies ist ein eklatanter Wortbruch. Ohne finanziellen Ausgleich für eine Inflationsrate von derzeit 2 Prozent und den Erhöhungen der privaten Krankenkassenbeiträge bei gleichzeitiger Kürzung bei der Beihilfe sind die Beamten zu einer verfassungswidrigen Minusrunde verdammt“. Weiter im Zitat: „Folz sagte abschließend: ‚Im Absteigerland Saarland stehen zwar keine Landtagswahlen an, aber verstärkte Proteste der Beamtenschaft, sollte der Landesgesetzgeber bei einer Nullrunde bleiben.“

Ich zitiere die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Peter Balnis - er war heute auch hier -: „Das Nein von Finanzminister Jacoby und Ministerpräsident Peter Müller darf im Saarland nicht das letzte Wort sein.“ Ich habe es jetzt vermieden, mich selbst zu zitieren, weil ich als DGB-Vorsitzender den Ministerpräsidenten - -

(Abg. Schmitt (CDU): Nur zu!)

Eugen Roth ist zitierfähig, Herr Schmitt, kann ich Ihnen nur empfehlen.

(Lachen und Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Da wird es besonders spannend. Ich habe noch ein paar Zitate dabei.

(Abg. Schmitt (CDU): Wunderbar, vorlesen!)

Das Ganze ist natürlich dieser Schuldenbremse geschuldet, die hier teilweise - so ist es mir vorgekommen - von Ihnen gerade in der letzten Periode so beurteilt wurde, als ob Sie besoffen gewesen wären. Das hat mich gewundert.

(Abg. Theis (CDU): Die SPD hat auch mitgemacht.)

Ja, da haben auch SPDler mitgemacht, Kollege Theis. Da finde ich das genauso falsch. Man muss Rückgrat haben und muss eine Position im Leben haben. Darauf kommt es an.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Abg. Wegner (CDU): Außer Heiko Maas.)

Von dieser Schuldenbremse kommen wir zur Existenzsicherung dieses Landes und dazu, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutsch-

(Abg. Roth (SPD))

land gewährt werden sollen. Darum geht es ja. Unsere Auffassung ist diejenige, dass die Schuldenbremse - da stehe ich in voller Einmütigkeit hier mit der SPD-Fraktion, ich glaube, auch mit der Linksfraktion,

(Zuruf des Abgeordneten Wegner (CDU))

und mit Heiko Maas - vielmehr eine Innovations- und Investitionsbremse ist, die nicht dazu führt, dass das Land gesundet, sondern dass es systematisch abgebaut wird. Der Deutsche Beamtenbund - die sind auch in einer Partei, nicht in der meinen, organisiert - spricht vom Absteigerland. In dem Zusammenhang muss natürlich gesehen werden, wenn ein Land am Ende nicht mehr in der Lage ist, seine eigenen Staatsdienerinnen und Staatsdiener angemessen zu bezahlen, dann gibt es sich selbst auf. Merkt ihr das denn nicht? Da geht es um einen Kern dieses Landes. Ihr müsst doch aschfahl im Gesicht werden, wenn ihr die lieben Kolleginnen und Kollegen ansprecht. Das passt doch hinten und vorne nicht mehr.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Minister Jacoby: Lass doch die Kirche im Dorf!)

Nein, ich lasse die Kirche nicht im Dorf, Herr Finanzminister. Es gab einmal einen guten Arbeitsminister - das war der Herbert Ehrenberg - in einer sozialdemokratischen Regierung, Peter Jacoby. Der hat einen Satz geprägt, den ich mir zum Wahlspruch gemacht habe. Der ist so einfach wie richtig. Dieser Satz lautet - ich zitiere ihn -: „Was politisch gewollt ist, ist bezahlbar.“ Ihr wollt das politisch nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Deshalb zum Abschluss - -

(Lautes Geräusch eines herabfallenden Gegenstandes.)

Da fängt irgendjemand an, auf mich zu werfen. Ich habe aber niemanden berührt. Ich brauche Polizeischutz!

(Heiterkeit. - Minister Toscani: Sie sind schon da.)

Zum Abschluss bitte ich um eines. Die Debatten führen wir im DGB vielleicht öfter als andere. Wir haben ja auch sehr starke Industriegewerkschaften dabei. Man muss sich eines immer merken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wer an öffentliche Dienste denkt, der sagt ja, wir wollen keinen Flickenteppich der Besoldung. Alle Bundesländer außer Bayern wollen es übernehmen. Die sind ja sowieso manchmal ein bisschen „obatz“. Das ist ja in anderen Zusammenhängen von uns, als es darum ging, dass sie gesagt haben, sie wollen nicht mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen, auch schon kritisiert worden. Außer den Bayern - das ist

mein Kenntnisstand - will jeder übernehmen. Warum klinken wir uns denn aus? Aber es gibt Signale - ich habe eine Übersicht hier -, ich erspare mir das.

Ein Letztes. Neben dem Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ darf man eines natürlich nicht vergessen. Es geht hier auch ein Stück weit um den Betriebsfrieden. Lieber Klaus Kessler, ich habe dich im Zuge unserer Freundschaft noch nie auf deine frühere Funktion angesprochen, ich will es heute aber einmal tun. Auch nicht in der Bildung; ich will nicht sagen, dass ich ungebildet bin, aber es ist nicht meine erste Kompetenz. Nur, es geht darum, wenn wir Betriebsfrieden wollen, wenn wir auch in den Schulen Schulfrieden wollen, dann können wir jenseits der Debatte, die wir vorher geführt haben, das nur erreichen, wenn die, die gleiche Arbeit bringen, auch gleich entlohnt werden. Dann geht das natürlich nicht, dass man die Beamtinnen und Beamten im Saarland leistungswidrig schlechter behandelt als anderswo.

Dann kommen auch nicht diese schalen Beispiele nach dem Motto „Wir haben ja noch genügend Bewerberinnen und Bewerber“. Wir müssen dagegen steuern. Lieber Klaus - ich spreche dich persönlich an -, da erwarten wir auch ganz speziell deine Unterstützung, wohl wissend, dass das alles nicht so einfach ist. Das kann aber von der Regierung nicht das letzte Wort gewesen sein. Wir wollen deshalb dieser Regierung helfen, auf den richtigen Weg zurückzufinden. Wir hatten 35 Millionen für Gondwana, dann haben wir auch locker 20 Millionen für unsere Beamten. Kehren Sie also auf den Pfad der Tugend zurück! - Danke.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Roth. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Thomas Schmitt von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Schmitt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt zwei Reden gehört. Das waren tolle Gewerkschafterreden. Das sei Ihnen gestattet, Sie sind ja beide Gewerkschafter, das ist auch vollkommen in Ordnung.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Und was für eine Rede hören wir jetzt?)

Aber es waren auch zwei Reden von Abgeordneten, die im Saarland noch nie Regierungsverantwortung tragen mussten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU.)

Wenn Eugen Roth sagt, er sei zitierfähig, dann wäre es vielleicht hilfreich gewesen, wenn Sie sich oder Herrn Linsler auch mal zitiert hätten aus Zeiten, als

(Abg. Schmitt (CDU))

die SPD und Herr Lafontaine hier regiert haben. Da war auch nicht alles Friede, Freude, eitel Sonnenschein. Denn Sie waren genauso an Sparmaßnahmen gebunden, wie wir es heute sind. Sie haben damals eine Teilentschuldung ausgehandelt, die uns strenge Sparauflagen gekostet hat. Das hatte zur Folge, dass im öffentlichen Dienst massiv Personal eingespart und auch bei Sozialleistungen und anderen Dingen eingeschnitten wurde.

Tun wir doch daher heute bitte nicht so, als wären die einen heilig, weil sie sagen, beim öffentlichen Dienst würden sie niemals sparen, und die anderen würden es sich leicht machen und aus mangelnder Wertschätzung den Beamten gegenüber Nullrunden und Einschnitte verordnen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost (SPD).)

Sehr verehrter Herr Jost, Sie mögen damals auf die Straße gegangen sein. Aber Sie haben heute hier keine Regierungsverantwortung. Glauben Sie mir, Sie kämen ohne Einschnitte auch nicht aus, wenn Sie heute Regierungsverantwortung tragen müssten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will Ihnen eines sagen. Politik verliert auch deshalb ein Stück weit an Glaubwürdigkeit, weil die jeweilige Opposition immer das Blaue vom Himmel verspricht und später, wenn sie mal in der Regierungsverantwortung ist, feststellt, dass sie die Versprechen nicht halten kann. Dieser Überzeugung bin ich.

(Beifall bei der CDU. - Heftige Zurufe von der SPD.)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas zum Thema Personalmaßnahmen in Ihrer Regierungszeit sagen, auch was die Wertschätzung gegenüber Polizisten angeht. Den größten Abbau bei der Polizei hatten wir zu Ihrer Regierungszeit und damit zur Regierungszeit des Herrn Lafontaine. Den größten Abbau an Lehrerstellen hatten wir zu Ihrer Regierungszeit und damit der Regierungszeit des Herrn Lafontaine. Wir haben heute mehr Polizisten beschäftigt als damals und wir haben heute 200 Lehrerstellen mehr als damals.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Pauluhn (SPD): Das ist glatt falsch.)

Ich muss mich an der Stelle korrigieren. Es stimmt, wir stellen jedes Jahr mehr ein, als Sie damals eingestellt haben. Sie haben gar nicht mehr eingestellt und wir haben heute noch 200 Lehrerstellen mehr als damals, das ist Fakt.

(Sprechen und Unruhe bei der SPD.)

Ich habe mich doch gerade korrigiert, weil ich mich falsch ausgedrückt habe. Herr Pauluhn, jetzt lassen

Sie es doch mal so stehen. - Wir sind an schwierige Rahmenbedingungen gebunden. Das Saarland war auch in den letzten Jahrzehnten immer an schwierige Rahmenbedingungen gebunden. Niemand kann im Moment aus dem Vollen schöpfen - Schuldenbremse hin, Schuldenbremse her. Wenn man sich die Haushaltsdaten unseres Landes anschaut, im Übrigen auch ohne Wirtschafts- und Finanzkrise, dann sehen wir, dass wir eine Verschuldung und eine Zins-Steuer-Quote haben, die zwangsläufig Einsparungen im Haushalt erfordern - unabdingbar, egal wer hier regieren würde und unabhängig davon, ob wir eine Schuldenbremse hätten oder nicht.

(Zuruf von der SPD.)

Natürlich ist die Schuldenbremse ein Argument, weil davon abhängt, dass wir Jahr für Jahr zusätzliche Hilfeleistungen von 260 Millionen Euro bekommen. Ohne diese Hilfen könnten wir nicht überleben. Deswegen ist es einfach zu sagen, man lehne alle Einsparungen ab, man lehne auch die Schuldenbremse ab und müsse eigentlich überhaupt nicht sparen. Das klappt vielleicht in Nordrhein-Westfalen. Aber auch dort klappt es nicht, weil das Verfassungsgericht das gestoppt hat. Es klappt also nirgendwo, das geht nicht. Ich bewundere im Übrigen die SPD-Politiker, die in anderen Ländern kandidieren und die den Leuten die Wahrheit sagen, die auf eine solide Haushaltspolitik setzen wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, die eben nicht auf plumpen Populismus setzen nach dem Motto „Bei uns im Himmel ist Jahrmarkt“.

(Beifall bei der CDU.)

Dann stellt Herr Linsler sich hierhin und sagt: Wir halten als Einzige Wort. Erstens muss er hier nicht Wort halten, weil er keine Regierungsverantwortung trägt. Und das einzige Land, in dem die LINKEN mitregieren, ist aus der TdL ausgestiegen. Also braucht man dort auch überhaupt keinen Tariftabschluss zu übertragen, denn die haben keinen Tarif abgeschlossen. Da hat es Gehaltskürzungen gegeben und einen ganz massiven Stellenabbau. Dort regiert DIE LINKE mit und dort wird entsprechend gehandelt.

Meine Damen und Herren, auch wir wissen, dass wir den Beamtinnen und Beamten etwas schuldig sind. Wir haben in der Vergangenheit, wenn wir Einschnitte vorgenommen haben, versucht, diese so sozial wie möglich zu gestalten. Wenn wir Einschnitte beim Weihnachtsgeld vorgenommen haben, dann haben wir versucht, das sozial abzufedern, indem wir eine Kinderkomponente eingeführt haben in einer Zeit, in der andere Bundesländer das Weihnachtsgeld komplett gestrichen haben. Wir haben auch die Arbeitszeit erhöht. Aber wir sind nicht auf 42 oder 43 Stunden hochgegangen, wie andere Bundesländer das getan haben. Wir haben die Kostendämpfungspau-

(Abg. Schmitt (CDU))

schale erst eingeführt, als mehrere andere Bundesländer, auch SPD-regierte, dies längst getan hatten. Diese Rede dürfte ich in anderen Bundesländern so nicht halten, weil man uns dann nämlich wieder mangelnden Sparwillen vorhalten würde. Viele Länder haben diese strengen Maßnahmen längst vorgenommen, bevor wir sie bei uns umgesetzt haben.

Den vergangenen Tarifaabschluss haben wir eins zu eins übertragen, obwohl wir in der Zeit massiv rückläufige Steuereinnahmen hatten. Wir hatten massive Einbrüche, wie wir sie noch nie hatten - aus Gründen, die natürlich keine Beamtin und kein Beamter zu verantworten hat, das wissen wir auch. Aber wir waren gerade in dieser Zeit der Meinung, dass man dort keine Kürzungen vornimmt, dass man den Tarifaabschluss weitergibt, auch zur Stabilisierung der Kaufkraft.

Aber jetzt sind wir in einer Situation, in der wir immer noch nicht die Steuereinnahmen von vor der Finanzkrise erreicht haben, in einer Situation, in der die Schuldenbremse bei uns zum ersten Mal wirkt, in einer Situation, in der ein großes Geberland sagt, es übertrage den Tarifaabschluss in diesem Jahr nicht, in einer Situation, in der andere Länder aus der TdL ausgestiegen sind, was wir nicht tun und auch nicht wollen, in einer Situation, in der andere Länder massive Gehaltskürzungen bei ihren Beamten vorgenommen haben.

Wir sind ein Haushaltsnotlageland. Deswegen sehen wir zumindest in diesem Haushaltsjahr keine andere Möglichkeit als die, eine Nullrunde umzusetzen. Was wir aber nicht wollen, ist eine komplette Abkopplung der Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das wollen wir nicht, das dürfen wir nicht und das werden wir auch nicht tun. Deswegen wird es selbstverständlich Verhandlungen mit dem Beamtenbund und mit den Gewerkschaften geben, was nach diesem Tarifaabschluss für das nächste Jahr auch für die saarländischen Beamtinnen und Beamten erfolgen kann und erfolgen wird. Natürlich können wir einen solch schwierigen Schritt, wie wir ihn in diesem Jahr gegangen sind, nicht jedes Jahr gehen. Natürlich müssen die Beamten weiterhin an der Lohnentwicklung teilhaben. Aber in diesem Haushaltsjahr, bei der finanziellen Entwicklung, die wir in diesem Jahr haben, ist dies leider nicht möglich.

(Abg. Roth (SPD): Ist die im nächsten Jahr besser?)

Sie ist im nächsten Jahr nicht besser, aber im nächsten Jahr müssen wir weitere Strukturmaßnahmen in die Wege leiten, und wir müssen das jedes Jahr schaffen.

(Abg. Kugler (DIE LINKE): Die Arbeitszeit erhöhen.)

Frau Kugler, jetzt mal ernsthaft. Wir sind mittlerweile mit den 40 Stunden, die wir haben, wieder komplett im Bundesschnitt, weil andere Länder das wieder zurückgenommen haben, ein Schritt, den wir nicht gegangen sind.

Ich halte schwere Einschnitte in den verschiedensten Bereichen auch in den kommenden Jahren für nötig. Aber wir können natürlich einen solchen Schritt, den wir in diesem Jahr bei den Beamten gegangen sind, im nächsten Jahr nicht fortsetzen. Deswegen sage ich es noch mal: Es wird Verhandlungen geben und es wird auch im nächsten Jahr mit Sicherheit Anpassungen bei der Besoldungsentwicklung geben.

Weil es mir manchmal ein bisschen zu einfach gestrickt ist, wenn gesagt wird, wir haben den Banken alles hinten reingeschmissen, dann entgegne ich Ihnen, lieber Herr Kollege Roth: Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass es in der Situation, in der wir damals standen, gar keine andere Wahl gab, als dass alle großen Parteien gesagt haben, wir müssen jetzt Maßnahmen ergreifen, um das Kreditwesen zu stützen, damit nicht alles zusammenbricht. Das haben wir nicht gemacht, um irgendwelchen Bankern zu helfen, sondern das haben wir gemacht, damit die Wirtschaft nicht vollkommen zusammenbricht. Das haben wir gemacht, damit die Renten sicher bleiben. Das haben wir gemacht, damit die Lebensversicherungen erhalten bleiben. Das haben wir gemacht, damit die Spareinlagen gerade der Älteren sicher bleiben, damit nicht morgen alles kaputt ist und die Banken bankrott gehen und mit ihnen die ganze Wirtschaft - mit hoher Arbeitslosigkeit und all dem, was es auch für den Staat zur Folge hätte.

Es war eine Leistung der Großen Koalition, dass wir das gemeinsam gestemmt haben; das betrifft auch die meisten Oppositionsparteien im Bundestag. Das soll man doch heute im Nachhinein nicht infrage stellen. Ich sage es noch einmal: Wir haben es nicht irgendwelchen Bankern gegeben. Das waren Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft und für die Banken - nicht, weil wir das gerne gemacht hätten oder weil wir deren Arbeit damit besonders belobigen wollten, sondern weil es eine Notmaßnahme war, weil es keine anderen Möglichkeiten gab.

(Sprechen.)

Es war eine Maßnahme, die wirklich für die einfachen Leute gedacht war, damit die nicht morgen ihr ganzes Geld los sind. Selbstverständlich hat es auch in der Folge Maßnahmen gegeben, wie man das anschließend wieder refinanziert. Dort, wo wir geholfen haben, haben wir teilweise entsprechend Anteile erworben. Diese Anteile kann man später wieder veräußern. Wir haben Gebühren verlangt, wenn eine Bürgschaft in Anspruch genommen wird. Wir haben anschließend die Leerverkäufe verboten.

(Abg. Schmitt (CDU))

Wir haben die Banker-Boni eingegrenzt bei den Banken, denen geholfen wurde. Das ist vor Kurzem auf das mittlere Management ausgedehnt worden.

Also tun wir doch nicht so, als gäbe es auf der einen Seite nur die Guten und auf der anderen Seite die Schlechten, die nur den Banken oder den Bankern helfen wollen! Gerade das wollen wir nicht. Ich sage es noch einmal: Das war kein Spaß. Das war kein Jux und Dollerei. Das war damals eine notwendige Maßnahme, weil es gar keine andere Wahl gab. Die Maßnahme sollte gerade den kleinen Leuten helfen.

Ich fasse zusammen. Die Finanzsituation unseres Landes ist schwierig. Das haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen vor ein paar Monaten gesehen. Deswegen sehen wir uns gezwungen, den Beschäftigten in diesem Jahr eine Nullrunde zuzumuten. Aber wir sagen gleichzeitig, wir führen mit dem Beamtenbund und den Gewerkschaften Verhandlungen. Der Tarifabschluss wird natürlich im nächsten Jahr auch für das Saarland nicht ohne Konsequenzen sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schmitt. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Karl-Josef Jochem von der FDP-Landtagsfraktion.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Denk' an die Polizeibeamten!)

Abg. Jochem (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Linsler, ich bin mir als Polizeibeamter a. D. durchaus bewusst, um was es hier geht, denn ich weiß auch, dass das Gros der Beamten immer noch im mittleren Dienst und in den Anfangsstufen des gehobenen Dienstes ist. In der Öffentlichkeit herrschen oftmals falsche Vorstellungen darüber vor. Ich bin mir bewusst, dass die Arbeitsbelastung eher zunimmt als abnimmt. Ich weiß auch, dass wir nach wie vor auf unsere Beamten angewiesen sind.

Wir haben als Koalition im letzten Haushaltsgesetz eine Nullrunde für die Beamten vereinbart. Die Entscheidung ist mir natürlich - das müssen Sie mir abnehmen - nicht leicht gefallen, aber ich stehe zu dieser Koalition und zu getroffenen Abmachungen. Das muss selbstverständlich sein. Das muss in der Politik so gelten. Wir haben angesichts der Schuldenbremse keine andere Möglichkeit gesehen. Wir wissen, dass wir weit über 11 Milliarden Euro Schulden haben. Die Übertragung der Tarifabschlüsse - das ist vorhin schon angekungen - würde bei unseren etwa 16.000 Landesbediensteten zu Mehrkosten von etwa 12,5 Millionen Euro führen. Zählt man die Versorgungsempfänger hinzu, wäre man bei knapp

19 Millionen Euro. Dies ist in der momentanen Lage nicht zu stemmen.

Ich weiß auch, dass es nicht sehr hilfreich ist, wenn wir hinzufügen, dass - was vorhin schon gesagt wurde - Bayern als Geberland diese Dinge nicht für seine Beamten übernommen hat. Das ist für mich auch schwer nachvollziehbar. Berlin, wo Sie, Herr Linsler, mit an der Regierung sind, ist aus der Ländertarifgemeinschaft ausgeschieden. Insofern gibt man dort gar nichts weiter. Da kann man auch nicht mitreden, weil die nicht mehr dabei sind. Sie sind aber dort mit an der Regierung; das nebenbei bemerkt.

Ich denke, wir sind uns der Verpflichtung gegenüber unseren Beamten durchaus bewusst, und sagen, dass das Alimentationsprinzip mit einer einmaligen Nullrunde nicht als verletzt angesehen werden kann. Wir als FDP-Fraktion haben aber deutlich gemacht, dass dies möglichst eine Ausnahmesituation sein soll. Wir wollen in der Koalition dazu beitragen, dass wir dies im nächsten Jahr nicht wiederholen müssen, denn es ist durchaus nachvollziehbar, dass wir dadurch eine größere Abkopplung von Tarifbeschäftigten und Beamten erreichen. Das wollen und können wir nicht. Dies wäre gegenüber den Beamten nicht gut; das können wir uns nicht erlauben.

Deswegen hoffen wir, dass dies entsprechend dem Konjunkturaufschwung und dem Fluss von Steuereinnahmen im nächsten Jahr nicht mehr notwendig sein wird. Wir werden das jetzt so verabschieden, wie wir das auch in der Haushaltsrunde verabschiedet haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Jochem. - Das Wort hat nun die Abgeordnete Claudia Willger von BÜNDNIS 90/GRÜNE.

Abg. Willger (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entscheidung, diese Nullrunde bei den saarländischen Beamtinnen und Beamten durchzuführen, ist eine Entscheidung, die uns extrem schwer gefallen ist, gerade wegen des Wissens um die Sonderopfer, die vonseiten der Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren erbracht worden sind. Es war der Sparzwang. Es ist die katastrophale Haushaltslage gewesen, die uns zu diesem Schritt veranlasst hat. Wir haben dies bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich gemacht, dass wir hier keine Alternative gesehen haben, jedenfalls nicht in diesem Jahr.

Den Tarifabschluss für die Angestellten umzusetzen, ist bereits eine Herausforderung für das laufende Haushaltsjahr. Es ist eine Herausforderung, die es zu bewältigen gilt. Das bedeutet aber nicht - das

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))

möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen -, dass wir die Arbeit nicht wertschätzen, dass wir die Arbeit, die geleistet wird, nicht anerkennen. Wir haben uns Mühe gegeben, an verschiedenen Stellen Änderungen vorzunehmen, gerade bei dem Förderungsbudget, wo es uns ganz wichtig war, auch soziale Komponenten hineinzubringen und das Förderungsbudget aufzustocken. Wir geben uns weiterhin Mühe, Strukturen so zu gestalten und zu verändern, dass die Arbeitsbelastung nicht weiter zunimmt.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass das Saarland weit mehr verbeamtet, als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Gerade dadurch, dass wir hier noch Beamtenstellen anbieten, ist die Situation von Lehrerinnen und Lehrern trotz Absenkung der Eingangsbesoldung bei uns oft besser als in anderen Bundesländern. Damit möchte ich das nicht rechtfertigen. Ich möchte es auch nicht schönreden, aber es gehört zur Wahrheit dazu. Von daher sind Empörung, Wut und Enttäuschung Reaktionen, die ich sehr gut nachvollziehen kann, Reaktionen, mit denen wir auch im Rahmen der Haushaltsberatungen konfrontiert waren, Reaktionen, die ich für angebracht halte und mit denen ich mich auseinanderzusetzen bereit bin.

Zur Schuldenbremse gibt es keine Alternative. Das haben wir hier bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen miteinander besprochen. Wir haben unsere Position ausführlich dargelegt, und es ist nicht in Ordnung, so zu tun, als sei es möglich, die 20 Millionen Euro, die wir für das eine Haushaltsjahr zusätzlich bräuchten, um den Tarifabschluss auf die Beamtenschaft zu übertragen, durch Einsparen eines Ministeriums zu generieren. Das ist nicht redlich, denn man tut so, als würden wir uns einer Anerkennung verweigern. Es ist unsere Aufgabe, Strukturen zu verändern und neue Spielräume zu schaffen. Ich bin froh, dass mit den betreffenden Organisationen Verhandlungen über die Frage geführt werden, wie wir im nächsten Jahr mit dieser Sache umgehen. Und ich meine, sehr geehrter Herr Kollege Linsler: Sie haben die namentliche Abstimmung beantragt, und wir werden sie auch durchführen.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (DIE LINKE).)

Ich wollte Ihnen nur sagen, dass sie nicht notwendig wäre, weil ich weiß, welche Entscheidung ich getroffen habe, und weil ich auch bereit bin, für sie einzustehen und Verantwortung zu übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun der Minister der Finanzen, Peter Jacoby.

Minister Jacoby:

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin an einer sachlichen Diskussion interessiert, will mit der einen oder anderen Information aufwarten und denke, dass die Gespräche, die zwischen der Landesregierung und den einschlägigen Verbänden zu führen sind, bereits terminiert sind und wir unter diesem Gesichtspunkt die Gelegenheit haben, die Position der Landesregierung auf der Basis dessen, was wir im Haushalt für dieses Jahr beschlossen haben, noch einmal zu erläutern und zu besprechen. Zum Zweiten habe ich natürlich Verständnis für jede Opposition, und ehrlich gesagt habe ich nicht damit gerechnet, dass irgendwer aus der Opposition Verständnis für unsere Maßnahme äußert. Von daher passt die Debatte in die Erwartung, die man im Blick auf den Nachmittag haben konnte. Ich will nur mit aller Zurückhaltung - nicht, um mich sozusagen an irgendwem abzuarbeiten - daran erinnern, dass ich in Vorbereitung der Debatte Folgendes gelesen habe: 1988 hat die damalige Landesregierung auch eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtenschaft propagiert, obwohl damals eine ganz andere rechtliche Voraussetzung gegeben war. Im Gegensatz nämlich zu den Regelungen in der Föderalismuskommission I waren damals Beamtenrechts- und Besoldungsfragen bundeseinheitlich geregelt. Das heißt, der damalige Ministerpräsident, der damalige Finanzminister, alle haben angesichts dieser Situation bundesweit gesagt: Wir sind nicht in der Lage, wirkungs- und zeitgleich den Tarifvertrag zu übertragen. Wenn das die Historie ist, Kollege Roth, kann man heute immer noch dagegen sein. Aber ob man dies mit dem Körper einsatz begründen muss, wie es Ihnen vorhin unterlaufen ist - da ist ein Handy zu Bruch gegangen und was weiß ich noch alles - -

(Sprechen und Zurufe.)

Also wenn man in dieser Historie steht, wäre ich für ein bisschen Zurückhaltung. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will außerdem Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Bei jeder Sparmaßnahme, bei jeder Reaktion auf die Demografie, bei allem, was notwendig ist, bei jeder Haushaltsdebatte wird die Schuldenbremse immer und immer wieder vom Grundsatz her diskutiert. Das kann man so machen. Ich sage trotzdem: Jeder Finanzminister aus Ihren Fraktionen an dieser Stelle, jeder Ministerpräsident aus Ihren Fraktionen an dieser Stelle wäre heute ebenfalls der Schuldenbremse unterworfen, denn sie ist Verfassungsrecht. Natürlich kann man sagen, man sei immer dagegen gewesen und sei auch weiterhin dagegen, aber die Schuldenbremse ist, wie gesagt, Verfassungsrecht, und Sie hätten folgende Frage zu beantworten: Strengen Sie sich an angesichts dessen,

(Minister Jacoby)

dass wir erstens Konsolidierungshilfe in der Größenordnung von über zwei Milliarden Euro bekommen und zweitens in Karlsruhe gefragt werden, ob wir selbst alle Konsolidierungsmöglichkeiten ausgenutzt haben? Wenn wir da passen, wäre dies, so behauptete ich, die Selbstaufgabe des Landes. Dann würde unsere Situation an die Wand gefahren. Alle Länder der Bundesrepublik Deutschland bemühen sich aus vielerlei Gründen, die Überschuldung der Vergangenheit zum Thema zu machen und sich entsprechend zu verhalten. Dies ist, denke ich, der Zusammenhang, der noch einmal formuliert werden muss.

Vorgestern war in der Saarbrücker Zeitung ein Interview mit dem Bundesvorsitzenden der SPD, Gabriel, abgedruckt. Ihm wurde unter anderem folgende Frage gestellt: „In der SPD wird die Schuldenbremse (...) kritisch diskutiert. Stehen Sie uneingeschränkt dazu?“ Gabriel: „Ja natürlich. Es war ja auch Peer Steinbrück, der die Schuldenbremse eingeführt hat. Zu hohe Staatsschulden sind unsozial. Davon profitieren auf Dauer nur Großbanken und diejenigen, die sich Aktien von Großbanken leisten können.“ Ja wenn doch mein Bundesvorsitzender vorgestern in meiner Zeitung dies als Grundsatzposition der SPD-Bundespartei zum Besten gibt, dann kann man doch nicht sozusagen alle Zusammenhänge ausblenden, einen dicken Hals und einen roten Kopf bekommen und so argumentieren wie Sie, Kollege Roth! Das führt doch an den Notwendigkeiten, denen wir uns stellen müssen, denen aber auch Sie sich als Opposition zu stellen haben, völlig vorbei! Das muss ich zum Thema „Schuldenbremse“ wirklich sagen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Und ein Blick nach Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern macht deutlich: Es sind dort die Sozialdemokraten, die gemeinsam mit den anderen in der ersten Front stehen und das Thema „Schuldenbremse“ verfassungsrechtlich absichern. In Hessen unterstützen die Sozialdemokraten jetzt sogar eine Bürgerbefragung und einen Volksentscheid zu diesem Thema. Nächste Woche ist, glaube ich, der Termin. Da können Sie doch nicht sagen, wir als Saarland hätten damit nichts zu tun! Das ist eine wirklichkeitsfremde Position, die regierungsuntauglich ist.

(Abg. Pauluhn (SPD): Was haben Sie denn den saarländischen Beamtinnen und Beamten vor der Wahl versprochen?)

Zur Situation der Beamten komme ich gleich im zweiten Teil meiner Argumentation. Hätten Sie mir die Vorlage der Schuldenbremse nicht gegeben, wäre ich darauf nicht eingegangen, aber wenn Sie sie hier schon thematisieren, dann müssen Sie sich auch damit abfinden, dass ich dazu eine klare Stellungnahme abgebe. Dieses Recht nehme ich schon für mich in Anspruch.

Jetzt haben wir einen Tarifabschluss vereinbart. Für das Land bedeutet er im Jahr 2011 eine Mehrbelastung in der Größenordnung von 4,6 Millionen Euro und im Jahr 2012 eine weitere Mehrbelastung in der Größenordnung von 8,6 Millionen Euro - um einfach einmal die Relationen darzustellen. Die 19 Millionen Euro sind genannt. Dieser Betrag wäre fällig, wenn wir den Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtenschaft übertragen würden.

Kollege Roth, Sie haben gesagt, er werde überall übertragen. Bitte telefonieren Sie einmal mit dem anderen Haushaltsnotlageland Bremen und auch mit Berlin. Ich habe es getan und weiß, was dort gemacht wird: In Bremen wird nicht übertragen, obwohl dort Bürgerschaftswahlen anstehen, und Berlin ist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden. Das heißt, Berlin überträgt die Tarifvereinbarungen noch nicht einmal auf seine Angestellten, geschweige denn auf seine Beamten.

Das Geberland Bayern, das die Hälfte des Finanzausgleichs in Deutschland zahlt, nämlich 3,5 von 7 Milliarden, hat dieses Jahr eine Nullrunde. Das kann man im Gesamtzusammenhang nicht ausblenden und so tun, als wäre es von uns eine Goodwill-Sache, um dann gleichzeitig in Berlin, wenn es um die Konsolidierungshilfen geht, und im Stabilitätsrat und den Ausschüssen anzutreten. Das funktioniert nicht. Das geht nicht. Ich wiederhole: Jeder andere Ministerpräsident und jeder andere Finanzminister würden diese Zusammenhänge genauso sehen. Herr Böhrnsen sieht es so, Herr Wowereit ebenfalls, obwohl in Berlin Rot-Rot regiert. Was soll also dieses Schwarze-Peter-Spiel? - Als würden wir uns hier im Saarland eine singuläre Position herausnehmen. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich habe eben darauf verwiesen, wie die Dinge in den anderen Bundesländern sind. In einer der letzten Debatten ist ebenfalls schon darauf hingewiesen worden. Als vor einigen Wochen bei der Arbeitskammer eine Diskussion zum Thema Schuldenbremse stattgefunden hat, waren Sie, Herr Kollege, glaube ich, anwesend. Der Kollege Deubel aus Rheinland-Pfalz hat Folgendes gesagt: Wer in Berlin oder Karlsruhe Geld bekommen möchte, bekommt es nicht ohne konsequente und vollständige Ausschöpfung der eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten. Ein isolierter Ausstieg des Saarlandes aus der Schuldenbremse würde die Zinsen für das Saarland wahrscheinlich auf griechische oder irische Verhältnisse anheben und damit das baldige Ende der Selbstständigkeit bedeuten. - Vor diesem Hintergrund nimmt die saarländische Landesregierung die Position ein, Kollege Lafontaine, die Sie zu Zeiten der Teilentschuldung eingenommen haben und die sich in den Sanierungsberichten Ihrer Regierungszeit wiederfindet. Sie haben ebenfalls der Alimentation der saarländischen Beamten, dem Stellenabbau und

(Minister Jacoby)

der restriktiven Personalbewirtschaftung gegolten. Insofern ist es pure Heuchelei, wenn Sie mit Zwischenrufen in der Debatte aufwarten, als sei das, was wir jetzt tun, unangemessen. Wir nehmen Maß an den Verhaltensweisen anderer, aber auch an denen der Vorgänger - und dazu gehören Sie. Das will ich in diesem Zusammenhang sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn ich nach der eigenen Position gefragt werde, antworte ich: Dies tut uns leid, wir machen es nicht mit Begeisterung. Der Kollege Schmitt hat auf eines hingewiesen. Wo wir bei den Sonderzuwendungen, der Arbeitszeit, der Kostendämpfungspauschale und all diesen Maßnahmen etwas tun mussten, haben wir es sozial gestaffelt getan. Wir haben eine Familien- und eine Kinderkomponente mit hineingebracht. Wir haben die Sonderzuwendung in den Tarif eingearbeitet, damit sie zukünftig keiner weiteren Variation zugeführt werden kann. Andere Bundesländer haben sie ganz abgeschafft. Wir haben also genügend Material, das zeigt, dass wir die Dinge nicht übertreiben, sondern versuchen, uns in einer zugegebenermaßen schwierigen und zugespitzten Situation sozial vernünftig und sensibel zu verhalten.

Kollege Roth, mir liegt eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor. Es geht dort um ein Besoldungsranking für das Jahr 2008. Wo verdient man am meisten in den Besoldungsgruppen A 13 und A 5? - In beiden Rankings nimmt das Saarland keine hinteren Plätze ein. Bei A 13 liegen wir auf dem achten Platz von 16 Bundesländern und bei A 5 auf dem siebten Platz. Das heißt, wir haben ein Ranking, das angemessen ist und das in keiner Weise für Ihre These herhält, dass wir uns in den unteren Lohngruppen über Gebühr schadlos halten würden. Das Gegenteil ist der Fall. Das beweist die Studie des DGB. Ich empfehle sie zur Lektüre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir wissen, dass angesichts einer Personalquote von 40 Prozent, genau wie das bei Vorgängerregierungen der Fall gewesen ist, dieser Ausgabenposten immer wieder zur Diskussion steht. Wir verhalten uns allerdings so, wie es angemessen und vertretbar ist. Wir betrachten die vereinbarte Nullrunde für dieses Jahr als eine jahresbezogene Maßnahme. Wir werden die Frage, wie wir mit dem Tarifabschluss im Blick auf das Jahr 2012 hinsichtlich einer Übertragung auf die Beamten umgehen, in Zusammenhang mit den Haushalteckdaten entscheiden, die wir in der Sommerpause oder davor beschließen werden. Von daher glaube ich, dass die Position nachvollziehbar ist und dass sie in Rechnung stellt, wie die finanziellen Gegebenheiten sind und wie sich der weitere Sanierungsweg des Landes darstellt.

In diesem Zusammenhang den Eindruck zu erwecken, man könne um die höchste Ausgabenposition, nämlich den Personalbereich mit 40 Prozent, einen Bogen machen, am selben Tag zu sagen, es werde immer noch zu wenig in den Bildungsbereich investiert, obwohl wir die Demografierendite voll im System belassen haben, gleichzeitig permanent Anträge zu formulieren - ob es kommunaler Finanzausgleich oder andere Infrastrukturmaßnahmen sind - und immer nur in der Kategorie des Zusätzlichen und nie an eine Gegenfinanzierung zu denken, gleichzeitig davor zu warnen, das sei der Gang in den Schuldenstaat, all dies ist eine irrationale Position der Opposition, der sich die Landesregierung und die mehrheitsbildenden Fraktionen nicht anschließen können. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Eugen Roth von der SPD-Landtagsfraktion. Herr Abgeordneter, Ihnen stehen noch zwei Minuten zur Verfügung.

Abg. Roth (SPD):

Sehr verehrter Herr Finanzminister Jacoby, ich muss mich wirklich etwas beherrschen, denn ich bin sehr betroffen. So fühle ich mich zumindest. Ich weise von mir, dass dies eine irrationale Position ist. Ganz im Gegenteil, wenn ich die Funktionsfähigkeit dieses Landes erhalten will, muss ich darauf achten, dass verbeamtete Kolleginnen und Kollegen nicht auf Dauer schlechter gestellt werden als andere im Tarifverhältnis, die teilweise die gleiche Aufgabe erfüllen. Wenn das Land das nicht mehr hinbekommt, gibt es sich schlicht und ergreifend selbst auf. Wenn wir diese Minusrunde machen, so bleibt es dauerhaft. Es geht in die Tabelle ein. Es wäre nur mit Zuschlägen noch einmal gutzumachen.

Ein Satz zur Schuldenbremse. Es ist alles richtig, was Sie gesagt haben. Sie haben natürlich auch SPD-Politiker mit verhaftet. Es ist bekannt. Das sind historische Tatsachen. Ich will aber auf eines hinweisen. Ich meine, es war 2003, 2004 oder 2005. Ich weiß das Jahr nicht mehr genau. Hans Eichel hatte ohne Schuldenbremse wegen einer guten Konjunktur fast einen ausgeglichenen Haushalt. Wer uns weismachen will - egal von SPD, CDU oder von wem auch immer -, das gehe nur mit einer Schuldenbremse, der attestiert sich selbst, dass er politisch unfähig ist. Das ging im Nachkriegsdeutschland jahrzehntelang ohne Schuldenbremse.

Zum Bundesland Berlin habe ich schon mehrfach etwas gesagt. Es ist überhaupt nicht mit dem Saarland vergleichbar. Deswegen finde ich es nicht richtig, dass immer auf die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE geschleiert wird. Bei Bremen ha-

(Abg. Roth (SPD))

ben wir in der Tat unterschiedliche Informationen. Ich habe schriftlich etwas vorliegen. Ich gehe davon aus, dass ein Finanzminister gute Quellen hat. Ich werde dem also nachgehen. Zwei Aspekte zum Abschluss. Um das Thema Einnahmeverbesserung haben Sie sich herumgemoelt.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Roth (SPD):

Mein letzter Satz. Wenn man die Beamtinnen und Beamten obrigkeitsstaatlich so in ihren Rechten beschneidet, muss man sich überlegen, ob man ihnen nicht an anderer Stelle ein Streikrecht einräumt. Das wäre dann wieder eine rationale Diskussion.

(Beifall von den Oppositionsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schlieÙe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/426. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf Frau Schriftführerin Astrid Schramm bitten, die Namen der Abgeordneten vorzulesen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich darf fragen, ob ein Mitglied des Hohen Hauses nicht aufgerufen worden ist? - Das ist nicht der Fall. Ich schlieÙe damit die Stimmabgabe und bitte die Schriftführerinnen, mir das Abstimmungsergebnis zu übermitteln.

(Die Schriftführerinnen zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Es sind 50 Stimmen abgegeben worden, davon 24 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen. Ich stelle also fest, dass der Antrag Drucksache 14/426 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 14/432. Wer für die Annahme der Drucksache 14/432 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag 14/432 mit Stimmenmehrheit der Regierungskoalition, bestehend aus CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen von SPD und DIE LINKE abgelehnt ist.

Wir kommen zu den Punkten 6 und 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armut bekämpfen, Gesundheit si-

chern, Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen (Drucksache 14/428)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Armutsbekämpfung und die Sicherstellung der Teilhabe von Kindern sind wichtige Ziele (Drucksache 14/433)

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 14/428, erteile ich Frau Abgeordneter Cornelia Hoffmann-Bethscheider das Wort.

Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die soziale Situation im Saarland hat dieses Haus schon des Öfteren beschäftigt. Wir haben heftigst darüber diskutiert. Wir haben schon lange gefordert - zumindest die SPD -, dass es einen Armuts- und Reichtumsbericht gibt. 2008 war es so weit. Der damalige Sozialminister Vigener hatte quasi als erste Amtshandlung eine Sozialstudie angekündigt.

Ende 2009 war diese Sozialstudie auch fertig. Wir haben gesagt, okay, wir wissen jetzt, wie die soziale Situation im Saarland ist. Sie ist nicht so rosig, wie auch von amtlicher Seite festgestellt wurde. Aber es war immer wichtig, dass daraus auch konkrete Handlungen entstehen. Es gab im Januar eine Debatte dazu, und die Regierungskoalition hat beschlossen: Die Landesregierung muss einen Umsetzungsplan machen.

Ein Jahr später, Ende 2010, haben wir dann einmal nachgefragt, wie es denn mit der Umsetzung des Beschlusses aussieht. Da hat die Sozialministerin gesagt, das Kabinett wird aus der Sozialstudie Schlüsse ziehen und uns mitteilen. Damals hätte man schon hellhörig sein müssen, denn die Ministerin hat nicht genau gesagt, wann.

Wir haben dann auch mit dem Beirat geredet. Da war die Rede davon, dass Ostern eine Stellungnahme zu der Sozialstudie kommt. Das war aber Ostern 2010. Also gab es immer noch keine konkreten Entscheidungen. Im September 2010 haben wir dann das Ganze noch einmal ins Plenum gebracht, weil wir langsam den Eindruck hatten, dass die Diskussion nicht so richtig in Fahrt kommt. Die Regierungskoalition hat dann diese Debatte wieder aufgegriffen und gesagt, es muss einen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung geben.

Jetzt ist schon wieder ein halbes Jahr vergangen und nichts ist passiert. Wir haben dann nochmals im Ausschuss nachgefragt. Da hieß es, zu Beginn des

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD))

neuen Jahres passiert etwas. Passiert ist bisher nichts. Deshalb muss man nach dem Verlauf dieser Debatte zur Sozialstudie einfach die Frage stellen: Warum kann oder will die Landesregierung diesen Aktionsplan nicht vorstellen?

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, das Thema Kinder noch einmal herauszugreifen. Das hat die Ministerin auch so gesehen. Aber es ist nicht wirklich etwas passiert.

Wenn ich mir den Antrag ansehe, der heute dazu vorgelegt wurde, dann muss ich sagen, es ist wohl auch bei CDU, FDP und den GRÜNEN der Eindruck entstanden, dass das nicht so richtig vorangeht. Es gibt jetzt nämlich ein ergänzendes Wort zu den Beschlüssen, die wir hier ohnehin schon zweimal gefasst hatten. Jetzt sagt nämlich die Regierungskoalition, wir müssen einen solchen Aktionsplan zügig vorlegen. Kinderarmut ist ein wichtiges Thema und deshalb haben wir es noch einmal aufgegriffen. Wir wissen, dass wir Sie damit vielleicht etwas nerven, aber es geht darum, deutlich zu machen, dass es nichts nutzt, nur Gutachten in Auftrag zu geben. Die Kinder und auch die Eltern in diesem Land haben es verdient, dass konkrete Beschlüsse gefasst werden und deshalb ist das heute wieder auf der Tagesordnung. Es geht darum, noch einmal mit Ihnen darüber zu diskutieren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Sind unsere Kinder, die in Armut leben, eine zu vernachlässigende Gruppe? Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in Armut. World Vision hat in einer Studie die Kinder befragt und die Frage nach ihren Lebensbedingungen gestellt, was sie am meisten daran stört, dass sie arm sind. Dabei ist herausgekommen, dass die meisten Kinder es gar nicht so schlimm finden, wenn beide Elternteile arbeiten. Viel schlimmer empfanden es die Kinder, wenn die Sicherung der sozialen Existenz der Familie nicht gewährleistet ist. Ich fand es auch erstaunlich, dass ein solches Ergebnis herauskommt, wenn man die Kinder fragt. Manche Diskussion hätte man sich hier dann sparen können.

Schlechtere Startchancen und weniger Teilhabe, es ist ein Teufelskreis, in dem sich diese Kinder befinden. Das sind Dinge, die uns hier nicht unbeeindruckt lassen können. Das sind Dinge, die uns veranlassen müssen zu handeln. Es ist sogar wissenschaftlich festgestellt worden, dass Kinder in Armut körperlich und seelisch häufiger krank werden als Kinder in anderen sozialen Schichten. Das zeigt, dass das ein wichtiges Thema ist und dass wir nicht nur darüber reden müssen, sondern dass wir all das tun müssen, was es ja teilweise auch schon gibt. Es ist nicht so, dass nichts gemacht würde. Der Regionalverband, die Landkreise und die kommunale Ebene, jeder macht etwas in diesem Bereich. Aber

alle, die etwas tun, sagen auch, irgendjemand muss das Ganze koordinieren und zusammenfassen. Wir brauchen einen Plan, in dem wir Ziele definieren, damit man irgendwann auch überprüfen kann, wo wirklich etwas unternommen werden konnte. Nur so kann man sagen, was wirklich sinnvoll ist und wo wir Geld sinnvoll einsetzen können.

Ständig wird hier in den Reden gesagt, dass Prävention besser ist als später Geld auszugeben. Und das ist genau richtig. Frühe Hilfen werden uns von späteren Lasten befreien und wir helfen den Kindern damit, eine gute Startchance in einem der reichsten Länder der Welt zu bekommen. Schließlich handelt es sich um Kinder unserer Gesellschaft. Oft heißt es, das sind die Familien und es sind die Kinder dieser Familien. Ich glaube, das ist zu kurz gegriffen. Diese Kinder sind Kinder unserer Gesellschaft und sie werden auch zukünftig unsere Gesellschaft bilden, und deshalb ist es wichtig, dass wir uns dieses Themas immer wieder annehmen.

Ich weiß, dass dieses Thema auch heute nicht die mediale Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient hätte. Und ich muss feststellen, dass mich in den langen Jahren hier im Hause eines schon etwas gestört hat: Immer dann, wenn eine Katastrophe passiert ist, und immer dann, wenn es einen Skandal gab, ist bei uns in die Debatte Drive hineingekommen. Plötzlich wurden bestimmte Dinge möglich. Es gab die Vorsorgeuntersuchungen, die frühen Hilfen, all dies wurde möglich. Ist dann die mediale Aufmerksamkeit nicht mehr da und es gibt keinen Skandal, dann ist auch das Thema von der Tagesordnung verschwunden. Wir werden aber nur etwas erreichen, wenn wir nachhaltig an diesem Thema dranbleiben und nicht nur darauf aus sind, irgendwelche Überschriften zu produzieren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen. - Vizepräsident Jochem übernimmt den Vorsitz.)

Man ist mit dem Thema auch gar nicht alleine. Wenn man mit den Sozialverbänden redet, auch mit den Parteien in diesem Haus, mit den Kirchen, mit dem Sozialgipfel, dann stellt man fest: Es gibt sehr viele Menschen in unserem Land, die das Thema für wichtig erachten und auch bereit sind mitzuarbeiten. Diese Menschen sagen auch, wir kümmern uns darum und werden auch bei der Umsetzung helfen, weil wir es einfach für wichtig halten, die soziale Schieflage im Saarland auszugleichen. Wir haben auch immer eigene Vorschläge gemacht. Wir haben hier ja nicht nur gesagt, Sie müssen dies und jenes tun, sondern wir haben viele eigene Vorschläge eingebracht. Aufstand gegen Armut - das haben wir Ihnen mitgegeben. Wir sagen auch nicht, dass Sie das eins zu eins umsetzen müssen, aber wir waren immer daran interessiert, dass unsere Anregungen auch ernsthaft diskutiert werden.

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD))

Eine Anregung möchte ich Ihnen auch heute mit auf den Weg geben. Das ist die existenzsichernde Grundsicherung für Kinder, die von den Wohlfahrtsverbänden seit langem gefordert wird. Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass es auch in der politischen Landschaft Diskussionsbedarf gibt. Man greift diese Idee auf. Es geht um einen Systemwechsel, es geht um etwas, was es in Deutschland so noch nicht gegeben hat. Deshalb erfordert das Ganze Mut. Wir von der SPD beschäftigen uns seit 2007 mit diesem Thema. Wir haben in einer Kommission erarbeitet, wie das aussehen könnte. Es wird natürlich immer die Frage aufgeworfen, wie man so etwas finanzieren kann. Man kann so etwas finanzieren. Die Hans-Böckler-Stiftung hat das wissenschaftlich begleitet und ist zu der Feststellung gekommen, dass 500 Euro Kindergrundsicherung in Deutschland möglich wären. Gegenfinanziert würde dies - und insoweit ist der soziale Ausgleich gewährleistet - durch den Wegfall von Kindergeld, Kinderfreibetrag, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Begrenzung des Ehegattensplittings. Auch hier im Hause sind ja viele der Ansicht, dass es nicht so ganz gerecht ist und auch nicht ganz der Familie zugute kommt, wenn allein die Ehefrau unterstützt wird. Ich glaube, dass ich es als Abgeordnete nicht mehr erleben werde, dass der Aktionsplan vorgestellt wird. Ich kann Ihnen aber zusagen, dass ich mich in meiner neuen Funktion genauso in der Verantwortung sehe und daran mitarbeiten werde, diesen Aktionsplan - wenn er denn hier endlich einmal vorgestellt wird - auch umzusetzen.

Ich komme nun zum Ende meiner Rede und damit auch zum Ende meiner Abgeordnetenzeit. Für mich ist jetzt die Zeit des Abschieds gekommen. Ich war zwölf Jahre Mitglied in diesem Hause. Ich muss ehrlich sagen, dass ich keinen Tag als Abgeordnete missen möchte. Es war eine total spannende Zeit, auch wenn es nicht immer ganz einfach war. Abgeordnete im saarländischen Landtag zu sein und damit alle Saarländerinnen und Saarländer zu vertreten, ist ein echtes Privileg. Ich meine, jeder hier im Hohen Haus sollte sich bewusst sein, dass er dieses Privileg genießen darf. Ich habe leidenschaftlich gerne debattiert und gestritten und bin vielleicht manchmal auch über das Ziel hinausgeschossen. Wenn sich jemand persönlich angegriffen gefühlt hat, dann war das nicht meine Absicht. Ich habe jeden hier als Mensch geschätzt, aber in der Sache manchmal auch heftig gekämpft. Das geschah aber immer in der Sache. Ich wollte nie jemand persönlich beleidigen oder angreifen. Ich weiß auch, dass ich die Gabe habe, manchen Menschen auf die Nerven zu gehen, meiner eigenen Fraktion genauso wie Ihnen. Aber auch das habe ich nicht getan, weil ich irgendwelche Menschen ärgern wollte, sondern weil es mein Grundverständnis als Abgeordnete war, in diesem Haus alles dafür zu tun, was ich tun kann, da-

mit die Lebensbedingungen im Saarland verbessert werden - immer auch in dem Bewusstsein, dass das bei unseren Rahmenbedingungen nicht so ganz einfach ist. Ich hätte mich aber nicht wohlgefühlt, wenn ich geschwiegen hätte. Und deshalb bin ich lieber manchen auf die Nerven gegangen.

Ich habe viele Bereiche durchlaufen. Ich war Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses. Das war ganz am Anfang meiner Abgeordnetenzeit und hat mir gezeigt, was es bedeutet, in anderer Leute dreckiger Wäsche herumzuspüffeln. Aber es war ein Lehrgeld, das ich gerne bezahlt habe, weil ich wirklich viel darüber gelernt habe, was Politik bedeutet und was Machtbewusstsein bedeutet. Ich war europapolitische Sprecherin, rechtspolitische Sprecherin, innenpolitische Sprecherin, sozialpolitische Sprecherin, gesundheitspolitische Sprecherin und familienpolitische Sprecherin. In meinem neuen Amt habe ich also schon vieles irgendwo mitgenommen. Ich habe mich heute zu diesem Thema noch einmal zu Wort gemeldet, weil mir ein Bereich besonders am Herzen gelegen hat und mich auch persönlich immer berührt hat: Das war die Situation der Kinder in der Bildung und auch in sozialer Hinsicht. Es tut mir einfach körperlich weh, wenn ich sehe, dass Kinder leiden. Deshalb war es nicht nur die Politikerin Hoffmann-Bethscheider, die sich für die Kinder eingesetzt hat, sondern auch der Mensch Cornelia Hoffmann-Bethscheider, der einfach sieht, dass diese kleinen Wesen nichts dafür können, wo sie geboren wurden. Sie müssen in unserer Gesellschaft einen festen Platz haben, und wir Erwachsene sind dafür verantwortlich, dass wir ihnen Startchancen und Teilhabemöglichkeiten gewährleisten. Ich habe deshalb noch einmal die Bitte an die Sozialministerin, dieses Thema mit mehr Engagement voranzutreiben, damit man den Eindruck haben kann, dass wir in diesen heftigen Diskussionen etwas auf den Weg gebracht haben.

Mein Dank geht auch an die Mitarbeiter in den Ausschüssen. Sie waren immer fachlich qualifiziert und es war daher sehr einfach, hier zu arbeiten.

Ich möchte, wenn man das darf, nun zum Schluss einen Wunsch äußern: Bei allen parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten, bei allen auch machtpolitischen Interessen und Parteiinteressen möchte ich doch darum bitten, den Blick auf das Wahre, auf das, weshalb wir gewählt sind, den Blick auf den Bürger nie zu verlieren. Ich weiß, dass das nicht immer ganz einfach ist. Es ist aber schlicht auch unsere Aufgabe, uns immer wieder zu besinnen, weshalb wir in diesem Hause sind. Es geht darum, das Saarland voranzubringen.

Deshalb möchte ich auch enden mit einem Segenswunsch: Gott segne dieses Haus und unser Land. - Ein solcher Wunsch ist hier vielleicht etwas außergewöhnlich. Aber ich glaube wirklich, auch in dieser

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD))

Frage, dass man nicht allein steht, dass es Kräfte gibt, die einen unterstützen, damit man hier, in diesem saarländischen Landtag, etwas Sinnvolles auf den Weg bringen kann. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Jochem:

Ich danke der Frau Kollegin Cornelia Hoffmann-Bethscheider. Es war in der Tat Ihre letzte Rede in diesem Hohen Hause als Abgeordnete.

(Zurufe von der SPD: Wir haben noch Redezeit!)

Dazu wird an dieser Stelle später noch einiges zu sagen sein. - Wir fahren mit den Beratungen gemäß der Tagesordnung fort. Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/433 erteile ich Herrn Abgeordneten Hermann-Josef Scharf das Wort.

Abg. Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Politikfelder, die für die Kinder und Jugendlichen unseres Landes von Bedeutung sind, nehmen bei dieser Koalition einen außerordentlich hohen Stellenwert ein und haben immer erste Priorität.

Uns ist in unserem politischen Handeln stets bewusst, dass Kinder unsere Zukunft, unsere Hoffnung, ja unser größter Schatz sind. Daher setzen wir alles daran, für unsere Kinder und Jugendlichen optimale Bedingungen zu schaffen, Nachteile auszugleichen und die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung optimal zu fördern. Dabei, meine Damen und Herren, hilft es wenig, nur große Fensterreden zu halten und sich dabei an utopischen und unrealistischen Forderungen zu weiden. Handeln ist angesagt, denn nur dadurch können wir kontinuierlich weitere Verbesserungen erreichen. Da es sich bei den Aufgaben dieses Politikfeldes in großem Maße um Querschnittsaufgaben handelt, können wir nur dann erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten, Bund, Land, Städte und Gemeinden und die Landkreise, an einem Strang ziehen und Hand in Hand arbeiten. Diese Zusammenarbeit funktioniert in unserem Bundesland gut. Dafür möchte ich allen Beteiligten, über die Parteigrenzen hinweg, herzlich danken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es wäre sehr schön, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn auch Sie zumindest registrieren würden, dass auch in den Kommunen, in denen Sie das politische Sagen haben, für die Kinder viel getan wird und die politisch Verantwortlichen gut und zielorientiert mit der Landesregierung zusammenarbeiten. Während Sie von einer „Verschleppungstaktik“ sprechen, wird an anderer Stelle pragmatische Poli-

tik im Interesse unserer Kinder sehr erfolgreich umgesetzt.

Ihnen dauert es zu lange, bis der Aktionsplan zur Armutsbekämpfung endgültig vorgelegt wird. Allerdings entbehrt Ihre Kritik an der zeitlichen Umsetzung des Aktionsplanes jeder sachlichen Grundlage. Die Landesregierung hat unverzüglich und sehr zielstrebig alles veranlasst und in Bewegung gesetzt, damit der Aktionsplan dem Landtag möglichst zügig vorgelegt werden kann. Im Übrigen verweise ich auf die Rede, die Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 15. September 2010 an dieser Stelle gehalten hat. Der Zeitplan, den die Ministerin damals vorgegeben hat, wird exakt eingehalten.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass sich diese Koalition zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Armutsbekämpfung auf der Grundlage der Sozialstudie Saar verpflichtet hat. Bereits im Februar 2010 hat die Landesregierung, um gerade den Bereich der Kinder und Jugendlichen besonders intensiv analysieren zu können, eine Vertiefungsstudie zum Thema „Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“ in Auftrag gegeben. Der Zwischenbericht zu dieser Vertiefungsstudie hat gezeigt, dass vor allem aufgrund der sehr umfangreichen Rückmeldungen der Fachkräftebefragung eine sorgfältige und somit zeitaufwendige Auswertung notwendig ist. Daher wurde in Abstimmung mit dem Beirat dem ISG die für die Auswertung gewünschte und auch notwendige Zeit gewährt. Ende dieses Monats wird nun der Endbericht erstattet werden und es wird seine Übersendung an die Beiratsmitglieder erfolgen.

Bereits im Februar 2011 hat die Landesregierung die Handlungsfelder des Aktionsplanes festgelegt: Entstehung von Armut verhindern, Vererbung von Armut verhindern, Auswirkungen von Armut mildern, Armut beenden. Diese vier Handlungsfelder werden nun mit Maßnahmen, Projekten, Zielgrößen und Umsetzungsverantwortlichen konkretisiert. Die Erarbeitung des Aktionsplanes ist in Abstimmung mit dem Beirat der Sozialstudie und den beteiligten Ministerien in vollem Gange.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gerade im Bereich der Armutsbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande sind voreiliges Handeln und politischer Aktionismus wenig zielführend. Daher halte ich die Vorgehensweise der Landesregierung, basierend auf einer sorgfältigen Analyse unter Einbeziehung des besonderen Sachverständes der Personen und Institutionen, die auf diesem Politikfeld seit vielen Jahren tätig sind, einen Aktionsplan, der Hand und Fuß hat, zu entwickeln, für richtig. Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle gefordert sind. Alle Aktivitäten auf kommunaler, Landkreis- und Bundes-

(Abg. Scharf (CDU))

ebene sind so aufeinander abzustimmen und so miteinander zu vernetzen, dass gerade in Zeiten knapper staatlicher Finanzen größtmögliche Synergieeffekte erzielt werden können.

Ich möchte an dieser Stelle insbesondere auch noch einmal hervorheben, dass diese Landesregierung nicht nur an einem wirkungsvollen Aktionsplan arbeitet, sondern durch die ihre politischen Maßnahmen die Armut in unserem Land Tag für Tag bekämpft. Daher ist, so auch nachzulesen in der von Ihnen oft zitierten Sozialstudie, im Vergleich der Bundesländer die Spaltung zwischen Arm und Reich in unserem Bundesland am wenigsten ausgeprägt. Es gibt nicht wenige wirtschaftliche Daten, bei denen das Saarland im oberen Drittel liegt. Wir alle können stolz darauf sein, dass in vielen Bereichen die Lebensbedingungen im unserem Bundesland besser sind als im Bundesdurchschnitt.

So haben wir trotz sehr angespannter Haushaltslage im Haushalt des Jahres 2011 unter dem Titel 684 01 insgesamt 1,85 Millionen Euro für Projekte und Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe bereitgestellt, beispielsweise auch für das Projekt „Schoolworker“. 90 Schoolworker an 60 Schulen, und das wurde auch auf die Grundschulen ausgeweitet. Ferner werden in allen Kreisen Projekte gegen Kinderarmut installiert. 100.000 Euro wurden im Haushalt speziell für die Reformklassen eingestellt. 700.000 Euro stehen für Projekte zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Familien zur Verfügung. Mit der Zielsetzung, die Familien zu stärken, wurden lokale Netzwerke initiiert, die sukzessive ausgebaut werden. Die quantitativen und qualitativen Verbesserungen im Kinderkrippen-, Kindergarten- und Kindertagesstättenbereich sind sehr beachtlich und Ihnen allen hinreichend bekannt. Um den Übergang in die Grundschule zu erleichtern, läuft seit Beginn dieses Schuljahres an Modellstandorten die Kooperation zwischen dem letzten Kindergartenjahr und dem ersten Grundschuljahr. Auch auf die Bezuschussung des Schulessens möchte ich besonders hinweisen. Ferner dürfte es Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht entgangen sein, dass wir das Angebot an ganztägiger Betreuung und Bildung deutlich intensiviert haben.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich an dieser Stelle auch, dass das Saarland ein Schulbuchleihsystem hat, das die Eltern massiv von Kosten entlastet und in bestimmten Fällen sogar ganz von den Kosten befreit. Für einen Teil der Jugendlichen war der Übergang von der Schule in den Beruf mit Problemen verbunden. Um diesen Übergang zu erleichtern, haben wir Werkstattschulen und Reformklassen eingerichtet, Schoolworker eingesetzt, die Jugendsozialarbeit und die Schulsozialarbeit sinnvoll vernetzt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies waren nur einige Beispiele, die eindrucksvoll belegen, dass diese Landesregierung auch in diesem Politikfeld sehr zielorientiert arbeitet und nicht etwa bis zur Vorlage des von Ihnen eingeforderten Aktionsplans untätig ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass diese Koalition sich sehr um die Belange der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande kümmert und auch in diesem Bereich Hervorragendes geleistet hat, das weit über die Grenzen unseres Landes auf positive Resonanz gestoßen ist. Wir werden auch weiterhin alles in unserer Kraft Stehende tun, dass für unsere Kinder und Jugendlichen bestmögliche Voraussetzungen geschaffen werden. Daran konstruktiv mitzuarbeiten, sind wir alle über die Parteigrenzen hinweg aufgefordert.

Sehr geehrte Frau Hoffmann-Bethscheider! Den Schluss meiner Rede möchte ich heute Ihnen widmen. In wenigen Tagen werden Sie als Landrätin die Verantwortung für den Landkreis Neunkirchen übernehmen. Sie werden in der realen Welt ankommen. Auch der Landkreis Neunkirchen steht vor großen Problemen. Er hinkt in vielen Bereichen der positiven Entwicklung anderer Landkreise hinterher.

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Aber nicht bei der Lebenshilfe.)

Die Jugendarbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit von Frauen und von Älteren über 55 liegt über dem Landesdurchschnitt. Sie müssen jetzt Ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, die Sie vorhin selbst formuliert haben. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises wünsche ich Ihnen dabei viel Erfolg und Ihnen persönlich alles Gute und Gottes Segen.

(Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD): Danke. - Beifall des Hauses.)

Vizepräsident Jochem:

Ich eröffne nun die Aussprache. - Das Wort hat Professor Dr. Bierbaum, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Armut ist in der Tat ein Handlungsfeld, darin stimmen wir wohl alle überein, das im Zentrum unserer Bemühungen stehen muss. Ich verstehe den Antrag der SPD, dem wir uns als Fraktion DIE LINKE vollinhaltlich anschließen, so, dass hier wirklich zeitnah etwas vorgelegt wird, dass man nicht nur in Analysen verharret. Ich will gar nicht bestreiten, dass es Maßnahmen gibt, aber es ist natürlich ein zentrales Feld, wie aus der Sozialstudie und vielen anderen Studien hervorgeht. Hier muss dringend gehan-

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

delt werden. Ich denke, wir sollten darin übereinstimmen - auch das, glaube ich, kam eben zum Ausdruck -, dass dies ein gemeinsames Handlungsfeld ist, in dem die Regierung eine besondere Verantwortung trägt. Deswegen muss dieser Aktionsplan zügig vorgelegt werden. Ich entnehme dem Antrag der Koalitionsfraktionen, dass man sich dazu versteht, offensichtlich als Reaktion auf den Antrag der SPD. Insofern denke ich, sollten wir uns in dieser Frage nicht auseinanderdividieren, wer wo was macht oder in welchem Ranking wir uns befinden, sondern wir sollten anerkennen, dass das Thema Armut auch in Verbindung mit dem größeren Problem der prekären Arbeit und besonders der Kinderarmut uns alle verpflichtet, politisch zu handeln, konkrete Maßnahmen vorzulegen. Das ist, glaube ich, der Sinn dieses Antrags. Den unterstützen wir. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Jochem:

Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Christoph Kühn, FDP-Fraktion.

Abg. Kühn (FDP):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Der reichste Mann der Welt hat ein Vermögen von 74 Milliarden Dollar. Für ihn mag unser Landeshaushalt Soziales nur Peanuts sein. Für uns Liberale ist er hingegen die Grundlage für eine Gerechte-Chancen-Politik. Eine Grundlage zur Vermeidung von Armut ist Arbeit. Durch gezielte Arbeitsmarktförderung sind Arbeitssuchende wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse gekommen. Vor allem ältere Arbeitslose brauchen unsere besondere Hilfestellung: Ein gutes Beispiel dafür ist das Kompetenzzentrum Ü55. Dort werden ältere Menschen, die arbeitslos geworden sind, wieder schneller in den Arbeitsprozess integriert. Das Kompetenzzentrum wird gemeinsam von Landesregierung, Wirtschaftsorganisationen und der Arbeitsagentur getragen. Durch diese Bildungs- und Weiterbildungsangebote konnten die Chancen von älteren Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.

Durch ein regelmäßiges Einkommen wird das Armutsrisiko minimiert. Auch das Armutsrisiko von Kindern wird durch arbeitende Eltern eingedämmt. Diese Eltern sind ihren Kindern ein Vorbild, denn sie verdeutlichen ihnen: Wer arbeitet, kann sich mehr leisten als diejenigen, die nicht in Arbeit stehen. Ich denke, wir alle kennen das gute Gefühl, das wir hatten, als wir uns von unserem ersten selbstverdienten Geld etwas Langersehntes kaufen konnten. Und dieses Gefühl müssen wir vermitteln!

Die Korrelation zwischen Armut und Migrationshintergrund ist statistisch eindeutig zu erkennen. Trotzdem erzielen viele unserer ausländischen Mitbürger

bereits heute höhere Bildungsabschlüsse. Durch abgestimmte Fördermaßnahmen und persönliches Engagement von Einzelnen wurden die Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund in unseren Schulen verbessert. Wichtig ist es nun, dass wir diese positive Entwicklung auch in unserer Gesellschaft sichtbar machen. Im öffentlichen Dienst zum Beispiel sind Ausländer immer noch unterrepräsentiert. Wir Liberale setzen uns für eine bessere Chancennutzung von jungen Ausländern in unseren öffentlichen Einrichtungen ein. Lehrer, Polizisten, Finanz- und Verwaltungspositionen sollen für Menschen mit Migrationshintergrund interessanter gestaltet werden. Es gilt, die kausale Kette zwischen Armut und Migrationshintergrund zu beseitigen. Uns Liberalen ist es hier wichtig, die Chancen für Ausländer im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Aber, meine Damen und Herren, wer A sagt, muss auch B sagen. Für uns Liberale bedeutet das, Arbeit als wichtigste Möglichkeit zur Armutsüberwindung zu begreifen. Doch dürfen wir das B, die Lebenswirklichkeit vieler Menschen, nicht außer Acht lassen. Vor allem Frauen können häufig keine Arbeit aufnehmen, da sie sich um ihre Kinder kümmern müssen. Doch haben wir Liberale die Zeichen der Zeit erkannt und setzen uns für einen Ausbau von Kinderbetreuung im Saarland ein. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Garantie, dass der Unterrichtstag an der Grundschule nicht vorzeitig endet. So garantieren wir arbeitenden Müttern und Vätern, dass die Schule nicht vor der fünften Stunde schließt. Dadurch werden die Arbeitstage für Eltern von Grundschulern besser planbar.

Wir Liberale setzen uns auch für eine verlässliche Nachmittagsbetreuung ein. Die Betreuungsgarantie verbessert die Chancen für Eltern, einer Ganztagsbeschäftigung nachzugehen. Aber auch die Bildungschancen unserer Kinder werden dadurch deutlich erhöht. Wir Liberale befürworten daher eine qualitative Betreuung durch Fachpersonal an Ganztagschulen. Allen Kindern kann so die Chance auf gute Bildung gewährt werden. Die Verbesserung von Perspektiven ist Gerechte-Chancen-Politik. Diese ist wichtiger, als bei Sonntagsreden über Transferleistungen und deren Höhe zu reden.

Arbeit verhindert Armut. Wir schaffen diese Perspektiven und Chancen für Arbeitslose. Die Landesregierung hat bereits in den letzten Monaten große Anstrengungen vollbracht, um gerechte Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen. Ein Aktionsplan wird dieses Ziel noch einmal konkretisieren. Es ist nun wichtig, dass wir diesen Aktionsplan gegen Armut auch zügig abschließen und zur Umsetzung bringen. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Jochem:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Willger für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion

Abg. Willger (B 90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben unseren Antrag mit dem Titel „Armutsbekämpfung und die Sicherstellung der Teilhabe von Kindern sind wichtige Ziele“ überschrieben, weil gerade die Problematik der Kinderarmut auf gar keinen Fall von uns auf die leichte Schulter genommen werden darf. Kinderarmut ist ein Umstand, der über die Startchancen und Lebenschancen der Betroffenen und damit auch der zukünftigen Generationen entscheidet. Wir wissen alle, dass Armutslagen sich verfestigen und die Gefahr besteht, dass diese über Generationen vererbt werden. Armut erlaubt es Kindern nicht, ihre Potenziale und ihre Ressourcen angemessen einzusetzen und weiterzuentwickeln. Deshalb wäre es auch eine Verschwendung von Ressourcen, wenn wir uns gerade darum nicht kümmern würden.

Kinderarmut ist eine unverschuldete Armut und damit ein Bruch mit jeglichen Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb unserer Gesellschaft. Von daher bin ich froh, dass wir auch mit der Landesregierung die Bekämpfung von Kinderarmut als ein ganz wichtiges und prioritäres Ziel vereinbart haben. Wir haben gesagt, das ist die eigentliche Investition in die Zukunft. Dabei ist vollkommen klar, dass es um Gemeinsamkeit geht. Es geht darum, gemeinsam, vernetzt, kompetent, effektiv und ganzheitlich zu arbeiten, Beteiligte und Betroffene zusammenzuführen, um wirkungsvoll zu intervenieren. Die unterschiedlichen Akteure müssen angehört werden, deshalb lässt sich solch ein Aktionsplan nicht übers Knie brechen, sondern es braucht Raum und die Gelegenheit, Stellung zu beziehen.

Ein wichtiger Punkt ist, dass Armut in der Regel Bildungsarmut beinhaltet. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir immer wieder für mehr Chancengerechtigkeit eintreten, gerade im Bereich der Bildung. Es ist wichtig, ein längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung zu ermöglichen, um gesellschaftliche Benachteiligungen auszugleichen. Inklusion ist hierbei ebenfalls ein ganz wichtiger Baustein. Ich denke, wir haben bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen, die immer weiter ausgebaut worden sind wie „Frühe Hilfen - Keiner fällt durchs Netz“ oder die frühkindliche Bildung, um Übergänge anders zu gestalten und Stärken entsprechend zu fördern. Gerade der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ist ein ganz wesentlicher Baustein, dies treiben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voran.

Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal betonen, Bildung ist das effizienteste Mittel überhaupt, um Ar-

mut zu verhindern und Armutszusammenhänge zu durchbrechen. Deshalb stellen die Verfassungsänderung - über die wir heute debattiert haben - und die Schulgesetze einen ganz wichtigen Schritt dar. Dies zeigt auch, dass wir keineswegs nur dann handeln, wenn irgendetwas Schlimmeres passiert und unsere Arbeit einstellen, sobald die mediale Aufmerksamkeit abnimmt. Das ist mitnichten der Fall. Es wird eben nur nicht mehr über diese Arbeit berichtet, die uns sehr am Herzen liegt und die wir uns einiges kosten lassen und weiter ausbauen wollen. Die Sozialstudie und auch der Aktionsplan sind dabei nur begleitende Mittel - darauf möchte ich erneut hinweisen -, es geht darum, bestimmte Sachen effektiver zu gestalten und besser miteinander zu vernetzen. Es ist nicht die eigentliche Grundlage, die wir unbedingt bräuchten, um überhaupt erst anzufangen. Wenn dieser Eindruck entstehen sollte, dann wäre das mit Sicherheit falsch.

Armut hat auch etwas mit Einkommensarmut zu tun. Deshalb ist es notwendig, alles zu tun, um sichere Arbeitsplätze auszubauen und zu erhalten und für existenzsichernde Einkommen zu sorgen. Die Debatte um Mindestlöhne, Tariftreue, progressiv gestaltete Sozialbeiträge und die Frage der Grundsicherung sind ebenfalls zu erwähnen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir GRÜNE den Regelungen für Hartz 4 nicht zugestimmt haben.

Frau Hoffmann-Bethscheider, auch von meiner Seite einen ganz herzlichen Dank an Sie im Hinblick auf die zurückliegenden Jahre. Ich denke, Sie bleiben weiter in der Verantwortung, gerade bei dem Thema Kinderarmut. Ich glaube, dass wir oft Gelegenheit haben werden, gemeinsam und miteinander Maßnahmen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Ich freue mich auf diese zukünftige konstruktive Zusammenarbeit. Danke schön und die allerbesten Wünsche für Ihre Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der Abgeordneten Hoffmann-Bethscheider (SPD).)

Vizepräsident Jochem:

Das Wort hat nun die Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerin Kramp-Karrenbauer:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute nicht zum ersten, sondern zum wiederholten Mal über das Thema Armut und Armutsbekämpfung reden. Auch dies beweist, dass es kein einmaliges Thema ist, sondern sich wie ein roter Faden durch die Arbeit des Landtages zieht. Es gehört sicherlich zu den medialen Gesetzmäßigkeiten, dass dann, wenn es aktuelle Diskussionen gibt, wie die aktuelle Atomausstiegsdebatte oder die Schulstrukturreformdebat-

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

te, das Thema Armut und Armutsbekämpfung etwas in den Hintergrund tritt. Gerade deshalb ist es richtig, dass wir uns erneut darüber unterhalten.

Ich glaube, damit wird deutlich - alle Rednerinnen und Redner haben darauf hingewiesen -, dass die Armutsbekämpfung im Saarland nicht bei null beginnt. Armutsbekämpfung ist die zentrale Aufgabe jeglicher Sozialpolitik, aber auch jeglicher Politik generell. All unser Wirken muss darauf ausgerichtet sein, Armut in der Entstehung zu verhindern und dort, wo sie bereits besteht, alles zu tun, um die Teufelskreise zu durchbrechen, in denen Armut vererbt wird. Dort, wo sich Menschen noch in einer prekären Lebenssituation befinden, müssen durch unsere sozialen Sicherungssysteme die Umstände so verändert werden, dass diese der Menschenwürde entsprechen.

(Präsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Dies alles tun wir im Saarland seit vielen Jahren, die Eckpfeiler und die Grundlagen für die Armutsbekämpfung sind gelegt. Sie beginnen sehr früh, Projekte im frühkindlichen Bereich sind eben genannt worden, etwa das Projekt „Frühe Hilfen“, das gemeinsam über politische Kontroversen hinweg entstanden und entwickelt worden ist und aktuell Eingang in den Entwurf eines Kinderschutzgesetzes der Bundesregierung gefunden hat, das dazu ansetzt, die Rolle und die Arbeit der Familienhebammen massiv zu stärken. Das ist sicherlich etwas, was auf die Zustimmung des gesamten Hauses stößt. Die Grundlagen sind aber auch mit Blick auf die frühkindliche Bildung gelegt. Ich darf einige Anstrengungen noch einmal erwähnen, die gerade in den letzten Jahren sicherlich nicht nur im Saarland, sondern bundesweit im frühkindlichen Bereich unternommen worden sind, beginnend mit den Bildungsplänen über das Kooperationsjahr zwischen Kindergarten und Grundschule für das letzte Kindergarten- und das erste Grundschuljahr. Zahlreiche weitere Punkte sind gemeinsam auf den Weg gebracht worden.

Ein weiterer Pfeiler im Bereich der Bildung ist die begleitende Schulsozialarbeit, bei uns in Form der Schoolworker, die wir gemeinsam in einer guten Partnerschaft mit den Landkreisen nicht nur initiiert haben, sondern gerade noch einmal verlängert haben. Die finanziellen Grundlagen sind gelegt, damit es hier eine verlässliche Arbeit gibt. Wir werden sicherlich das, was in den Hartz-4-Verhandlungen gemeinsam erreicht worden ist, nämlich die Möglichkeit, verstärkt Schulsozialarbeiter in sozialen Brennpunkten einsetzen zu können, mit unseren Systemen vernetzen müssen, damit das wirklich eine Arbeit aus einem Guss wird.

Der Übergang von Schule zur Ausbildung und von Ausbildung zu Beruf ist genannt worden, aber auch das Thema Arbeitsmarkt. Auch das ist eben hier er-

wähnt worden. Der beste Schutz gegen Armut ist in unserem Land, in unserem System, die Erwerbstätigkeit, die Erwerbstätigkeit mit einem auskömmlichen Einkommen. Darauf müssen unser Interesse und unsere Arbeit gerichtet sein. Hier zeigen die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung, auch die Zahlen am Arbeitsmarkt, insbesondere zum Beispiel mit Blick auf die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass positive Entwicklungen im Gang sind, die sicherlich keine Selbstläufer sind, aber weiter der Unterstützung bedürfen. Auch da wird an anderer Stelle gemeinsam gearbeitet.

Deswegen kann man heute festhalten, Armutsbekämpfung ist eine Daueraufgabe. Die Grundlagen und die Pfeiler für diese Armutsbekämpfung stehen im Saarland. Armutsbekämpfung findet jeden Tag statt in den unterschiedlichsten Feldern. Insofern wird ein Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut sicherlich nicht das Rad neu erfinden müssen. Man darf nicht den Eindruck erwecken, wir würden bei der Armutsbekämpfung bei null beginnen und jetzt langsam einmal anfangen, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Der Aktionsplan Armut soll dazu dienen - auch das ist vorhin gesagt worden -, dass die Ansätze, die wir haben, durchaus kritisch auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, dass die Ansätze, die wir haben, zu einem Netzwerk verdichtet werden, einem Netzwerk nicht nur der unterschiedlichen Akteure auf Landesebene, sondern auch auf kommunaler Ebene, zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften. Das ist ein sehr komplexer Prozess.

Die erste Maßnahme, die man für einen solchen Prozess braucht, ist die realistische Darstellung der Wirklichkeit in unserem Land, ist eine saubere Analyse. Dazu sind die Grundlagen gelegt. Sie sind durch den Sozialbericht gelegt, die Sozialberichterstattung im Saarland. Wir haben den Beirat, der zur Berichterstattung eingesetzt worden ist, von dem ich aber gleich am Anfang gesagt habe, dass er aus meiner Sicht eine dauerhafte Einrichtung sein und bleiben muss, die nicht nur eine Berichterstattung begleitet, sondern auch den Prozess der Umsetzung mit begleiten soll. Insofern sind wir an dem Punkt keineswegs anderer Auffassung, als es im Antrag der SPD dargelegt ist. Mit dem Beirat war relativ schnell vereinbart, dass wir, wenn wir diesen Aktionsplan entwickeln, auf jeden Fall die Ergebnisse der Vertiefungsstudie zur Kinderarmut einbeziehen sollten, denn sicherlich wird der Hauptansatzpunkt für die Bekämpfung der Armut im Bereich der Kinder und Jugendlichen liegen. Insofern ist es ganz wichtig, dass wir gerade diese Erkenntnisse haben.

Das ist der Grund, weshalb wir im vergangenen Jahr mit dem Beirat vereinbart haben, dass der Aktionsplan dann vorgelegt wird, wenn die Pfeiler, die wir für ihn brauchen, unstreitig vorhanden sind. Das ist

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

der Aktionsplan „Vertiefungsstudie Kinderarmut“. Diese Vertiefungsstudie ist in Ihrem Auftrag ebenfalls mit dem Beirat abgestimmt worden. Sie ist in Auftrag gegeben worden. Es gab im Herbst einen Zwischenbericht, wie sich die ersten Ergebnisse darstellen. Es gab bei dieser Sitzung des Beirates wieder viele Anregungen der Beiratsmitglieder, was auf jeden Fall noch mit untersucht werden soll.

Ein ganz großer Wunsch aller Beiratsmitglieder und auch der Landesregierung war, dass wir in diesem Bericht nicht nur auf die statistischen Befunde setzen - die sind relativ leicht herauszufinden -, sondern dass wir genau wie bei der Sozialstudie insbesondere auch auf die strukturierten Interviews mit den Kindern selbst setzen. Es sind über 500 Schülerinnen und Schüler interviewt worden, weil wir wissen wollten - das gehört zum Erkennen der Realität mit dazu -, wie sich die Kinder eigentlich fühlen, wie sie ihre Chancen sehen, wo sie ihre Probleme sehen, was sie ganz persönlich als Schutzmechanismen entwickeln. Wir haben gesagt, wir wollen auch eine umfangreiche und breite Palette von strukturierten Interviews mit denjenigen, die vor Ort arbeiten, die insbesondere bei den Kinderarmutsprojekten arbeiten. Wir waren der Meinung, dass es ganz wichtig ist, diese Erkenntnis mit einzubeziehen.

Wir haben das Institut gebeten, uns klar und deutlich Hinweise zu geben, was wir, wenn wir gemäß dem Koalitionsvertrag neue Kinderarmutsprojekte im Land etablieren, beachten müssen, damit wir das Geld, das wir dort einsetzen, wirklich so einsetzen, dass es im Ergebnis positive Effekte gerade für die Kinder bringen kann. Das Institut hat uns Ende des vergangenen Jahres zurückgemeldet, dass der Bedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe in diesem Bereich nach Teilnahme an den Interviews so massiv ist, also das Interesse so groß ist, dass man um Zeitverlängerung gebeten hat, weil man ansonsten in der vorgegebenen Zeit nicht alle die, die sich mit ihrer Meinung einbringen wollen, in die Studie hätte aufnehmen können. Das ist der Punkt. Auch das haben wir mit dem Beirat vereinbart. Wir haben gesagt, das ist uns so wichtig, diese Meinung der Praktiker einfließen zu lassen, dass es die Entscheidung wert ist, dass man insgesamt die Vorlage des Kinderarmutsberichts um einen Monat nach hinten schieben kann. Das ist vereinbart worden.

Deswegen können wir heute davon ausgehen, dass innerhalb der nächsten drei bis vier Wochen der Bericht vorliegen wird. Wir werden ihn unverzüglich den Beiratsmitgliedern zur Kenntnis geben. Wir werden dann eine Sitzung des Beirates haben, in der wir den Bericht noch einmal durchsprechen. Dann wird der Bericht natürlich auch im Landtag, in der Öffentlichkeit vorgestellt und mit diesem Bericht die ersten Eckpunkte, wie wir uns einen möglichen Akti-

onsplan zur Bekämpfung der Armut im Saarland vorstellen.

Die Handlungsfelder für diesen Aktionsplan sind vereinbart. Sie sind nicht nur mit dem Beirat vereinbart, sondern sie sind auch im Kabinett vereinbart, genauso wie im Kabinett vereinbart ist, dass die Sozialberichterstattung eine kontinuierliche sein muss. Das heißt, dass natürlich auch mit Blick auf die nächste Legislaturperiode die Sozialberichterstattung insgesamt fortgeschrieben werden muss. Es ist im Kabinett vereinbart, dass wir der Kinderarmutsstudie noch eine weitere Vertiefungsstudie folgen lassen wollen, nämlich mit Blick auf das Thema Altersarmut - ein Thema, das vielleicht heute noch nicht die dringende Problematik ist, das aber sicherlich in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen wird. Deswegen wollen wir auch hier vertiefte Informationen haben.

Insofern kann ich feststellen, was die Erarbeitung der Vertiefungsstudie betrifft, sind die Abläufe genau wie vorgesehen - außer dieser Verzögerung, weil wir mehr Interviews zu führen hatten, als geplant waren. Ich glaube - das ist ein zweiter Punkt -, dass es auch richtig ist, den Aktionsplan dann zu entwerfen, wenn alle Determinanten bekannt sind. Eine ganz wichtige Determinante für uns gerade mit Blick auf den Bereich der Kinder ist natürlich die Frage, wie es mit den Regelungen im Hartz-4-Bereich weitergeht. Das war die Debatte um die Frage, wie es mit den Regularien aussieht - das hat eine ganz wichtige Komponente - und natürlich auch die Frage, wie das Bildungspaket geschnürt ist. Die Dinge liegen jetzt auf dem Tisch. Aber zurzeit, aktuell, laufen zwischen dem Bund und den Ländern und in den Ländern mit der kommunalen Ebene gerade die Gespräche darüber, was das konkret heißt, wie das Bildungspaket jetzt umgesetzt wird, was das etwa für die Sozialarbeit in den Kreisen bedeutet.

Auch das sind ganz wichtige Punkte, die wir brauchen, um anschließend in einem Aktionsplan in der Umsetzung das mit einbeziehen zu können. Deswegen, glaube ich, ist es richtig gewesen, dass wir diese Entscheidungen abgewartet haben. Bei der Erstellung des Aktionsplans müssen jetzt natürlich die Abläufe, die Vereinbarungen, die zwischen der BA, zwischen der kommunalen Seite und zwischen dem Land getroffen werden, einbezogen werden. Insofern halte ich fest: Wir sind in einem permanenten Kampf gegen Armut. Das ist tägliches Geschäft auch der Politik hier im Saarland.

Um was es bei dem Aktionsplan geht, ist die bessere Vernetzung, ist das noch bessere Abstimmen über alle Grenzen hinweg. Dazu haben wir jetzt die Grundlagen gelegt. Deswegen können wir sehr zügig diesen Aktionsplan im Entwurf darstellen. Dann wird es sicherlich eine breite Diskussion darüber geben müssen, wie sich die einzelnen Ebenen zu die-

(Ministerin Kramp-Karrenbauer)

sem Aktionsplan stellen, auch durchaus zu den Verantwortlichkeiten, die dann benannt werden. Denn wir brauchen natürlich auch Verantwortliche, die einzelne Maßnahmen so umsetzen, dass die Ziele, auf die man sich dann verständigt, auch erreicht werden können. Das wird noch ein komplexer Prozess werden. Aber er nimmt jetzt zunehmend an Fahrt auf.

An dieser Stelle darf ich mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen und Ihnen, Frau Kollegin Hoffmann-Bethscheider, für die Zukunft alles Gute wünschen. Sie haben eben aufgeführt, welche Bereiche Sie als Sprecherin Ihrer Fraktion verantwortet haben. Viele dieser Bereiche, die Sie als Sprecherin verantwortet haben, habe ich als Ressortchefin auf der anderen Seite verantwortet. Das hat in der Vergangenheit natürlich dazu geführt, dass wir nicht selten an dieser Stelle die parlamentarischen Klingen miteinander gekreuzt haben. Wir haben dies auf beiden Seiten durchaus auch mit einem gewissen Temperament getan, auch das eine oder andere Mal mit entsprechender Lautstärke. Aber ich glaube: Bei aller Notwendigkeit, Politik auch mit einem gewissen Maß an Nüchternheit und Verstand anzugehen, Herzblut gehört auch dazu, ist sozusagen das Salz in der parlamentarischen Suppe. Vor diesem Hintergrund kann ich Ihnen bestätigen, dass Sie durchaus zur Würze in diesem Landtag in der einen oder anderen Debatte mit beigetragen haben. Aber das hat sicherlich dem Landtag insgesamt auch gut getan.

Sehr geehrte Frau Kollegin Hoffmann-Bethscheider, ich kann Ihnen versichern, dass Sie den Aktionsplan erleben werden. Sie werden ihn nicht erleben als Sprecherin, sondern als Landrätin. Dann bin ich sehr gespannt, wenn es darum geht, das, was wir in dem Aktionsplan theoretisch miteinander vereinbart haben, politisch umzusetzen inklusive der Frage der Finanzverantwortung auf der kommunalen Seite. Ich freue mich, wenn wir dann die Klingen erneut kreuzen. Aber ich bin mir sicher, mit Blick auf die Kinder in unserem Land werden wir eine vernünftige Lösung finden. Ihnen und Ihren neuen Aufgaben alles Gute.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 14/428. Wer für die Annahme der Drucksache 14/428

ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/428 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Oppositionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/433. Wer für die Annahme der Drucksache 14/433 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/433 einstimmig angenommen ist, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist schon mehrfach erwähnt worden, dass unsere Kollegin Cornelia Hoffmann-Bethscheider ihr Landtagsmandat zum Ende dieses Monats niederlegt, um sich einer neuen Herausforderung zu stellen. Zum 01. April treten Sie das Amt der Landrätin im Landkreis Neunkirchen an. Damit haben wir auch bei den Landräten eine Mehrheit der Frauen in unserem Land erreicht. Ich nehme dies zum Anlass, Ihnen sehr herzlich Dankeschön zu sagen für die Ausübung des Mandates und für das Engagement, das Sie hierbei gezeigt haben.

Sie gehörten seit 1999, also seit fast zwölf Jahren, diesem Landtag an. In führenden Funktionen waren Sie in den verschiedensten Ausschüssen tätig. Seit 2002 waren Sie als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in einer besonderen Verantwortung. In dieser Zeit haben Sie mit Kompetenz, Sachverstand und leidenschaftlichem Einsatz die Ausschussarbeit im saarländischen Landtag mitgestaltet und die Arbeit des Landtages insgesamt in vielfältiger Weise unterstützt und auch mitgetragen.

Liebe Kollegin Cornelia Hoffmann-Bethscheider, ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses für Ihren weiteren beruflichen Lebensweg alles Gute und viel Erfolg bei der Erfüllung Ihrer neuen, sicherlich anspruchsvollen Aufgabe.

(Beifall des Hauses.)

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

Anlage

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 5: Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Übertragung der Gehaltserhöhung für die Angestellten der Länder auf die Beamten des Saarlandes (Drucksache 14/426)
(Seite 1546 des Plenarprotokolls)

1. Abg. Becker, Günter (CDU)	Nein
2. Abg. Biendel, Silke (SPD)	Ja
3. Abg. Prof. Dr. Bierbaum, Heinz (DIE LINKE)	Ja
4. Abg. Commerçon, Ulrich (SPD)	Ja
5. Abg. Eder-Hippler, Elke (SPD)	Ja
6. Abg. Ensich-Engel, Dagmar (DIE LINKE)	Ja
7. Abg. Georgi, Ralf (DIE LINKE)	Ja
8. Abg. Hans, Tobias (CDU)	Nein
9. Abg. Dr. Hartmann, Christoph (FDP)	Nein
10. Abg. Heib, Dagmar (CDU)	Nein
11. Abg. Heinrich, Günter (CDU)	Nein
12. Abg. Hinschberger, Horst (FDP)	Nein
13. Abg. Hoffmann-Bethscheider, Cornelia (SPD)	Ja
14. Abg. Huonker, Birgit (DIE LINKE)	Ja
15. Abg. Jacoby, Peter (CDU)	Nein
16. Abg. Gerhard Jene, Hans (CDU)	Nein
17. Abg. Jochem, Karl-Josef (FDP)	Nein
18. Abg. Jost, Reinhold (SPD)	Ja
19. Abg. Dr. Jung, Magnus (SPD)	Ja
20. Abg. Kolb, Gisela (SPD)	Ja
21. Abg. Kramp-Karrenbauer, Annegret (CDU)	Nein
22. Abg. Kugler, Heike (DIE LINKE)	Ja
23. Abg. Kühn, Christoph (FDP)	Nein
24. Abg. Kuhn-Theis, Helma (CDU)	Nein
25. Abg. Kütten, Edmund (CDU)	Nein
26. Abg. Lafontaine, Oskar (DIE LINKE)	Ja
27. Abg. Ley, Hans (CDU)	Nein
28. Abg. Linsler, Rolf (DIE LINKE)	Ja
29. Abg. Maas, Heiko (SPD)	Ja
30. Abg. Meiser, Klaus (CDU)	Nein
31. Abg. Müller, Peter (CDU)	-
32. Abg. Pauluhn, Stefan (SPD)	Ja
33. Abg. Rauber, Karl (CDU)	Nein
34. Abg. Rehlinger, Anke (SPD)	Ja
35. Abg. Ries, Isolde (SPD)	Ja
36. Abg. Rink, Gisela (CDU)	Nein
37. Abg. Roth, Eugen (SPD)	Ja
38. Abg. Scharf, Hermann-Josef (CDU)	Nein
39. Abg. Schmidt, Volker (SPD)	Ja
40. Abg. Schmitt, Markus (B 90/GRÜNE)	Nein
41. Abg. Schmitt, Thomas (CDU)	Nein
42. Abg. Schmitt, Christian (FDP)	Nein
43. Abg. Schnitzler, Lothar (DIE LINKE)	Ja
44. Abg. Schramm, Astrid (DIE LINKE)	Ja
45. Abg. Schumacher, Wolfgang (DIE LINKE)	Ja
46. Abg. Spaniol, Barbara (DIE LINKE)	Ja
47. Abg. Theis, Roland (CDU)	Nein
48. Abg. Toscani, Stephan (CDU)	Nein
49. Abg. Ulrich, Hubert (B 90/GRÜNE)	Nein
50. Abg. Wegner, Bernd (CDU)	Nein
51. Abg. Willger, Claudia (B 90/GRÜNE)	Nein

Zusammenstellung:

Abgegebene Stimmen:	50
Davon Ja:	24
Davon Nein:	26
Enthaltungen:	-